

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 84, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtigste Telefonnummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 295-1 / Anzeigenabteilung Köln (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 - Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Belgien 38,00 Bfr., Dänemark 2,75 Dkr., Frankreich 7,00 F., Griechenland 120 Dr.
Großbritannien 66 p., Italien 1500 L., Jugoslawien 275,00 Din., Luxemburg 28,00 Fr.
Niederlande 2,20 fl., Norwegen 7,50 Nkr., Österreich 14 öS., Portugal 115 Esc.
Schweiz 6,50 Sfr., Schweden 2,00 skr., Spanien 150 Ptas., Kanarische Inseln 170 Ptas.

TAGESSCHAU

POLITIK

Synode: An dem Jahresbericht der Kirchenleitung, der auf der Synode des Bundes der evangelischen Kirchen der DDR in Leipzig vorgetragen wurde, gab es Kritik eines Superintendents aus dem Vogtland. Er bemängelte, daß der Bericht der „Frage nach der Zukunft und dem Fortbestand des deutschen Volkes deutlich ausgewichen“ sei. (S. 6)

Perscha: Als neuen Bürgermeisterkandidaten in Hamburg, die die CDU auf ihrem Landesparteitag den Fraktionsvorsitzenden Helmut Perschau nominiert. (S. 6)

Bayern-SPD: Großen Streit gab es auf dem Parteitag der bayerischen Sozialdemokraten um einen Antrag des Landesvorstandes, jeden vierten Parteiposten mit einer Frau zu besetzen. Die Delegierten lehnten zunächst ab. Unter dem neugewählten Spitzenkandidaten für die nächste Landtagswahl, Hiersemann, kam es gestern noch zu einem Kompromiß. (S. 4)

Hessen: SPD und Grüne kommen heute zu Gesprächen über den Landeshaushalt 1986 und eine mögliche Beteiligung der Grünen an der bisher nur von den Sozialdemokraten gestellten Landesregierung zusammen.

China: In Peking sind 84 neue, jüngere Mitglieder und Kandidaten in das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei gewählt worden. Die neuen Mitglieder mit einem Durchschnittsalter von 50 Jahren hatten sich bereits in leitenden Posten in Regierung, Partei und Militär bewährt. (S. 5)

Spanien: Harte Reaktionen hat Madrid nach den Angriffen auf zwei spanische Boote vor der Küste Marokkos angekündigt. Dabei waren ein Soldat getötet und zwei Seeleute verletzt sowie sieben Fischer verschleppt worden. Als Urheber wird die Polisario-Front vermutet, die für die Unabhängigkeit der Westsahara kämpft.

Atomsperrvertrag: Trotz Kritik an den Atomwaffen wegen mangelnder nuklearer Abrüstung ist der 15 Jahre alte Vertrag von der Überprüfungs-Konferenz in Genf in vollem Umfang bestätigt worden. Nach fast vierwöchigen Verhandlungen einigte sich die Konferenz auf ein gemeinsames Schlüsseldokument. (S. 8)

„DDR“: Wirtschaftsfunktionäre sollen in stärkerem Maße für Fehlentscheidungen strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden, fordert die Ostberliner Zeitschrift „Neue Justiz“.

ZITAT DES TAGES



„Niemand kann erwarten, daß wir zu den alten, schlechten Politik zurückkehren, die wir mit der SPD gemacht haben“

Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann (FDP) zur Forderung der Sozialdemokraten nach staatlichen Beschäftigungsprogrammen (S. 4)
FOTO: MATTHIAS JÖSCHKE

WIRTSCHAFT

Forschungsförderung: Die staatliche Förderung von Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft ist in diesem Jahr verstärkt genutzt worden. Bei den Beihilfen des Bundes für kleine und mittlere Unternehmen war die Nachfrage so groß, daß die Haushaltsmittel fast erschöpft sind. (S. 9)

US-Aktienmärkte: Investoren bleiben in Wartestellung, nachdem auch die Blitzprognose des Handelsministeriums zum US-Brotsozialprodukt im dritten Quartal 1985 enttäuschend ausgefallen ist. Auf Jahresbasis liegt das reale Plus mit 2,8 Prozent weit unter der Voraussage des Weißen Hauses. (S. 9)

Taiwan: Im vergangenen Jahr zählte das Land mit einem realen Wirtschaftswachstum von 10,9 Prozent noch zur Weltspitze. Nun steckt Taiwan in der Krise. Im August blieb der Erlös beim Export, Taiwans entscheidendem Wachstumsfaktor in den vergangenen Jahrzehnten, um 9,7 Prozent unter dem Ergebnis des gleichen Monats 1984. (S. 10)

KULTUR

Hugenotten: Bislang war die Forschung zur Hugenotten-Auswanderung im wesentlichen auf regional- und familiengeschichtliche Dimensionen beschränkt. Eine Tagung in Berlin war daher darauf ausgerichtet, neue Forschungsschwerpunkte unter gesamteuropäische Aspekte zu setzen und die Geschichte der Hugenotten von Legenden und Verkündigungen zu entrümpeln. (S. 15)

Musikwettbewerb: Zum 34. Mal hatte die Arbeitsgemeinschaft der Rundfunkanstalten Deutschlands (ARD) jetzt in München zum Weststreit der besten Musiker geladen. Doch was die 400 Teilnehmer aus 35 Ländern, die um die Palme in den Fächern Klavier, Kontrabaß, Flöte, Schlagzeug und Bläserquintett stritten, boten, war nur Mittelmaß und solides Handwerk. (S. 15)

SPORT

Sportpolitik: Der Vorstand des Deutschen Rugby-Verbandes entschied sich mit 7:4 Stimmen gegen die für den kommenden Sommer geplante Südafrika-Tournee der Nationalmannschaft.

Boxen: Michael Spinks ist Weltmeister aller Klassen. Der Halbschwergewichts-Weltmeister besiegte den zuvor in 49 Kämpfen ungeschlagenen Schwergewichtler Larry Holmes nach Punkten.

AUS ALLER WELT

Popmusik: Vor dem Handelsauschluß des amerikanischen Senats war jetzt eine Anhörung angesetzt, in der sich die Sensoren über Moral und guten Geschmack in der Popmusik informierten. Ausgelöst wurde diese Anhörung durch die wachsende Zahl jener, die die pornographischen Botschaften einiger Pop-Idole nicht mehr den Ohren ihrer Kinder preisgeben wollen und deshalb Zensur fordern. (S. 16)

Diethylenglykol: Eine Umfrage zum Weinskandal ergab, daß 95 Prozent aller Erwachsenen in der Bundesrepublik Deutschland etwas über Diethylenglykol im Wein wissen. Widersprüchliche Antworten gab es jedoch auf die Frage, wie stark dieses Wissen den Weinkonsum beeinflussen werde. (S. 16)

Wetter: Heiter bis wolkig, 17 bis 25 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: „Jaccuse“ 1985 - Leitartikel von A. Graf Kageneck zur Greenpeace-Affäre S. 2

Splionage: Geheime Beratungen in Bonn und die Fragen im Fall Willner - Manfred Schell S. 8

Loezang: Politiker-Delegation aus Warschau zeigte sich wenig kompromißbereit S. 4

Gatehoophöhle: Aufsichtsrat beschließt zeitgemäße Struktur - Konzern neu geordnet S. 10

Niederlande: Der Raketenstreit dreht sich um Veto gegenüber USA - Regierung uneinig S. 5

Nationalist: Beckenbauer vor dem Schweden-Spiel: „Wir tun viel für die Abwehr“ S. 12

Forum: Personalien und Leserbrief an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 6

Pankraz: Schütze und der Skandal-Baukasten - Über „Eine Psychologie des Unerhörten“ S. 15

Fernsehen: Serie „Von Anfang an dabei“ (10): Annette von Aretin - Die Qual der Mimenwahl S. 7

Südafrika: Todesurteil gegen zwei Weiße - wegen Ermordung einer Schwarzen S. 16

Reagan: Gorbatschow soll für höheren Lebensstandard sorgen

Diskussion der Menschenrechte soll in Genf den Schwerpunkt bilden

FRITZ WIRTH, Washington

US-Präsident Ronald Reagan hat dem sowjetischen Regierungschef Michail Gorbatschow den Rat gegeben, den Schwerpunkt seiner Politik vom außenpolitischen Expansionsdrang mehr auf die Behebung der internen wirtschaftlichen Probleme seines Landes zu verlagern.

„Seit den 70er Jahren hat sich die Sowjetunion einer militärischen Aufrüstung gewidmet, die bei weitem die vernünftige Definition ihrer Verteidigungs-Notwendigkeiten überschreitet. Diese Politik hat dem sowjetischen Volk schwere Kosten aufgebürdet. Jede Woche sterben russische Soldaten in Afghanistan, während zugleich der sowjetische Lebensstandard sinkt“, erklärte Reagan in seiner wöchentlichen Rundfunkansprache an das amerikanische Volk.

„Mr. Gorbatschow kann das ändern“, fuhr Reagan fort, „indem er eine Politik der Waffenreduzierung und des dauerhaften Friedens einleitet. Eine Verlagerung der sowjetischen Ressourcen von der Rüstung zu den Bürgern könnte es seiner Na-

tion ermöglichen, größeres wirtschaftliches Wachstum zu genießen.“

Reagan nahm mit dieser Rede zum drittenmal innerhalb der vergangenen fünf Tage auf seine bevorstehende Begegnung mit Gorbatschow in acht Wochen in Genf Bezug. Es zeigt deutlich, daß das Weiße Haus entschlossen ist, den Sowjets nicht länger die Regie in ihren Propagandamanövern im Vorfeld dieses Gipfels zu überlassen.

Die Tagesordnung des Gipfels wird am kommenden Freitag beim ersten Gespräch Reagans mit dem neuen sowjetischen Außenminister Edward Schewardnadse im Weißen Haus zur Debatte stehen. Reagan wird dabei zu verstehen geben, daß er nicht bereit ist, die neunstündigen Gespräche mit Gorbatschow einseitig durch Abrüstungsdiskussionen und Auseinandersetzungen über die geplante amerikanische Weltraumverteidigung beherrschen zu lassen.

Der US-Präsident legt in Genf großes Gewicht auf die Behandlung der Menschenrechte durch die Sowjetunion, eine Diskussion über Afghanistan und andere regionale Krisenpunkte sowie auf gegenseitige

Handelsbeziehungen. Er sei entschlossen, so Reagan, Schewardnadse am Freitag deutlich zu verstehen zu geben, daß die USA mit einem großen Maß an Goodwill in diese Genfer Gespräche gingen und daß sie zugleich von der Sowjetunion die Bereitschaft zu einem wirklichen „Geben und Nehmen“ in diesen Verhandlungen erwarteten.

Reagan hatte zu Beginn der vergangenen Woche jedoch bereits klargemacht, daß die amerikanische Strategische Verteidigungsinitiative (SDI) nicht zu den verhandlungsstrategischen Handlungsoptionen in Genf gehört. Die Reagan-Administration ist der Meinung: Wenn Gorbatschow es ernst meint mit seinen nuklearen Abrüstungsvorschlägen der vergangenen Wochen, dann habe er hinreichende Gelegenheit, sie bei den laufenden Abrüstungsverhandlungen in Genf formell auf den Tisch zu legen. Dies sei aber bisher nicht geschehen.

„Wir sind entschlossen, die westlichen Interessen zu schützen“, erklärte Reagan im Hinblick auf seine Begegnungen mit Gorbatschow und

FDP steht weiter zu Zimmermann

WELT-Interview mit Bangemann: „Für Rücktrittsforderung gibt es keinen Anlaß“

DW, Celle

Der FDP-Vorsitzende, Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann, ist dem Eindruck entgegengetreten, es gebe innerhalb der Regierungskoalition unüberwindliche Spannungen. In einem WELT-Interview betonte er aber, seine Partei müsse das Recht haben, ihre Ziele auch gegenüber der CDU zu verdeutlichen. Mit Bangemann sprach Stefan Heydeck.

WELT: Die Opposition fordert den Rücktritt des Bundesinnenministers Zimmermann wegen der Spionageaffären. Können Sie sich im Rahmen einer Kabinettsambulierung einen Tausch zwischen dem FDP-geführten Justizministerium und dem CSU-geführten Innenministerium vorstellen?

Bangemann: Über eine solche Frage würde ich erst nachdenken, wenn ich dazu gezwungen würde.

WELT: Also würden keine FDP-Resorts zur Disposition stehen?

WELT: Noch einmal: Ich denke nicht über Situationen nach, die ich jetzt, im Augenblick nicht sehe. Wir haben ja erst kürzlich bei der Bundestagsdebatte zum Ausdruck gebracht, daß wir keinen Anlaß zu einer Rücktrittsforderung an Friedrich Zimmermann sehen.

WELT: Das war vor der Flucht der Familie Willner.

Bangemann: Es gibt gegenwärtig keine Anhaltspunkte, daß sich diese Auffassung geändert hat. Deswegen kann und will ich diese Frage nicht beantworten.

WELT: Es gilt also bei weitem die Koalitionsabrede, daß jede der drei Parteien über ihre Ressorts entscheidet.

Bangemann: So ist es. WELT: Eröffnet Strauß, mit seinen jüngsten Vorstößen zur Südafrika-Politik und zur Lufttrans-Privatisierung, neue „Nebenkriegsschauplätze“ in der Koalition?

Bangemann: Strauß hat ja von Anfang an Bedenken gegen unsere Pläne zur Privatisierung der Lufttrans geäußert. Bundesfinanzminister Stoltenberg und ich haben versucht, diese Bedenken durch verschiedene Vorschläge zur Ausgestaltung der privaten Beteiligung auszuräumen. Ich glaube, daß immer noch eine Möglichkeit zur Einigung besteht. Ich bin zu einem weiteren Versuch bereit.

WELT: Wie kann das geschehen?

Bangemann: Das Problem muß auf seinen Kern zurückgeführt werden: Ich meine, daß der Einfluß der öffentlichen Hand auf die Strecken- und Flottenpolitik der Lufttrans bei einer Teilprivatisierung nicht erschwert wird. Sichergestellt werden kann auch, daß private Anleger mindestens in der Streckenpolitik öffentliche Belange berücksichtigen. Im übrigen glaube ich, daß unser Holding-Modell einigen Bedenken von Strauß Rechnung trägt. ■ Fortsetzung Seite 8

Finanzgipfel berät Kursschwankungen

Minister und Notenbankchefs wollen Reagan gegenüber dem Kongreß den Rücken stärken

H.-A. SIEBERT/DW, Washington

Auf Einladung der USA sind die Finanzminister und Notenbankchefs der USA, Japans, Großbritanniens, Frankreichs und der Bundesrepublik in New York zusammengetroffen, um Möglichkeiten zu erörtern, die Wechselkursschwankungen des Dollar, des japanischen Yen und der europäischen Währungen einzuschränken. Zur Debatte stehen außerdem die Schuldenprobleme der Dritten Welt und die Sicherung eines ausreichenden weltweiten Wirtschaftswachstums.

Das überraschende Treffen der fünf führenden westlichen Industriestaaten hat aus amerikanischen Sicht offenbar auch das Ziel, mit einer koordinierten Politik dem US-Präsidenten den Rücken gegen starke protektionistische Tendenzen im Kongreß zu stärken. Reagan will heute eine grundsätzliche Rede über den künftigen handelspolitischen Kurs der USA halten. Es wird erwartet, daß der Präsident eine aggressivere Politik der USA zur Durchsetzung fairer internationaler Handelspraktiken verkündet. Sollten die USA in New York bereit sein, den Dollarkurs stärker mit direkten Maßnahmen zu beeinflussen und nach unten zu bringen, so wäre das eine deutliche Abkehr von der bisherigen Linie der Reagan-Regierung.

Möglicherweise stellte US-Finanzminister James Baker bei dem Treffen seinen alten Plan, die Einberufung einer Währungskonferenz, zur Debatte. Eine Zustimmung der Partner könnte Reagans handelspolitische Rede abstützen. Amerikas Kernproblem ist der überbewertete Dollar, der das Handelsdefizit 1985 auf 150 Milliarden Dollar katapultiert. Nur eine Verringerung kann die protektionistische Welle im Kongreß brechen. Der geschäftsführende Direktor des IWF, der Franzose Jacques de

Larossière, nahm am dem New Yorker Treffen nicht teil.

Auf der Tagung der Finanzminister und Notenbankchefs im berühmten Plaza-Hotel ist die Bundesrepublik Deutschland durch Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg und den Präsidenten der Bundesbank, Karl Otto Pöhl, vertreten.

Derartige Beratungen der sogenannten Fünfer- und Zehnergruppe, der sich die wichtigsten Industriestaaten zusammengeschlossen haben, sind üblich vor der Jahresversammlung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank, die in diesem Jahr Anfang Oktober in der südkoreanischen Hauptstadt Seoul stattfinden. Hauptsächlich werden diese Treffen aber dazu benutzt, gemeinsame Strategien auszuloten, um auf den Währungstagungen, an denen nahezu 150 Länder teilnehmen, geschlossen aufzutreten zu können. ■ Fortsetzung Seite 8

Über Streikverzicht zum Kompromiß

W. FURLER/DW, London

Das Konzept, als Gewerkschaft „Streikverzichtsvereinbarungen“ mit Arbeitgebern einzugehen, ist vom Vorsitzenden der britischen Gewerkschaft der Elektriker und Fernmelde-techniker, Eric Hammond, als „voller Erfolg“ bezeichnet worden. Dies habe die siebenjährige Erfahrung mit solchen „no-strike agreements“ gezeigt.

Mit dieser Äußerung hat Hammond, Chef einer der großen britischen Einzelgewerkschaften mit gut 350 000 Mitgliedern, die Auseinandersetzung innerhalb der britischen Gewerkschaftsbewegung über dieses Thema erheblich angeheizt. Noch auf dem Jahreskongreß des Dachverbandes der britischen Gewerkschaften (TUC) in Blackpool Anfang dieses Monats waren solche Streikverzichtsabkommen aus scharfer Verurteilung worden, weil sie angeblich dem „Charakter der Gewerkschaftsbewegung“ erheblichen Schaden zufügten.

Personal und eine „Konfliktregelung durch Mitsprache, Verhandlung und Schlichtung“ anstatt durch die traditionellen Praktiken betrieblicher Auseinandersetzung. Zunächst würden Lohnforderungen und Arbeitsbedingungen, aber auch betriebliche Investitionsvorhaben und Geschäftsplanungen in einem beratenden innerbetrieblichen Forum diskutiert. Falls dabei keine Einigung erzielt werden sollte, schalte sich die Gewerkschaft ein und verhandle direkt mit der Betriebsleitung. Chalmers: „Von dort führt der Weg zu einem unabhängigen Schlichter. Der muß uneingeschränkt zugunsten der einen oder anderen Seite eine Entscheidung treffen. Einen Kompromiß gibt es in dieser letzten Instanz nicht.“ In einem solchen Abkommen sieht die EETPU einen Anreiz für beide Seiten, im Konfliktfall maßvolle Forderungen zu stellen. Wer zuviel wage, verliere. Denn der Schlichter werde immer die der Mitte zuneigende Alternative begünstigen.

Wie Hammond mitteilte, hat seine Elektrikergewerkschaft EETPU (Electrical, Electronic Telecommunications and Plumbing Union) trotz aller Anfeindungen durch andere Gewerkschaften inzwischen 15 solcher

Streikverzichtsabkommen ausgehandelt, und zwar alle mit neu gegründeten Firmen. Drei von ihnen sind japanische Unternehmen.

Das größte Aufsehen erregte der Abbruch des Streikverzichtsabkommens mit dem japanischen Automobilhersteller Nissan, der gerade dabei ist, im Nordosten Englands ein Automobilwerk zu bauen. Zu einem no-strike agreement mit Nissan hat sich auch die Metallarbeitergewerkschaft entschlossen. Repräsentiert werden beide Gewerkschaften als Einheit, so daß es die Nissan-Geschäftsführung praktisch nur mit einem einzigen Verhandlungspartner zu tun hat.

Dieses Abkommen hat entscheidend zu dem Entschluß von Nissan beigetragen, Großbritannien als Standort für sein europäisches Autowerk zu wählen. Das erste Streikverzichtsabkommen, das die Elektrikergewerkschaft vor sieben Jahren mit dem japanischen Hersteller von Unterhaltungselektronik, Toshiba, für dessen Werk im südwestenglischen Devon aushandelte, hat - wie die Gewerkschaft erklärte - Toshiba bewegen, nach langen Jahren gewerkschaftlicher Schwierigkeiten und Streikaktionen dennoch nicht das Land zu verlassen.

DER KOMMENTAR

Irrweg

REINER GATERMANN

Die britische Premierministerin Margaret Thatcher glaubt, es sei ihr gelungen, in der palästinensischen Organisation des Yassir Arafat (PLO) „gemäßigte Kräfte“ zu finden, die der Gewalt abgeschworen hätten und Israel anerkennen wollten. Sie hat derartige Repräsentanten, gemeinsam mit zwei jordanischen Regierungsmitgliedern, nach London eingeladen, um einen „kleinen Beitrag“ zum Friedensprozeß im Nahen Osten zu leisten.

Dieser Beschluß muß sehr überraschen; denn vor ihrem Abflug nach Kairo und Amman hatte Frau Thatcher ausdrücklich erklärt, daß weder sie noch ihr Minister offizielle Kontakte zur PLO aufnehmen werden, solange diesem dem Terrorismus das Wort rede und die Existenz des Staates Israel völkerrechtlich nicht einwandfrei anerkannt sei.

Erfüllen nun die beiden von ihr gefundenen Kandidaten diese Voraussetzungen? Es wäre äußerst naiv, dies zu glauben. Beide sind erklärte Anhänger Arafats und der PLO. Sie sitzen im Exekutivsausschuß dieser Organisation. Niemand soll behaupten, daß die beiden eingeladenen sich in solch einer Position von dem militanten politi-

schen Terrorismus, den die PLO verkörpert, distanzieren können, um einem „gemäßigten Weg“ zu folgen. Viel näher liegt die Vermutung, daß Frau Thatcher nicht den Wolf im Schafspelz erkennen will.

Die energische Lady aus der Londoner Downing Street könnte aufgrund ihrer guten Kontakte zu dem Präsidenten Ägyptens, Mubarak, und zu König Hussein von Jordanien auf den Gedanken gekommen sein, in Nahost sei eine erfolgreich verlaufende Friedensinitiative möglich. Mit einem Auge scheint sie dabei auf den aktuellen Krisenherd zu schauen, mit dem anderen auf ihr derzeit ramponiertes Renommee. Um Frieden stiften zu können, mag sie sich sagen, müsse man auch zu Risiken bereit sein.

Aber die Risiken müssen kalkulierbar und auf stabilen Frieden programmiert sein. Beide Voraussetzungen sind bei dieser Einladung nicht gegeben. Viel näher liegt es, daß sie falsche Hoffnungen weckt - auch bei der PLO, die dazu verleitet werden könnte, diese Visite als Bestätigung und Anerkennung ihrer Politik zu werten. Es ist unverständlich, warum Frau Thatcher der PLO diese Möglichkeit bietet.

Frau Thatcher läßt Vertreter der PLO ein

Mexiko hofft auf die Hilfe des Auslands

gtm, London

Großbritanniens Regierungschefin Margaret Thatcher hat zwei Angehörige der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) als Mitglieder einer jordanisch-palästinensischen Friedensdelegation für nächsten Monat nach London eingeladen, wo sie mit Außenminister Sir Geoffrey Howe zusammentreffen werden.

Frau Thatcher hatte bisher jeglichen offiziellen Kontakt zur PLO abgelehnt. Bei ihrem zweiten Aufenthalt in Amman während ihrer Nahost-Reise suchte sie jedoch aus einer Namensliste zwei Palästinenser heraus, die sich Jordanien als Mitglieder der von ihm vorgelegten Delegation für Nahostverhandlungen mit der USA vorstellen kann: Bischof Elias Khoury und den Exbürgermeister von Khalkoul, Mohammed Milhem. Beide sind von den Israelis wegen ihrer PLO-Mitgliedschaft nach Jordanien ausgewiesen worden, beide sind Mitglieder des PLO-Exekutivkomitees.

Wie Frau Thatcher erklärte, unterstützen sie jedoch „eine friedliche Lösung auf der Basis entsprechender UN-Resolutionen und sind gegen Terrorismus und Gewalt“. Die Einladung nach London sieht sie als „kleine Initiative“ und hofft, damit die USA zu einem ähnlichen Schritt veranlassen zu können.

Der Generalsekretär des Jüdischen Rates in Großbritannien, Hayim Pinner, erklärte seine „totale und heftige Opposition“ zu dieser Einladung. Israelische Regierungsstellen warfen Frau Thatcher vor, den „Terrorismus zu rechtfertigen“.

DW, Mexiko-Stadt

Der mexikanische Präsident Miguel de la Madrid hat eingeräumt, daß sein Land aus eigenen Kräften nicht in der Lage sei, die Folgen der schweren Erbeben zu bewältigen. Zunächst hatte die mexikanische Regierung geglaubt, ohne fremde Hilfe auskommen zu können. Denn am Tag vor der Naturkatastrophe war klargestellt worden, daß Mexiko abermals in Zahlungsschwierigkeiten geraten war und eine mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) vereinbarte fällige Zinszahlung nicht leisten könnte. Damit drohte das Abkommen aufzuliegen: 3,5 Milliarden Dollar bereits bewilligte Kredite und weitere Kredite privater Banken standen auf dem Spiel. Erst detaillierte Erkenntnisse über das ganze Ausmaß des Erdbebens führten zu einer Meinungsänderung bei den Politikern Mexikos.

Nach einer Schätzung des amerikanischen Botschafters John Gavin kamen möglicherweise bis zu 20 000 Menschen ums Leben. Heute wird die Frau des amerikanischen Präsidenten, Nancy Reagan, nach Mexiko reisen, um über amerikanische Hilfeleistungen zu sprechen. Ihre Hauptaufgabe ist es, die Atmosphäre für die nun noch notwendiger gewordenen Aussprachen über alte und neue Wirtschaftsprobleme psychologisch vorzubereiten.

Hilfsmannschaften aus der Bundesrepublik Deutschland sind bereits eingetroffen. Die japanische Regierung kündigte eine sofortige Schenkung in Höhe von 1,5 Milliarden Dollar an. ■ Fortsetzung Seite 8

Erneut erbitterte Kämpfe in der Hafenstadt Tripoli

Die meisten Opfer sind Zivilisten / Krisensitzung ohne Ergebnis

DW, Beirut

Die seit einer Woche andauernden Kämpfe zwischen rivalisierenden Milizverbänden in der nordlibanesischen Hafenstadt Tripoli haben am Wochenende erneut mindestens neun Menschenleben und 55 Verletzte gefordert. Damit beläuft sich die vorläufige Opferbilanz der seit Anfang der vergangenen Woche anhaltenden Kämpfe auf mindestens 141 Tote und nahezu 420 Verletzte. Die meisten Opfer sind Zivilisten. Nach den erbitterten Kämpfen der Nacht herrschte gestern in der rund 400 000 Einwohner zählenden Stadt relative Ruhe.

Am Samstagabend hatte der libanesischer Ministerpräsident Rachid Karame mit einer Gruppe syrischer Offiziere - unter ihnen der Befehlshaber des syrischen Geheimdienstes im Libanon und dessen Stellvertreter, die Generale Mustapha Farusi und Ghazi Kanaan - in einer Krisensitzung die Lage erörtert. Über den Verlauf der Gespräche wurde zunächst nichts bekannt. Bislang waren alle Versuche gescheitert, die Kämpfe

zwischen Milizionären der pro-syrischen „Arabischen Demokratischen Partei“ (PAD) und der fundamentalistischen „Bewegung der Islamischen Vereinigung“ (MUT) durch Verhandlungen zu beenden.

Eine Sitzung des Sicherheitsausschusses, in dem alle Parteien der Stadt vertreten sind und dem auch syrische Offiziere angehören, war ergebnislos verlaufen. PAD-Chef Ali Eid fordert unter anderem, daß im Hafengebiet Verbände der regulären libanesischen Armee und der syrischen Streitkräfte in Stellung gehen, ein Palästinenserverband aus 400 Anhängern des PLO-Chefs Jassir Arafat aus dem Stadtteil vertrieben und seiner eigenen Partei „freie politische Betätigung“ zugesichert wird.

In Südlibanon hat die israelische Armee am Samstag innerhalb der von Israel kontrollierten „Sicherheitszone“ eine großangelegte „Säuberungsaktion“ vorgenommen. Dabei wurden, wie ein Militärsprecher mitteilte, drei israelische Soldaten verletzt, als ihr Fahrzeug auf eine Mine fuhr.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Seltsamer Stolz

Von Günter Friedländer

Nicht alles ist ernst um Mexikos Erdbeben. Präsident de la Madrid sorgt für eine Portion Tragikomödie. Das amerikanische Fernsehen verbreitet verschiedene Verlautbarungen, die Mexikos Regierung durch ihren mit der Erdbebenhilfe beauftragten Minister Antonio Enriquez bekanntgibt: daß Hilfe aus den USA nicht notwendig oder nicht erwünscht sei. Wenn sie aber doch komme, dann bitte nur in klingender Münze - kein Essen, keine Kleidung, keine Haushaltsgegenstände, „für die es wirklich keine große Notwendigkeit gibt“.

Gleichzeitig jedoch geben dieselben US-Sender bekannt, wo die US-Amerikaner Kleidung, Essen und Haushaltsgegenstände zur sofortigen Weitersendung nach Mexiko abgeben können. Sie zeigen auch Bürger, die Schränke in ihren Heimen leeren, weil Hilfeleistung für einen ins Unglück geratenen Nachbarn eben zur besten amerikanischen Tradition gehört.

Mexiko, so warnt bereits die liberale Presse in den USA, sei eben ein sehr stolzes Land, und darauf müsse man Rücksicht nehmen. Aber ist es nur Stolz, wenn Enriquez versichert, daß seine Regierung keine Hilfe von der Regierung der USA sucht? Er sagte: „Die mexikanische Regierung meint, wir werden mit der Hilfe auch allein fertig.“ Gleichzeitig jedoch gibt Mexikos Generalkonsul in Houston Anweisungen für Spender: Geldsendungen sollen nur an die mexikanischen Botschaften und Konsulate erfolgen, nicht an private Organisationen in Mexiko.

Viele Kenner Mexikos würden das Geld lieber privaten Organisationen anvertrauen. Zumal da schon Fragen aufgetaucht sind, wieso diesmal, anders als sonst bei Erdbeben, so viele moderne Hochhäuser zusammengestürzt sind. Und: wer wohl deren Baupläne aus welchen Gründen genehmigt hat.

Heute reist Nancy Reagan nach Mexiko, um den stolzen Mexikanern die Hilfe des großen Nachbarn im Norden anzubieten. In den USA weiß man, daß Mexiko jede Hilfe braucht und schließlich auch annehmen wird. Aber man will nicht auf das Spiel eingehen, sich die Erlaubnis, zu helfen, teuer abkaufen zu lassen - etwa durch neue Zugeständnisse seitens des Internationalen Währungsfonds. Gerade das scheint die Absicht der mexikanischen Regierung zu sein.

Am Anfang war das Chaos

Von Peter Schmalz

Ich will ein guter Landesvorsitzender sein“, hat Rudolf Schöfberger nach seiner Wahl durch Bayerns SPD-Delegierte gelobt. Der „rote Rudi“ hat den Mund schon oft sehr voll genommen. Ob er sich mit der Übernahme dieses Amtes übernommen hat, wird bald sichtbar werden. Sein Start jedenfalls ist vermurkt.

Was sich da innerlich abgespielt hat unter der Vertretung der Opposition jenes Landes, von dessen Stamm Ludwig Thoma einst sagte: „Der Meinung der Welber achten sie wenig“, läßt sich nur schwer rekonstruieren. Und ob der Quotierungsvorschlag sehr geistvoll ist, darüber läßt sich allemal streiten. Jedenfalls aber macht sich eine Partei generell lächerlich, wenn sie ihm erst einmal in allen Einzelpunkten zustimmt und ihn dann insgesamt ablehnt und am Ende im Kompromißweg aus der dramatischen Maß-Bestimmung eine leiseretrende Soll-Bestimmung macht. Die Konkurrenz ist glücklich, und die Genossen sind sauer. Und wo war Schöfberger eigentlich, als das Chaos ausbrach?

Ein Parteivorsitzender muß die Fähigkeit zur Integration haben, sagte Schöfbergers Vorgänger Rothermund in seiner Abschiedsrede. Da wird Schöfberger noch (mehr) in Beweisnot kommen. Der Mann, der knapp 120 000 Mitglieder künftig repräsentieren und ja wohl auch lenken soll, war bisher eher ein Einzelgänger, der zumeist auf Kosten der Partei Profil auf deren linkem Flügel suchte. Herbert Wehner beschwerte sich einmal über den „beleidigenden und beschmutzenden Charakter“ von Schöfbergers Äußerungen.

Und der südbayerische SPD-Bezirksvorsitzende, in der heißen Münchner Zeit ein Kampfgefährte Schöfbergers, sagte ihm jetzt ins Gesicht: „Du bist gegenüber allen, die in der SPD Verantwortung tragen, lloyal.“

Der neue Chef profiliert sich mit Sprüchen wie „die Schwarzen rauslupfen aus der Lederhos n“ und mit einer „konkreten Utopie von einer besseren Welt“. Zu dumme nur, daß Bayern auch in den sozialdemokratischen Bundesländern schon jetzt beneidet wird um seine konkrete Realität. Und für die zeichnet die CSU verantwortlich.

Schach und Haft

Von Leonid Hoerschelmann

Jüngst lief im ZDF - bis weit nach Mitternacht (eben drum?) - ein Fernsehfilm von der Art, wie ihn unsere Republik-Linken als „antisowjetische Hetze“ zu brandmarken pflegen. Da wagt es einer, in einem Film über das Schachspiel eine direkte Verbindungslinie von NS-Diktatur zum GULag zu ziehen. Ganz ohne relativierende Verbrämung, wie sie hierzulande bei der Kritik nach links geradezu Pflicht ist.

Natürlich ist der drei Jahre alte Film teilweise durch die Entwicklung überholt. Viktor Kortschnoi, der in den Westen emigrierte Schachgroßmeister, wird inzwischen von den Sowjets nicht mehr boykottiert. Seine Frau und sein Sohn, zu nächst vom Moskauer Regime jahrelang wie Geiseln festgehalten, konnten ausreisen. Geschieden sind die Kortschnois in der Zwischenzeit auch.

Und wenn der Filmautor den Schachweltmeister und „Friedensfonds“-Vorsitzenden Anatoli Karpow („Er stellt für mich alles dar, was ich hasse“) als den Prototyp des gewissenlosen Günstlings einer verbrecherischen Macht darzustellen versucht, so ist das kaum gerecht. Vor diesen als Schachspieler glänzenden, im Osten ebenso parteitreuen wie im Westen geschäftstüchtigen Einzelgänger ohne wirkliche Freunde kennt, wird einer solchen Dämonisierung nicht zustimmen.

Was freilich die linke Entrüstung erschwert, ist die Tatsache, daß der Autor keineswegs ein später Anhänger Francos ist, sondern Fernando Arrabal, ein spanischer Anarchist und Intellektueller, dem die Falangisten vor fünfzig Jahren die ganze Familie umbrachten. Aber so, wie er jetzt die Sowjetunion nicht in sachlicher, sondern in überzogener Weise aus dem Gefühl heraus attackierte, so werden seit Jahren Politiker, Unternehmer und andere Zeitgenossen - die nun wirklich keinen Vergleich mit der Sowjetunion und ihren Vertretern verdienen! - hierzulande ungerecht, unangewogen und ohne Anhörung im Fernsehen fertigmacht. Stets mit der Begründung, die Freiheit des Autors erlaube, daß er in „verständlicher Wut und Enttäuschung“ auch mal übers Ziel hinauschieft.

Nun hat das ein Linker in der anderen Richtung praktiziert. Mal sehen, wie die Genossen es aufnehmen.



ZEICHNUNG: MORIN/THE MIAMI HERALD

„J'accuse“ 1985

Von August Graf Kageneck

Ein Mann mußte gehen. Präsident Mitterrand opferte seinen getreuen Freund und besten Verbindungsmann zu den traditionell gegenüber der Linken mißtrauischen Streitkräften. Er handelte nicht aus souveräner Entscheidungsfreiheit; eingeeignet zwischen Staatsräson, sozialistischer Moral und der peinlichen Tatsache, daß alles auf dem Tisch lag, wählte er die Flucht nach vorn.

Die Moral hat bei den Sozialisten einen hohen Stellenwert. In ihr, so Premierminister Fabius in einem Fernsehinterview am 4. September, „in der Suche nach einer gewissen moralischen Anforderung“, unterscheidet sich die Linke wesentlich von der Rechten.

Wieweit diese Lebenswürdige Legende schon weltweit im grauen Alltag der Praxis Federn lassen mußte, mag dahinstehen; hier jedenfalls ist es so, daß eine sozialistische Regierung einen Anschlag zu verantworten hat, der juristisch wie moralisch durch nichts gerechtfertigt werden kann, auch nicht durch die im französischen Denken noch angesiedelte „Raison d'état“.

Der französische Staat sandte Agenten aus, um in einem fremden Land einen Anschlag zu begehen, der völkerrechtlich ein Übergriff, strafrechtlich mindestens Sachbeschädigung - wenn nicht von der bewußten Inkaufnahme von Todesfällen auszugehen ist - und politisch mit dem Wort eines Franzosen einzuschätzen ist, der wirklich etwas von Außenpolitik versteht: „Es war schlimmer als ein Verbrechen, es war eine Dummheit“ (Talleyrand zur Hinrichtung des Herzogs von Enghien).

Wenn Frankreich der Überzeugung ist, und das darf es wahrlich sein, daß seine Vorkehrungen für die nationale Sicherheit nicht von einer (möglicherweise noch so wohlmeinenden) privaten Lobbyistengruppe abhängig gemacht werden dürfen, so hat Frankreich andere, ehrenhaftere Möglichkeiten, ihr entgegenzutreten - etwa mit Kriegsschiffen auf hoher See -, als Anschläge aus dem Dunkel und hinterher verbissene Lügen. Da kann die Opposition den Hebel ansetzen. Denn an sich, darüber muß der Außenstehende sich klar sein, ist die Idee, Frankreichs Interessen nicht nur nach allen Azimuten, sondern auch mit allen Mitteln zu ver-

teidigen, im Lande keineswegs mehrheitsunfähig. Mitterrands Ansehen hat durchaus nicht dadurch gelitten, daß seine Regierung etwas unternahm, sondern dadurch, in was für eine jammervolle Lage das stolze Land gekommen ist, daß es sich nicht nur beim kleinen Neuseeland, sondern eigentlich auch bei den von Amts wegen eher mißachteten Greenpeace-Leuten entschuldigen muß.

Die Blamage wird dadurch vertieft, daß Frankreich quasi seine Ehre auf einen Mann namens Tricot verpfändete und nun zugeben muß, daß entweder dieser Tricot nicht scharf genug nachforschte oder aber solche Nachforschungen in Frankreich nicht ergebnisreich sind. Wer wird, wenn in vergleichbarer Situation wieder ein Staatskommissar im Namen Frankreichs eine Unschuldsbeteuerung abgibt, ihr noch glauben?

Die Dummheit zum Verbrechen bestand darin, daß jemand - mindestens der Admiral Lacoste, falls der Fehlentscheidungsweg tatsächlich bei ihm gewendet haben sollte - allen Ernstes glaubte, französischer Patriotismus (nennen wir es einmal so) sei immer noch stark genug, um ein solches Unternehmen mit mehreren Dutzend Beteiligten und Eingeweihten vor der Presse geheimzuhalten. Analogien zu Watergate sind zur Hand, treffen aber nicht ganz die französische Realität. Eher bietet sich eine andere Affäre an, in der die Staatsräson lange die Wahrheit verdeckte, ehe die Moral die Oberhand behielt.



Als die Notion ihm den Rücken drehte: Dreyfus FOTO: OIEWAR

Der Hauptmann Dreyfus, fälschlich der Spionage für Deutschland angeklagt, mußte zwölf bittere Jahre auf der Teufelsinsel verbringen, ehe das „J'accuse“ des Sozialisten Zola die Revision seines Prozesses und die Wiederherstellung seiner Ehre einleitete.

Angeblich verlangte die „besudelte Ehre“ Frankreichs und seiner Armee die Aufrechterhaltung des Urteils. In Wahrheit brachte es Frankreichs Ehre nicht den geringsten Vorteil, daß der unschuldige Dreyfus und nicht der schuldige Major Esterhazy verurteilt wurde - man hätte nur eben an höherer Stelle einen Fehler gemacht und man hielt es für unvereinbar mit der Staatsräson, den Fehler einzugestehen.

Die Art, wie man vor neunzig Jahren unbeschden den Zeugen vom General Mercier bis zum Hauptmann Lauth glaubte, weil man ihnen glauben wollte, erinnert verzweifelt daran, wie man den Zeugen im Verfahren Tricot glaubte, weil man ihnen glauben wollte. Mitterrands „Ich will die volle Wahrheit wissen“ in seinem Brief an seinen Premierminister hört sich an wie der gleiche Aufschrei gekränkter sozialistischer Moral; nur eben: Zola war ein Außenseiter, hier aber stellt sich der mächtigste Mann im Lande als einer dar, der seinen Staatsapparat nicht im Griff hat.

Nun rollen Köpfe, und Mitterrand hofft, den seinen aus der Schlinge gezogen zu haben. Aber die Affäre ist damit längst nicht aus den Schlagzeilen. Neue Demütigungen vor neuseeländischen Gerichten stehen bevor. Das kann noch viele Monate so gehen. Nichts ist verblüffender als ein erfolgreicher James Bond, auch wenn er außerhalb der Legalität handelt; nichts ist kläglichere als ein James Bond, der versagt und erwischt wurde. Die Armee zweifelt; die Opposition steht vor der Frage, ob sie wie Chirac und Giscard das wollen, im Falle eines parlamentarischen Wahlsiegs mit einem so schwer in seinem Ansehen geschädigten Präsidenten „kobalieren“ kann. Kann, mit anderen Worten, Mitterrand sich halten? Die Pose von Murreros jedenfalls ist verbraucht.

IM GESPRÄCH Paul Quilès

Der schönen Augen wegen

Von August Graf Kageneck

Eine ganze Reihe von Dingen scheint ihn für das neue Amt zu prädestinieren. Er ist Sohn eines Offiziers, hat das Polytechnikum besucht und ist ein begeisterter Patriot (eine seiner Töchter heißt Marianne). Er geht am Sonntag in die heilige Messe, wenn er auch hinterher zuweilen Flugblätter der Sozialistischen Partei an den Türen der Kirchen verteilt. Vor allem ist er ein reiches Raubheim im Wahlkampf (1978 eroberte er in den Parlamentswahlen zum ersten Mal seit zehn Jahren einen Sitz in der Hauptstadt Paris für seine Partei). Daß er die „schönen Augen im Kabinett“ hat (sie sind stahlblau), macht ihn den Frauen angenehm.



Wenig Zeit zum Aufdrehen: Heranu-Nachfolger Quilès FOTO: OPA

All das wird Paul Quilès brauchen für sein schweres neues Amt: die Nachfolge des aus Solidarität mit seinen Offizieren und aus alter Pflichtaufassung zurückgetretenen Verteidigungsministers Charles Hernu.

Paul Quilès hat mit Hernu den langen Weg mit Mitterrand gemeinsam. Er war mehr als ein bloßer Weggenosse. 1981 organisierte er den Wahlkampf des Präsidentschaftskandidaten, der in einem Triumph Mitterrands über Giscard mündete. Bei den Parlamentswahlen unmittelbar anschließend gab es eine sozialistische Grundwelle, die über Frankreich fegte und die Sozialisten mit einer absoluten Mehrheit von 250 Sitzen in die Kammer schwenkte.

Quilès, der im 13. Pariser Wahlkreis haushoch wiedergewählt wurde, war es dann, der auf dem Triumph-Parteitag der Partei in Valence im Oktober 1981 forderte, daß nun Köpfe rollen müßten, und nicht zu wenige. Den Bürgerlichen fuhr die Angst vor einer großen Revolution in die Knochen, und seine Parteifreunde nannten ihn in Anlehnung an den Schreckensmann von 1794 einen „Robes-Paul“.

Doch in den bald folgenden mageren Jahren des Sozialismus ging Paul Quilès der revolutionäre Klan schnell wieder verloren. Zwei Jahre mußte er sich mit dem Posten eines Parteise-

kreträrs für das Wohnbaugesamt begnügen, ehe ihn Pierre Mauroy im Oktober 1983 als Minister für das gleiche Ressort ins Kabinett holte. Schon im Frühjahr vorher hatte es den ersten politischen Rückschlag für ihn gegeben. Der 43jährige konnte trotz seines unbestreitbaren Charms, den auch die Männerwelt anerkennt, den Erfolg von 1981 bei den Kommunalwahlen im Pariser 14. Bezirk nicht wiederholen. Er unterlag dem jüngerlichen Jacques Toubon von den Gaullisten haushoch. Dabei hatte ihn seine Partei gegen Jacques Chirac aufgestellt mit dem Auftrag, den seit 1976 unangefochtenen Bürgermeister aus dem Hôtel de Ville zu boxen.

Quilès blieb auch als Minister im Hintergrund. Seine Ernennung zum Nachfolger Hernus auf einem der Schlüsselposten des Kabinetts mag erstaunen. Seine Amtszeit könnte schon im März nach den Parlamentswahlen beendet sein. Ob die Zeit reicht, den Augustsalut in der Heimdienstzeit zu säubern - so jedenfalls laut sein erster Auftrag - und sich gleichzeitig bei den Verbündeten, vor allem dem deutschen Verteidigungsminister Wörner, zu profilieren, das steht dahin.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

THE OBSERVER

Die britische Sonntagzeitung kommentiert die Nahost-Politik der Premierministerin.

Frau Thatcher hat mit ihrer Einladung von zwei PLO-Leuten nach London die Israelis in Zorn versetzt und riskiert, ihre enge Freundschaft zu Präsident Reagan auf Spiel zu setzen. Die Einladung zu Gesprächen mit dem Außenministerium ist eine kalkulierte Geste, um Großbritannien sowohl von den USA als auch von Israel zu distanzieren... Israels Reaktion war vorhersehbar, aber die amerikanische Reaktion ist wichtiger und wird in London mit Spannung erwartet.

der Zwangsherrschaft. Der Mann ist glaubwürdig.

LE QUOTIDIEN DE PARIS

Das Blatt betrachtet den Staatspräsidenten als angesprochen.

Nur scheinbar wurden Gerechtigkeit und Wahrheit hergestellt. Charles Hernu und Admiral Lacoste haben teuer bezahlt. Nicht für größeren Ruhm des Staates, sondern, um sein Gesicht zu wahren... Die Bilanz ist katastrophal. Der Präsident der Republik, Hauptfigur der Szene, kommt aus dem Abenteuer hart angeschlagen heraus. Seine Autorität und sein moralischer Kredit wurden in Frage gestellt.

BERLINER MORGENPOST

Die würdige Präsidentenwahl...

Dieser amerikanische Präsident ist ein Phänomen. Als ein Pistolen-Attentäter ihn niederstreckte, wurde in der Welt um sein Leben gebangt. Reagan schaffte es, Er genes und war wieder der alte. Als der 74jährige sich einer Darmkrebsoperation unterziehen mußte, galt das Mitgefühl selbst nicht eingeleiteter Reagan-Freunde diesem ungewöhnlichen Mann. Der Präsident erhobte sich erneut. Im Anschluß an eine ärztliche Nachuntersuchung verlaute jetzt, daß Reagan sich „hundertprozentig“ wohl fühlt. Im Vorfeld seiner ersten Präsidentschaft ist über den ehemaligen „Film-Cowboy“ aus Hollywood viel gelästert worden. Reagan hat diese Kritiker gründlich widerlegt... Dieser große Amerikaner verdient es, daß wir ihm gerade jetzt, vor seinem Genfer Treffen mit dem sowjetischen Parteichef Gorbatschow, unser Vertrauen schenken. Ohne sich selbst zu schonen, bekämpft er jegliche Form-

THE GUARDIAN

Die Londoner Zeitung spekuliert zu den Auswirkungen des mexikanischen Erdbebens.

Große Naturkatastrophen bringen oft politische Desaster mit sich. Nicaraguas Erdbeben war der Beginn des Endes von General Somoza. Chinas verheerendes Erdbeben schloß das Kapitel des Vorsitzenden Mao. Ein Wirbelsturm begleitete das Ende des kommunistischen Pakistans. Wenn eine Regierung bereits Schwächen hat, können Tod und Zerstörung ein Katalysator sein. Die politische Zukunft Mexikos ist das nicht genannte Gespenst hinter der amerikanischen Politik in Mittel- und Südamerika. Die unmittelbare Zukunft der internationalen Schuldensituation steht bereits an der Spitze der westlichen Wirtschaftsstagesordnung. Die reichen Hauptstädte des Westens müssen jetzt zuerst Nothilfe nach Mexiko geben und dann den Schatten des finanziellen Zusammenbruchs von einem Land oehmen, das über Nacht in die tiefste Krise gestürzt ist.

Die Not der Gläubiger mit den Notleidenden

Überraschendes Treffen der Fünfergruppe vor Seoul / Von Claus Dertinger

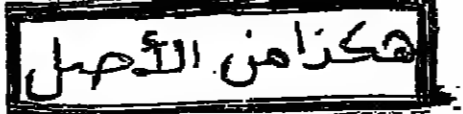
Die Finanzminister und Notenbankchefs der Fünfergruppe haben sich überraschend in New York getroffen, am Vorabend der Grundratsrede des unter starkem Protektionismus-Druck stehenden Präsidenten Reagan über den zukünftigen handelspolitischen Kurs der USA. Gelänge es, eine Senkung des Dollarkurses herbeizuführen, so würde das nicht nur die Handelsbilanz der USA entlasten; es käme auch den Schuldnerländern der Dritten Welt zugute, deren Sorgen auf der Konferenz von IWF und Weltbank Anfang Oktober in Seoul oben an stehen. Pläne, die Weltbank mit weiteren US-Kapitalzuwendungen auszustatten und zusätzlich einen Sondertopf der USA mit fünf Milliarden Dollar zugunsten der ärmsten Länder zur Verfügung zu stellen, sollen zur Entschärfung des Problems beitragen, das durch die Katastrophe im mit am höchsten verschuldeten Mexiko zusätzlich akzentuiert wurde. Von der Schuldenfront häufen sich die Tatenmeldungen. Kubas

Castro ruft zum Boykott der Kreditrückzahlung auf. Garcia will Perus Schuldendienst auf zehn Prozent der Exporteinnahmen kappen. Brasiliens Präsident Sarney kündigt Widerstand gegen die restriktive Außenpolitik des IWF für sein Land an, das mit 103 Milliarden Dollar der größte Schuldner der Welt ist. Der Finanzminister Mexikos (fast 100 Milliarden Dollar Auslandsschulden) warnt die Banken, vom Volk endlos Opfer zu verlangen - das war vor dem Erdbeben. Viel Innenpolitik und Nationalismus schwingen mit. Aber dramatische Entwicklungen bis zum Einsturz des Schuldenberges mit Zusammenbruch der Finanzmärkte und Banken und totem Chaos der Weltwirtschaft stehen nicht bevor. Gefragt ist allerdings Geduld und ein längerer Atem.

Auf den ersten Blick mag die Aufsässigkeit besonders in Lateinamerika, das mit 360 Milliarden Dollar ein knappes Drittel der Auslandsschulden aller Entwicklungsländer auf dem Buckel hat, über-

wachstum haben die Latinos zu nächst nicht viel, weil seine Früchte mit Zinszahlungen an die Gläubiger im Ausland verschwinden. So wird denn der Nutzen einer an Zahlungsbilanz und Schuldendienstfähigkeit orientierten Wirtschaftspolitik immer mehr in Zweifel gezogen. Für manche lateinamerikanische Regierungen wird daher die Erfüllung ihrer Schuldnerpflichten mehr zu einer Frage der politischen Durchsetzbarkeit als der finanziellen Möglichkeiten. Auch ein Kommentar im Jahresbericht der Interamerikanischen Entwicklungsbank nimmt die Schuldendienstbelastung aufs Korn: Sie vermindere ein Wirtschaftswachstum, das mittelfristig zur Bedienung der Auslandsschulden und zur Verbesserung des Lebensstandards nötig sei.

Über mehr Flexibilität des IWF wird auf der gemeinsamen Jahresversammlung des IWF und der Weltbank in Seoul zu sprechen sein. Eine generelle Abkehr von der bisher verfolgten Anpassungs-



Erdbeben in Mexiko: Experten sprechen von 10 000 Toten - Welle der Hilfsbereitschaft

„Ich habe vergessen, alle die Toten zu zählen“

Von KLAUS BAUER

Auf Wänden und neben Haustüren hängen eilig geschriebene Nachrichten: „Alejandra, wir sind wohl auf und wohnen jetzt bei Maria.“ Andere amtlich geführte Listen zählen nüchtern die Toten, Verletzten oder Evakuierten beim Namen auf, verraten aber nicht, wo sich die Menschen befinden.

Ein ungewisses Schicksal wartet auf die Obdachlosen, die apathisch auf der Straße sitzen. Zu tief sitzt die Angstschwere nach den verheerenden Erdbeben, die am Donnerstag begannen und auch am Freitag und Samstag die Mexikaner in Angst und Schrecken versetzten.

Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit steht in ihren Gesichtern. Doch immer wieder werden sie durch Erfolgsmeldungen zum Weitermachen angetrieben. Nach 48 Stunden, so meldete das mexikanische Fernsehen am Samstag, wurden 58 Säuglinge aus den Trümmern des städtischen Krankenhauses lebend geboren.

In den Trümmern des Krankenhauses Benito Juarez in Mexiko-Stadt kämpfen die Ärzte auch um das Leben ihrer Kollegen. Rund 800 Ärzte, Pfleger und Patienten waren in dem Gebäude als es wie ein Kartenhaus zusammenstürzte.

unter den Trümmern begraben. In provisorischen Unterkünften verfolgen Freunde und Verwandte die neuesten Eintragungen auf einer Liste, auf der unter den Rubriken „tot“, „verletzt“ und „vermisst“ die Namen von Krankenhausangehörigen aufgeführt sind.

Der die Rettungsoperation überwachende Arzt, Fidel Ruiz Haely, sagt: „Gestern haben wir 150 Menschen lebendig herausgeholt, aber ich habe vergessen, die Toten zu zählen.“ Viele Einwohner der Hauptstadt campieren in Notzelten aus Decken und Pappkartons vor den Ruinen ihrer Häuser.

Auf den Bürgersteigen liegen in Plastikplanen oder Stoffbahnen eingewickelte Leichen, fertig für den letzten Transport. Endstation für Hoffen und Bangen ist ein Sportplatz an der Avenida Cuauhtemoc, wo sich Spezialisten mit der Identifizierung der eingeleiteten Toten befassen.

ist. Teile des breiten Pracht-Boulevards Reforma sehen aus wie nach einem Bombenangriff. Eingestürzte, schwer beschädigte oder schiefe Gebäude. Doch viele der eleganten Geschäftsgebäude blieben verschont.

Am schwersten betroffen sind das historische Zentrum und das Viertel „Roma“. Hier sind nahezu die meisten der billigen und nicht erdbebensicheren Betonbauten der sechziger Jahre wie Kartenhäuser zusammengefallen.

Niemand kennt das Ausmaß der Tragödie. Alle Zahlen sind Spekulationen und widersprechen sich. Drei Tage nach dem ersten verheerenden Erdbeben lagen am Sonntagmorgen in der Hauptstadt weit auseinandergehende Angaben der Behörden zur Zahl der Todesopfer, der Verletzten und Vermissten vor.

Viele ausländische Beobachter fürchten, daß alle Schätzungen offizieller Stellen nicht den tatsächlichen Begebenheiten entsprechen. Auch der amerikanische Botschafter in Mexiko, John Gavin, rechnet mit einer viel größeren Zahl von Opfern.



Der Rest eines Krankenhauses: Übereinanderliegende Betondecken

schon Kiste. Besonders betroffen sollen die Bundesstaaten Colima, Guerrero, Michoacan und Jalisco sein. Inoffiziell wird in diesen Regionen von mehreren über hundert Toten gesprochen.

Auch nach den zweiten schweren Erdbeben liegen der Deutschen Botschaft keine Meldungen über deutsche Opfer oder Vermisste vor. Wie das Auswärtige Amt in Bonn mitteilte, hat eine Umfrage bei deutschen Großfirmen und bei der deutschen Schule ergeben, daß dort „alles wohl auf“ sei.

außen abgelehnt hatte. („Mexiko kann sich selbst helfen“) hat inzwischen seine Meinung geändert und um Hilfe gebeten.

US-Präsident Reagan kündigte an, seine Frau Nancy werde heute nach Mexiko reisen, um sich vor Ort ein Bild vom Ausmaß der Katastrophe zu machen und sich über die amerikanische Hilfe zu informieren.



Mit bloßen Händen verzweifelte Suche nach Überlebenden



Gefunden, doch die Hilfe kam zu spät

Die schwersten Erdbeben

- Seit 1945 sind bei Erdbeben mehr als eine Million Menschen ums Leben gekommen.
1944 - Hodna (Algerien): 246 Opfer
1949 - Ambato (Ecuador): 3000 Opfer
1950 - Assam (Indien): 1500 Opfer
1954 - Nardran: 2500 Opfer
1960 - Agadir (Marokko): 20 000 Opfer
1962 - Qasvin (Iran): 12 225 Opfer
1963 - Skopje (Jugoslawien): 1070 Opfer
1968 - Khorassan (Iran): 10 488 Opfer
1970 - Ancash (Peru): 54 000 Opfer
1972 - Managua (Nicaragua): 5000 Opfer
1974 - China: 20 000 Opfer
1976 - Tangshan (China): 655 237 Opfer
1978 - Tnbas (Iran): 20 000 Opfer
1980 - Italien: 3000 Tote
1982 - Nordjemen: 1500 Tote
1985 - Kolumbien: 280 Tote
1985 - Türkei: 1300 Tote
1985 - Chile: 147 Tote

Die Fußball-WM soll auf jeden Fall stattfinden

Von MARCUS BERG
Der Präsident zeigte ungeahnte Feinfühligkeit: „Momentan wäre es nach Auffassung von Hermann Neubinger geschmacklos, schon von anderen Plänen zur Ausrichtung der WM-Endrunde zu reden.“

Sotheby's schätzt Ihr altes europäisches Porzellan. Sotheby's Experten sind im September in Deutschland. Die Themen: Europäisches Porzellan. Zur Beratung und Schätzung vereinbaren Sie bitte einen Termin mit dem nächsten Sotheby's Büro. Includes contact information for Munich, Cologne, Frankfurt, and Hamburg.

Mexiko-City, ein Vorbote der Apokalypse

Von WERNER THOMAS

Immer dann, wenn das Chaos unenträglich erschien, reagierten die Einwohner dieser Stadt mit einem scherzhaften Fluch: Soll doch ein Erdbeben die Monstertropole zerstören. Dann sind alle Probleme gelöst.

Seit Donnerstag, 7.10 Uhr Ortszeit, ist der Bevölkerung das Scherzen vergangen, denn „ein schrecklicher Schlag aus der Hölle“, so der amerikanische Rundfunkreporter George Nathanson, hat die Menschen in lähmende Fassungslosigkeit versetzt.

Eine gespenstige Ruhe liegt heute über der Stadt, ein frapperierender Kontrast zu sonst. Die Millionenmetropole ist gewöhnlich ein lauter, lärmender Moloch, der nie schlafen geht.

Die mexikanische Hauptstadt gilt als Musterbeispiel für eine verhängnisvolle Entwicklung in der Dritten Welt: Das unkontrollierte Wachstum der Großstädte. Eine Thematik, deren Tragweite bisher kaum erkannt ist.

In dem Betonschubengel des 2200 Meter hohen Talkessels drängen sich bereits 17 bis 20 Millionen Menschen, die Angaben variieren. Auch Bürgermeister Aguirre kann mit keinen genauen Zahlen dienen.

Mindestens ein Drittel der Bevölkerung lebt in diesen schabigen Bretter- und Blechbudenbezirken. Nezuhalcoyotl, entlang der Straße nach Puebla gelegen, hat die zweifelhafte Ehre, die gigantischste Slumsiedlung Lateinamerikas zu sein.

Fast 40 Prozent der arbeitsfähigen Menschen gehören zum Kreis der Unterbeschäftigten. Viele erwerben ein spärliches Einkommen mit dem Straßenhandel. An jeder Innenstadtkreuzung warten diese Händlergruppen und offerieren ein buntes Warensortiment, das von Blumen bis Bleistiften reicht.

Eine Stadt der Superlative: Sie produziert jeden Tag 12 000 Tonnen Müll, von dem nur 8000 Tonnen sofort beseitigt werden. Die offenen Abfallberge ernähren 100 Millionen Ratten. Dreieinhalb Millionen Fahrzeuge verstopfen die Straßen.

Durch den Hang zum Zentralismus

konzentrieren sich in Mexiko City und Umgebung 130 000 Fabriken, die Hälfte des Landes. In der Nähe des Zentrums stehen stinkende Raffinerien, chemische Betriebe und Automobilkonzerne.

Cäsarman nennt einen weiteren Weltrekord. „In keiner anderen Stadt ist die Luft so schmutzig.“ Die Stadtverwaltung informiert die Bevölkerung nicht mehr über die Luftqualität, aber Wissenschaftler der „Autonomen Nationalen Universität“ (UNAM) messen alarmierende Werte.

Täglich strömen 700 Tonnen Giftstoffe in die Atmosphäre. Eine gelblich-graue Smogwolke liegt über Mexiko City, die stöblichen Chemikaliengeruch verbreitet. Ein klarer Sternenhimmel und ein Blick auf die 35 Kilometer entfernten Vulkane Popocatepetl (5452 Meter) und Iztaccihuatl (5286 Meter) sind Stadtgespräche.

Schon sind Strom- und Wasserausfälle an der Tagesordnung. Schon beschließen US-Diplomaten ihre Familienangehörigen zu Hause zu lassen, wenn ihnen die Versetzung nach Mexiko City droht.

Es hat nicht an Plänen gefehlt, die Apokalypse zu verhindern. Jede neue Regierung verspricht energische Dezentralisierungsmaßnahmen. Es bleibt meist bei den Versprechungen. Cäsarman: „Die Regierungen erkennen schon nach kurzer Zeit ihre Machtlosigkeit und resignieren.“

Die Erdbebenkatastrophe wäre ein Anlaß, die Zeitbombe zu entschärfen. Kaum jemand glaubt jedoch, daß der Präsident nun einen Entwicklungsstopp verordnet. Wenn die Leichen begraben, die Seuchengefahren gebannt und die Trümmer beseitigt sind, werden die Wiederaufbauarbeiten beginnen - und wieder täglich 1000 bis 2000 Landflüchtlinge in die Stadt strömen.

Wenn das Leben so weitergeht wie bisher, wird die Einwohnerzahl von Mexiko City um die Jahrhundertwende 35 bis 40 Millionen Menschen betragen. Möglich allerdings, daß die Bevölkerung nicht mehr ein Erdbeben wünscht, wenn sie über die dann noch schlimmeren Verhältnisse flucht.

Wenn das Leben so weitergeht wie bisher, wird die Einwohnerzahl von Mexiko City um die Jahrhundertwende 35 bis 40 Millionen Menschen betragen. Möglich allerdings, daß die Bevölkerung nicht mehr ein Erdbeben wünscht, wenn sie über die dann noch schlimmeren Verhältnisse flucht. Die Ereignisse in den Septembertagen des Jahres 1985 werden nicht so schnell vergessen sein.


Burt spricht von „einzigartigen Beziehungen“

Die Vereinigten Staaten und die Bundesrepublik Deutschland sollten nach Ansicht des neuen amerikanischen Botschafters in Bonn, Richard Burt, vier aktuelle Problemereiche in das Zentrum ihrer Zusammenarbeit rücken: die Abrüstungsbemühungen, den Kampf gegen Protektionismus im internationalen Handelsaustausch, den Umweltschutz und die Einführung neuer Technologien. Bei einem Empfang für Journalisten sagte Burt, die „wirklich einzigartigen“ Beziehungen zwischen Bonn und Washington könnten die auf beiden Seiten des Atlantik laut werden. Burt unterstrich auch die Wichtigkeit, die Forschung im Rahmen der Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) voranzutreiben.

Die Jugend soll nicht resignieren

Der Kölner Erzbischof, Joseph Kardinal Höfner, hat davor gewarnt, den Jugendlichen persönliche Leistungen und einen hohen Lebensstandard als höchste Lebensziele anzupreisen. Unser Dasein, unser Leben, unsere Zukunft, unsere Rettung, unser Heil, unser Glaube sind Geschenke Gottes, nicht Lohn für eigene Leistung, predigte er während einer Fortbildungsveranstaltung für katholische Religionslehrer in der

Wirtschaftswissen kann man abonnieren.

Bitte: 

An DIE WELT, Vertrieb Postfach 30 38 30, 2000 Hamburg 36
Bitte liefern Sie mit vom nächstreicheren Termin an bis auf weiteres

DIE WELT
WIRTSCHAFTSWISSEN
zum monatlichen Bezugspreis von DM 26,50 (Ausland 35,-, Luftpost auf Anfrage, unentgeltlich Versand- und Zustellschluss sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen)

Vorname/Nachname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Beruf: _____
Vom-/Tel.: _____
Datum: _____

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (rechzeitige Absendung genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 38 30, 2000 Hamburg 36

Unterschrift: _____ 01-043

Sie haben das Recht, eine Abbestellung innerhalb von 7 Tagen (rechzeitige Absendung genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 38 30, 2000 Hamburg 36

Kölner St. Gereon-Kirche. Höfner beklagte, daß es den jungen Menschen „in unserer permissiven Gesellschaft“ heute schwer gemacht werde, in Freiheit und Freude heranzuwachsen und sich dem Leben zu stellen. Die Jugendlichen seien nicht dafür verantwortlich, „daß in unserer Gesellschaft eine verwirrende Vielfalt und Gegensätzlichkeit der sittlichen Auffassungen herrscht, ein Durcheinander, das über Presse, Hörfunk und Fernsehen fast unaufhörlich auf die jungen Menschen einwirkt.“

Kommt Honecker Ende November?

Nach Informationen der „Bild“-Zeitung besteht die Möglichkeit, daß SED-Chef Erich Honecker schon Ende November die Bundesrepublik besucht. Er habe seine jüngsten Gesprächspartner aus Bonn wissen lassen, daß er diesen Termin für günstig halte, falls das Gipfeltreffen Reagan mit Gorbatschow nicht wieder erwarten mit einem Eklat enden sollte. Honecker erwarte außerdem, daß bis dahin Volkskammer-Präsident Horst Sindermann in Bonn protokolllarisch angemessen (Gespräch mit Bundespräsidenten-Jenninger im Bundeshaus) empfangen wird. Die Bundesregierung hofft, daß der Honecker-Besuch weitere menschliche Erleichterungen bringt. Der Bundesminister für Innerdeutsche Beziehungen, Windelen, erklärte gegenüber „Bild“: „Ein Besuch von SED-Chef Honecker kann durchaus dazu beitragen, die deutsch-deutschen Beziehungen zu verbessern.“

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365.00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 549 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 549 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Frauen in der SPD - Theorie und Praxis

Von PETER SCHMALZ

Sie waren gekommen. Großes zu swagen. Wir werden den schwarzen Stier mutiger bei den Hörnern packen“, versprach der neugewählte bayerische SPD-Landesvorsitzende Rudolf Schöfberger. Der Landtagsabgeordnete Karl-Heinz Hiersemann, seit Samstag Spitzenkandidat für die Landtagswahl und somit Herausforderer von Franz Josef Strauß, legte sich die Wahlplatte gewaltig hoch: „Wir werden über die 35 Prozent hinauskommen.“ Vor drei Jahren waren es knapp 32.

Als aber Willy Brandt von seiner „DDR“-Reise zu den bayerischen Genossen eilte und Schöfberger ihn begrüßte „bei einer bayerischen Sozialdemokratie, die sich in einer prächtigen Aufbruchstimmung befindet“, da scholl ihm Hohngeächter aus den Reihen der 326 Delegierten entgegen. Schon am zweiten Tag ihres dreitägigen Parteitreffens hatten sie die Hoffnung fahren lassen, Hof könnte in die Parteigeschichte als der Startschuß eingehen, der nach 26 Jahren bayerischer Oppositionszeit die Sozialde-

mokraten zumindest in einer „mittel-fristischen Perspektive“ (Hiersemann) den Regierungsbänken in München näherbringen könnte. Hof wird künftig vielmehr als das Beispiel gelten, wie eine Partei sich ohne Not der Lächerlichkeit preisgibt. Vom Scherbenhaufen sprach der frühere Staatssekretär Hans de Wit und Hiersemann hat die Genossen „darüber nachzudenken, was ihr hier tut“.

Hiersemann, der diesen Tag mit seiner Ausrufung zum Spitzenkandidaten zu einem Ruhmesblatt der Partei hatte gestalten wollen, sah sich um seine Erwartungen betrogen. „Jetzt räum ich auf“, murmelte er und polterte öffentlich: „Ich bin nicht bereit zu akzeptieren, daß die bayerischen Sozialdemokraten nicht in der Lage sind, zu erkennen, worauf es ankommt.“ Er formulierte einen neuen Antrag, in dem sich die Partei verpflichten sollte, jeden vierten Platz einer Genossin zu reservieren. Doch auch der Jurist Hiersemann war wohl nicht in der Lage, die Fallstricke dieser Formulierung zu erkennen: Wie denn hätte sich, wollte

In Einzelabstimmungen wurde jeder der vier Absätze des Antrags genehmigt, in der Gesamtabstimmung aber fiel er durch. Der Eklat war da: Die Frauen waren empört, eine Sondersitzung der Arbeitsgemeinschaft der Frauen wurde spontan einberufen und eine Delegierte regte an, sämtliche Kandidatinnen für die 24 Beisitzer des Landesvorstands zurückzuziehen.

Hiersemann, der diesen Tag mit seiner Ausrufung zum Spitzenkandidaten zu einem Ruhmesblatt der Partei hatte gestalten wollen, sah sich um seine Erwartungen betrogen. „Jetzt räum ich auf“, murmelte er und polterte öffentlich: „Ich bin nicht bereit zu akzeptieren, daß die bayerischen Sozialdemokraten nicht in der Lage sind, zu erkennen, worauf es ankommt.“ Er formulierte einen neuen Antrag, in dem sich die Partei verpflichten sollte, jeden vierten Platz einer Genossin zu reservieren. Doch auch der Jurist Hiersemann war wohl nicht in der Lage, die Fallstricke dieser Formulierung zu erkennen: Wie denn hätte sich, wollte

der Münchner Unterbezirksvorsitzende Hans-Günther Naumann wissen, stelle sich der Landesvorstand den praktischen Vollzug vor?

Der Vorstand schwieg und zum Glück kam Willy Brandt. „Rauf euch bitte zusammen“, forderte er, worauf die Parteispitze in dreieinhalbstündiger Klausur ging und am Sonntag morgen einen Kompromiß vorlegte, der dann – nochmals abgeändert – gebilligt wurde: Der nächste Bundesparteitag, der vor der bayerischen Landtagswahl in Nürnberg stattfindet, soll über eine Satzungsänderung mehr Frauen in die Parlamente bringen. Den Männern war's genug (Hiersemann: „Ein großer Schritt voran“), den Frauen ist's wenig.

Schon zuvor hatten die Frauen eine Niederlage einstecken müssen: Im Rennen um den Landesvorsitz konnte die Bundestagsabgeordnete Anke Martiny mit 127 Stimmen nur 40 Prozent der Delegierten für sich gewinnen, ihr Parlementskollege Rudolf Schöfberger bekam 191 Ja-Stimmen. Wenig später wurde Frau Martiny zu

Schöfbergers Stellvertreterin gewählt. Weitere Vorstands-Vize sind die Bundestagsabgeordnete Renate Schmidt und Ludwig Stieglitz, womit der engere Landesvorstand erstmals ausschließlich aus Bundespolitikern besteht.

Helmut Rothemann, der die Partei acht Jahre führte und den Vorsitz wegen einer gescheiterten Parteireform abgab, machte in seiner Abschiedsrede keine Hehl daraus, daß er seinem Nachfolger wenig hält. Er erwähnte den Namen Schöfberger mit keiner Silbe, aber jeder im Saal wußte, wer gemeint war, als Rothemann sagte: „Es fällt mir schwer, immer mit ausreichender Gelassenheit zu reagieren, wenn ich ausgerechnet von denen nach den Gründen des Stagnierens der bayerischen SPD gefragt werde, die zu den Akteuren jener Auseinandersetzungen gehören, die die Partei um Jahre zu rückgeworfen haben.“ Schöfberger war bei dem von Rothemann erwähnten Münchner Parteizwist einer der wortgewaltigsten Scharfmacher gegen den gemäßigten Parteiflügel.

Bangemann prophezeit für 1986 weniger Arbeitslose

Absage an Forderungen nach Beschäftigungsprogrammen

STEFAN HEYDECK, Celler Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann (FDP) hat den Forderungen der SPD nach staatlichen Beschäftigungsprogrammen eine klare Absage erteilt und den Willen zur Fortsetzung des von der Bundesregierung eingeschlagenen Kurses in der Wirtschafts- und Finanzpolitik zur Überwindung der Arbeitslosigkeit bekräftigt. Zum Start einer Serie von Fachkonferenzen der FDP, mit der die Liberalen schon 16 Monate vor den Bundestagswahlen in die „Offensive“ gehen wollen, erklärte Bangemann in Celle: „Niemand kann erwarten, daß wir zu der alten, schlechten Politik zurückkehren, die wir mit der SPD gemacht haben.“

Unter Bezug auf die Statistik wies er vorwiegend des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der SPD zurück, nach denen die Bundesregierung ein Szenario abbau betreibe und keine Erfolge beim Kampf gegen die Arbeitslosigkeit habe. Durch die wirtschaftliche Erholung sei bei der Arbeitslosigkeit die „Talfahrt gestoppt“. Der Zuwachs um 130 000 zwischen 1983 und 1985 stehe eine Steigerung um 1,4 Millionen zwischen 1980 und 1983 gegenüber.

Die Bilanz würde „noch besser aussehen“, wenn in der Baubranche nicht 100 000 Arbeitsplätze verloren

seien. So seien zwischen dem ersten Halbjahr 1984 und 1985 insgesamt 165 000 neue Arbeitsplätze geschaffen worden. Trotz der geburtenstarken Jahrgänge, ohne die die Arbeitslosenzahlen „bereits um rund acht Prozent gesunken“ wären, und der „Probleme beim Strukturwandel“ werde 1986 die Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt sinken.

Weiter belegte Bangemann die „beachtliche Erfolgshilanz“ mit einem Vergleich der alten und der neuen Koalition: Von 1980 bis 1982 habe es kein wirtschaftliches Wachstum gegeben, sei das Sozialprodukt um 18 Milliarden Mark gesunken. Dagegen habe es von 1983 bis 1985 eine Wachstumsrate von mehr als zwei Prozent gegeben, sei das Sozialprodukt um 100 Milliarden Mark gestiegen. Auch bei den Einkommen stehe eine realen Abnahme um zwei Prozent damals jetzt eine Zunahme um zwei Prozent gegenüber. Die Inflationsrate sei von 1982 mit 5,3 Prozent auf zwei Prozent zurückgegangen.

Bangemann appellierte mit Blick auf die „Aktionswochen“ des DGB im Herbst, „gemeinsam mehr zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu tun“. Er betonte dabei, daß sich die Dreier-Gespräche mit den Arbeitgebern bei Bundeskanzler Helmut Kohl „Johnen“ würden.

Höfner rügt den Trend zum Versorgungsstaat

Referat über Wirtschaftsethik vor den Bischöfen in Fulda

Von der Vollversammlung der Deutschen Bischöfe in Fulda, die heute nachmittag an traditionellem Ort – am Grab des heiligen Bonifatius im Fuldaer Dom – zusammentritt, wird auch die aktuelle gesellschaftspolitische Diskussion der Bundesrepublik Deutschland beeinflusst werden. Kardinal Josef Höfner, der Konferenzvorsitzende, stellt sein Eröffnungsreferat unter das Thema „Wirtschaftsordnung und Wirtschaftsethik“. Der Sozialwissenschaftler Höfner macht darin klar, daß sich die Kirche nicht für die Politik „vereinnahmen“ läßt.

Schon im Vorfeld der Versammlung hatte sich der Kardinal dagegen zur Wehr gesetzt, etwa für die sozialdemokratische Forderung nach Beschäftigungsprogrammen in Anspruch genommen zu werden. Von solchen Programmen, die unter SPD-Regierungsverantwortung zu hohen Staatsschulden geführt, aber nicht zu einer Lösung des Problems beigetragen hätten, halte er nichts, sagte Höfner in einem Interview der „Rheinischen Post“. Der Staat müsse „alles fördern, was wirtschafts-, finanzpolitisch und zwischen den Tarifpartnern möglich ist, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen“.

In seiner Fuldaer Rede knüpft er an diesen Gedanken an: „Die Untersuchung der Arbeitslosigkeit und das Ergreifen wirtschaftspolitischer, konjunkturpolitischer und währungsrechtlicher Maßnahmen ist nicht Sache der Kirche, sondern der Verantwortlichen, d. h. der Tarifpartner, der Regierungen, des Bundestages und der Landtage, der politischen Parteien und der zuständigen Wissenschaften. Die Kirche appelliert an das Gewissen der Verantwortlichen. Zu konkreten Vorschlägen Stellung zu nehmen, ist nicht Auftrag der Kirche. Im übrigen ist es nicht leicht, die großen Ziele einer gesunden Volkswirtschaft gleichzeitig zu erreichen und dauernd zu sichern: Vollbeschäftigung, stabile Preise, Wirtschaftswachstum, außenwirtschaftliches Gleichgewicht und Ökologie.“

Als Pflicht der Kirche bezeichnet es Höfner allerdings, dafür einzutreten, daß weder offen noch versteckt den Arbeitslosen der Stempel der Leistungsunwilligkeit aufgedrückt

werde. Das System der sozialen Sicherheit allgemein als eine „Degenerationserscheinung“ und Zeichen des Fehlens der Selbstverantwortung hinzustellen, sei irrig. „Bedenklich ist allerdings der Trend zum Versorgungsstaat“, fügte der Kardinal hinzu. Die katholische Soziallehre trete um des Menschen Willen zur Eigenverantwortung und für die Überwindung des Anspruchsdenkens ein. „Ein Volk kann auf die Dauer nicht mehr ausgehen, als es durch seine Arbeit erwirtschaftet.“

Für die Frage, auf welche Weise der Verwüstung und Verschmutzung der Natur Einhalt geboten werden könne und wie zerstörerische Auswirkungen der Kernenergie verhütet werden können, sei nicht die Theologie, sondern die jeweilige Fachwissenschaft zuständig. Höfner: „Eine Dämonisierung der Kernenergie ist unrealisch. Wer dem romantischen Ideal der ‚Rückkehr zu grünen Natur‘ huldigt, sollte nicht vergessen, daß dann im Gehärd der heutigen Bundesrepublik Deutschland – wie vor 1500 Jahren – etwa 700 000 Menschen leben könnten.“

Der Vorsitzende der Bischofskonferenz verdeutlicht, daß die Prinzipien der katholischen Soziallehre am ehesten von der sozialen Marktwirtschaft beachtet werden: „Nach dem Sündenfall kommt für die Wirtschaft eines Staates nur die auf dem Privateigentum beruhende sozial ausgerichtete marktwirtschaftliche Ordnung in Frage. Die Zentralverwaltungswirtschaft gefährdet die Freiheit und Würde des Menschen.“ Und: „Ist es nicht bestürzend, daß die Kirche in Polen die Menschenwürde der Arbeiter gegen ein System verteidigen muß, daß sich einst gestürzt hat, es werde den Arbeitern die „große Befreiung“ bringen.“

Modischen Verbeugungen vor dem Eurokommunismus, wie sie auch in Kirchenkreisen üblich sind, erteilt der Kardinal eine Absage: „Auch der Eurokommunismus, der weltanschaulich auf einer atheistischen und antireligiösen Philosophie marxistischer Prägung gründet, hört nicht auf, Kommunismus zu sein. Solange er noch nicht zur Herrschaft gelangt, ist er nicht sozial.“ Erst nach der Machtübernahme würde er sein wahres Gesicht zeigen.

Polen warnt Bonn vor „Barrieren“

Politiker-Delegation aus Warschau zeigte sich in Loccum wenig kompromißbereit

MICHAEL JACH, Loccum: Stille legte sich für Minuten über die Zuhörerschaft im Vortragssaal der Evangelischen Akademie Loccum, als Polens Vizepremier Mieczyslaw Rakowski Hoffnungen zerstörte und zur Rechtfertigung gewisse westliche Gesprächspartner mißstellte. Der vom Jaruzelski-Regime gen Westen gelegentlich als „Vorzeige-Liberaler“ eingesetzte Mann heftete den Blick fest auf das deutschsprachige Redemanuskript: Die „sogenannte Opposition“ im polnischen Volk werde weiterhin kompromißlos bekämpft; für „gegen die sozialistische Gesellschaftsordnung gerichtete Aktivitäten“ sei „kein Platz“ in Polen.

Direkt angesprochen hatte Rakowski den Grünen-Bundestagsabgeordneten Otto Schily. Der hatte sich beschwert: Mitgliedern seiner Fraktion war jüngst eine Warschau-Reise verweigert worden, weil sie auf Begegnungen mit „Solidarität“-Vertretern bestanden. Rakowski: Er erbeie es doch immer wieder, daß westliche Politik-Reisende ihm ins Ohr flüsteren: „Eigentlich legen wir ja gar keinen Wert auf Oppositionskontakte, aber Sie wissen doch: Unsere Öffentlichkeit...“

Deutsche Zurückhaltung

Der hochrangige Gast an der Spitze der 27köpfigen polnischen Delegation konnte sich somit selbst erlauben, was nicht nur die rücksichtsvollen kirchlichen Gastgeber bedacht sein vermieden, sondern ebenso Rakowskis Bonner Nebenmannern vor am Podium: Für Augenblicke ließ er Licht fallen auf die fragwürdig-pragmatische Geschäftsrundlage all solcher offiziell gescheiter „deutsch-polnischer Verständigung“.

Einer der ganz wenigen, die dazu derseits den Mut aufbrachten, war der als Arbeitsgruppenreferent geladene CDU/EVP-Europa-Abgeordnete und Sprecher der Pommer-

schen Landsmannschaft, Philipp von Bismarck: „Wo Freiheit fehlt, ist es, als wenn eine dicke Nebelwolke über dem Land liegt. Nur unterhalb – inzwischen zehntausendfach in wechselseitigen Privatbesuchen und Freundschaften – kann sich Ausschlag frei entwickeln. Niemand darf dabei den Kopf zu weit – etwa über die Nebelschicht heraus – hinausrecken. Auch hier in Loccum nicht.“

Tatsächlich mochte kaum einer der anwesenden Bonner Parteivertreter „den Kopf herausrecken“. Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Hans-Jochen Vogel, CDU-Fraktionsvize Volker Rübe, Kanzlerberater Horst Teltschik, Außenminister Genscher – ohne Unterschied bedienten sie sich der Diplomatenformel von förderungswürdigen „gesellschaftlichen Dialog in Polen“, Mißverständnissen beugte der Warschauer Vize-Außenminister Ernest Kuca jedoch noch einmal vor: Unter der Pflege „allseitiger gesellschaftlicher Kontakte“ sei keinesfalls „Veränderung des innerpolnischen Status quo“ zu verstehen.

Die Garantie des marktpolitischen Status quo klagte Rakowski und seine Delegation erst recht für die „Endgültigkeit“ der Oder-Neiße-Grenze ein. Was mit dem Warschauer Vertrag vor 15 Jahren klar gestellt worden sei, werde seit Anfang der achtziger Jahre wieder in Frage gestellt und damit die „gut nachbarlichen Beziehungen“ zurückgeworfen. Die Abgesandten der Bonner Regierungskoalition bemühten sich mit vereinten Kräften, dem Vorwurf gegen die Regierung Kohl die Spitze zu brechen. Außenminister Genscher versicherte: „In Grundsatzen des Friedens“ – und dazu gehöre unumstößlich, an der deutsch-polnischen Grenze nicht zu rütteln – gebe es „zwischen mir und meinem persönlichen Freund Helmut Kohl keine Auffassungsunterschiede. Nehmen Sie mein Wort für seines“.

Kriele: Ein System von Blockwarten

Staatsrechtler warnt vor Fehleinschätzung Nicaraguas / Keine Demokratie / Kontrollierte Wahlen

G. BADDING, St. Augustin: Die nach den angeblich freien Wahlen in Nicaragua entstandene Gesellschaft erfüllt nach dem Urteil des Kölner Staatsrechtlers Professor Martin Kriele nicht die Bedingungen einer Demokratie. Man müsse das System dort vielmehr als entweder marxistisch-leninistisch oder aber als pro-Art Nationalsozialismus einseitiger Ausrichtung bezeichnen, sagte Kriele in einem Vortrag vor der Konrad-Adenauer-Stiftung. Kriele, der Mitglied der SPD ist, hatte auf Einladung der Stiftung Nicaragua und die Nachbarländer Honduras und Costa Rica besucht.

Kriele, der in der Beurteilung der Entwicklung Nicaraguas im Gegensatz zu seiner eigenen Partei steht, berichtete, er habe ermitteln können, wie der – falsche – Eindruck erweckt worden sei, daß die Wahlen in Nicaragua, die das sandinistische Regime bestätigt hatten, als „frei“ und korrekt eingestuft worden waren. Dies war das Urteil internationaler Beobachter gewesen, die die Wahlen vor Ort überprüft hatten. Den tatsächlichen Verlauf schilderte Professor Kriele so:

In Nicaragua ist durch die Sandinisten ein wirksames System von „Blockwarten“ eingeführt worden. Sie denunzieren jedes „anti-sandinistische“ Verhalten beim Staatsicherheitsdienst in Managua. Diese Blockwarte nun hätten vor den Wahlen in ihrem Bereich den Stimmberechtigten gedroht, man werde schon in der Lage sein, festzustellen, wer wem seine Stimme gegeben habe.

Die Andeutungen, daß es ein Kontrollsystem gebe, seien wahr gewesen, hat Kriele herausgefunden. Im Wahlregister habe jeder stimmberechtigte Bürger natürlich eine Nummer. Und diese sei – handschriftlich – einfach auf den Stimmzettel notiert

Rakowski und Kuca indes wiederholten bekannte Bedingungen, deren Erfüllung nach „Geist und Buchstabe“ des Warschauer Vertrages geboten sei. „Einseitige innere Auslegung“ wie das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Ostverträgen von 1973 seien fallenzulassen; Vertriebenenorganisationen als den „Hauptfeinden des Vertrages“ und der Normalisierung mit Polen“ sei jegliche politische und materielle Unterstützung zu entziehen. Gegen solche „Barrieren“ anzugehen, sagte Rakowski, sei der eigentliche Beweggrund für die Zusage zur Loccum-Tagung gewesen.

Vergeblicher Appell

Bewegung zeigte sich ebenso wenig beim Problem der freien Ausreise oder kultureller Gruppenrechte für die deutsche Restminderheiten unter Warschauer Herrschaft. Allein die Rede davon kennzeichnete Rakowski als eine jener „Barrieren“, nachdem der Bundesaußenminister entsprechend gemahnt hatte. Volker Rübe versuchte es noch einmal mit dem Appell, anlässlich des bevorstehenden 15. Jahrestages des Warschauer Vertrages ein „Geste der Großzügigkeit“ zu zeigen – ohne Echo.

Eingangs der Tagung hatte die kirchlichen Gastgeber den „christlich qualifizierten Dialogbegriff“ bemüht, wie sie ihn vor 20 Jahren mit der EKD-Ostdeutschen Kirche unter Beweis gestellt und damit der Politik einen „moralischen Maßstab“ gesetzt hätten. Die Männer aus Warschau sparten nicht mit Loh für die evangelische Kirche, die damals „entscheidendes in Bewegung gesetzt“ habe. Das Kompliment indes gab nur die Verpackung ab für eine Ohrfeige: Was für kirchlich-ökonomische Belange gut sein möge, taue „nicht unbedingt“ für die „harte politische Realität“.

Gesetz gegen „Gewalt in der Ehe“ gefordert

H.-H. HOLZAMER, Saarbrücken

Neue Chancen für eine Strafbarkeit der Vergewaltigung der Ehefrau sieht der Deutsche Juristinnenbund. Wie seine Präsidentin, die Hamburger Rechtsanwältin Renate Damm, mitteilte, habe sie Anhaltspunkte dafür, daß jedenfalls die Bundesländer Bayern und Rheinland-Pfalz ihre bisher ablehnende Haltung zur Reform des Paragraphen 177 Strafgesetzbuch (StGB) überdenken. Auf der 26. Arbeitstagung ihres Zusammenschlusses, dem an die 700 Juristinnen aus allen Bereichen angehören, sagte Renate Damm in Saarbrücken, schätzungsweise 120 000 Fälle zum Sexualverkehr zwangener Ehefrauen pro Jahr machten eine Änderung des geltenden Strafrechts erforderlich. Es gehe nicht an, daß die Frau, nur weil sie verheiratet ist, vor Gewaltanwendung nicht geschützt sein solle.

Bisherige Versuche, das Wort „außerehelich“ im Paragraphen 177 StGB zu streichen, etwa eine Initiative des Landes Hamburg, waren gescheitert. Eine Gesetzesvorlage der SPD und der Grünen „schmort“ in den Ausschüssen. Eine generelle Verbesserung der Rechtsstellung der vergewaltigten Frau sieht immerhin der Gesetzesentwurf des Bundesjustizministers vor, der das „Deliktoper“ besser schützen will durch anwaltliche Vertretung, Akteneinsicht, Entscheidung, die Hamburger Justizsenatorin Eva Leithäuser sprach in ihrer Rede dann auch von „lästiger Reue“ des liberalen Ministers Hans Engelhard.

Rechtspolitischen Plänen auf Bundesebene, außer- und eheliche Vergewaltigung gleich zu behandeln, hatte jedoch noch zuletzt Familienminister Geißler eine Absage erteilt. Frau Leithäuser und mit ihr der Juristinnenbund setzen nun ihre Hoffnung auf seine Nachfolgerin im Amt, Rita Stüssmuth.

Doch so einig sind die Juristinnen in ihrer Diskussion darin waren, daß auch Gewalt im „Tatort Ehebett“ Verbrechen genannt wird, so gegensätzlich waren ihre Auffassungen hinsichtlich der Rechtsfolge.

Hingewiesen wurde darauf, daß die Ehefrau nichts davon habe, wenn ihr Mann für zwei Jahre (Mindeststrafe) hinter Gittern verschwinde. Erfahrungen der Frauenhäuser hätten gezeigt, daß vielen Frauen die Bindung zu einem Mann, der sie erniedrige, wichtiger sei als gar keine. So zieht laut Statistik jede zweite Frau die eheliche Wohnung dem Schutz des Frauenhauses vor und kehrt zurück.

Der Juristinnenbund einigte sich schließlich auf die Einsetzung einer Arbeitsgruppe, die einen eigenen Gesetzesentwurf vorlegen soll. Bisher wird die Ehefrau vor ihrem Mann nur nach den Vorschriften über Beleidigung, Körperverletzung und Nötigung geschützt.

Für frauenfeindlich halten Deutschlands Juristinnen auch Politik der Regierungskoalition, das bestehende Unterhaltrecht zu verändern. Abgesehen von marginalen Änderungen, die das Bundesverfassungsgericht fordert, lehnt der Juristinnenbund jede Beschneidung der mit der Eheform geschaffenen Ansprüche der geschiedenen oder getrennt lebenden Frau ab.

Erleichterungen vor SED-Parteitag?

hrk Berlin

Die „DDR“-Führung will offenbar rechtzeitig vor dem nächsten SED-Parteitag Mitte April 1986 aus innenpolitischen Gründen mehr Genehmigungen für Besuchsreisen in Familienangelegenheiten erteilen. Allerdings dürfte dabei der Katalog der Anlässe, den Ost-Berlin schon in einer Anordnung vom Februar 1984 sehr klein gehalten hatte, nicht erweitert werden, aber den vorhandenen Erwartungsdruck nachgegeben werden. Die „DDR“-Presse gab am Wochenende entsprechende Hinweise von Willy Brandt nach seinen Gesprächen mit Erich Honecker nur relativ vage wieder.

Brandt hatte auf seiner Pressekonferenz in Ost-Berlin definitiv erklärt, nach seiner „begründeten Einschätzung“ wird es zu einer praktisch erwerteten Handhabung der Ausreiseregelungen kommen.“ Allerdings werde der Katalog der Anlässe, den die „DDR“ damals aufgestellt hatte (Geburt, Taufe, Konfirmation, Heirat, schwere Krankheit, hohe Geburtstage, Ehejubiläen, Todesfälle), nicht unbedingt erweitert. Jedoch würden „mehr Genehmigungen“ erteilt.

Dieser Zeitplan Honeckers liefe darauf hinaus, die angekündigten Erleichterungen etwa im Februar-März 1986 in Kraft zu setzen – gleichsam als „Geschenk“ an die Bevölkerung vor dem 11. SED-Parteitag. Allerdings lassen die Hinweise Brandts befürchten, daß das Verfahren einer „größzügigeren Handhabung“ nicht in einer förmlichen zentralen Verordnung festgehalten wird, so daß sich „DDR“-Antragsteller auf kein Papier berufen können. Auch die jetzt schon geltenden Bestimmungen sind ausschließlich „Kann“-Vorschriften, die weder eingefordert noch eingeklagt werden können, noch – bei Ablehnung – begründet werden.

مكتبات الأصيل

„Offensive gegen Unita von Sowjets geführt“

Savimbi Truppen in Bedrängnis / Kämpfe in Angola

M. GERMANI, Johannesburg
In Angola halten die schweren Kämpfe zwischen den Truppen der Widerstandsbewegung Unita und der angolanischen Armee an. Letztere sei, so Unita-Führer Jonas Savimbi vor Journalisten, von Kubanern und sowjetischen Offizieren unterstützt worden. Die Stadt Cazombo, 750 Kilometer nördlich des Unita-Hauptquartiers und nahe der Grenze zu Zaire, sei schwer umkämpft. Ziel der gegnerischen Armee sei es, die Stadt vor dem Beginn der Konferenz der Blockfreien in Luanda einzunehmen.

Die Offensive beweist, daß wir uns weiterhin im Interessensfeld der Sowjets befinden. Wir wurden schon früher angegriffen, doch nie waren die Russen so maßgeblich an Planung und Ausführung der Artillerie-, Panzer- und Luftangriffe beteiligt.

Der südafrikanische Verteidigungsminister General Magnus Malan hat zugegeben, daß Pretoria der Unita „materielle, humanitäre und moralische Unterstützung gewährt“. Es gebe seit einer Reihe von Jahren Beziehungen zu den vor allem in Südangola operierenden Rebellen. Die Verbindung werde nicht eher unterbrochen, bis alle fremden Truppen aus Angola abgezogen worden seien.

Unterstützung Südafrikas
In New York sagte Südafrikas UNO-Botschafter Kurt von Schröder, die südafrikanischen Truppen, die Swapo-Truppen über die nambische Grenze nach Angola hinein verfolgt haben, seien inzwischen abgezogen worden. Die südafrikanische Armee beharrt auf ihrem Standpunkt, die Verfolgungsaktion stehe nicht im Zusammenhang mit den derzeitigen Kämpfen zwischen der Unita und der angolanischen Armee. Die angolanische Nachrichtenagentur Angop behauptet dagegen, Südafrikas Truppen seien in die Kämpfe von Mavinga verwickelt.

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat in einer Resolution das Vordringen der südafrikanischen Truppen nach Angola scharf verurteilt. Die USA hatten zuvor um eine gesonderte Abstimmung über einen UNO-Paragrafen gebeten, in dem die UNO-Mitglieder aufgefordert werden, Angola und andere „Frontstaaten“ bei der Stärkung ihres Verteidigungspotentials zu unterstützen. Bei einer Stimmhaltung wurde der Paragraf mit 14 Stimmen angenommen. Als dann die übrigen Punkte der Resolution zur Abstimmung kamen, votierten die USA mit „Ja“.

Der zweite Angriff gegen die Unita richtete sich gegen die Stadt Mavinga. Savimbi glaubt, seine Truppen können die Stadt halten. Hier seien elf Pa-Fapa-Brigaden eingesetzt, zusätzlich 30 Panzer, 82 Panzerspähwagen, fernere Kampfflugzeuge und Kampfmittel. Fachleute hatten bereits vor einem Jahr auf die Waffenslieferungen Moskaus an die angolanische Armee hingewiesen, vor allem die MIG 23 für die Luftwaffe.

Hohe Verluste

Savimbi behauptet, die sowjetischen und kubanischen Piloten setzten erstmals Napalm ein. Die Unita habe bei den Kämpfen bisher 150 Mann verloren. Die Verluste der Angreifer beziffert er auf etwas über 1100 Mann. Seit Beginn der Offensive vor 55 Tagen hätten die Unita-Truppen drei sowjetische Soldaten getötet und neun verwundet. Angola und Südafrika spielen für die Sowjets, trotz anderslautender Meldungen, weiterhin eine wichtige Rolle.

Der stolzen Republik fehlt Erfolg in der Wirtschaft

CARL GUSTAF STRÖHM, Ohrid

Der junge Kellner in einem Altstadtlokal von Ohrid in der jugoslawischen Teilrepublik Mazedonien ist flink, tüchtig und höflich zu den Gästen. Nach seinen Zukunftsplänen befragt, sagt er: „Ich will so rasch wie möglich ins Ausland, egal wohin, Hauptsache, ich bekomme irgendwo ein Visum.“ Er sei bereit, auch als einfacher Arbeiter im Westen anzufangen. Auf den Einwand, daß es doch in Mazedonien sehr schön und im Westen auch nicht immer so einfach sei, winkt er ab: „Ich muß raus. Denn hier komme ich nicht hoch.“

Auf dem abendlichen Korso am Ufer des Ohrid-Sees - in dessen Mitte hier die von beiden Seiten streng bewachte jugoslawisch-albanische Grenze verläuft - promeniert die junge Generation Mazedoniens in den Abendstunden. Ist ihr Schicksal die Arbeitslosigkeit oder die schlecht bezahlte, weil unproduktive Arbeit? Man spürt, daß sich hier klimatisch wie kulturell und historisch der Balkan und das Mittelmeer begegnen. Griechenland ist nicht weit. Die Lichter Albanien blinken vom anderen Ufer.

MAZEDONIEN

Touristen werden streng ermahnt, sich der Grenzlinie nicht mehr als auf 500 Meter zu nähern. Die Jugoslawen wollen keinen zusätzlichen Ärger mit den Nachfolgern Enver Hodschas. Die „Sozialistische Republik Mazedonien“ grenzt im Süden an Griechenland, im Westen an Albanien, im Osten an Bulgarien. Sie gehört zum unterentwickelten Süden Jugoslawiens. Das Bruttoerzeugnis pro Kopf ist hier mit jährlich 1721 US-Dollar um die Hälfte niedriger als in Kroatien und um zwei Drittel geringer als im entwickelten nordwestlichen Slowenien. Gemeinsam mit der zu Serbien gehörenden autonomen Provinz Kosovo ist Mazedonien das wirtschaftliche Schlußglied der jugoslawischen Föderation.

Die Unterentwicklung ist ein Erbe der Türkenzeit, dann der Vernachlässigung durch spätere Herrscher. Mazedonien war seit seiner Befreiung von osmanischer Herrschaft 1912 ein Zankapfel zwischen den Königreichen Serbien und Bulgarien. In zwei Weltkriegen wurde es von den Bulgaren okkupiert oder annektiert. Tito gab den Mazedoniern erstmals einen eigenen Staat und ließ eine mazedonische Schriftsprache entwickeln. Nach 1945 und besonders seit den sechziger Jahren erlebte Jugoslawisch-Mazedonien einen Aufschwung.

Die Mazedonier sind stolz auf „ihren“ Staat, wenn sie auch mit Schmerz vermerken, daß große Teile des einstigen mazedonischen Siedlungsgebiets, also des „historischen“ Mazedoniens, nicht dazugehören: Ägäisch-Mazedonien fiel an Griechenland. Sämtliche Athener Regierungen bis zu Papandreu haben bis-

her rücksichtslos dafür gesorgt, daß im griechischen Mazedonien kein slawisches Wort gesprochen wird. Ähnlich verfahren die Bulgaren im sogenannten Pirin-Mazedonien, das von Sofia regiert wird: Während dort nach 1945 noch etwa 200 000 Mazedonienbürger Staatsangehörigkeit registriert wurden, erklärt heute das offizielle Sofia, ein mazedonisches Volk existiere überhaupt nicht.

Diese Haltung weckt in der mazedonischen Landeshauptstadt Skopje ebenso wie in Belgrad Besorgnis. Sie erweckt den Verdacht, Bulgarien habe auch unter kommunistischer Herrschaft das Fernziel einer Vereinigung Mazedoniens mit dem bulgarischen „Mutterland“ nicht aufgegeben.

Nervös registrierte man in Skopje, daß die Armee Bulgariens mit großem Zeremoniell des 100. Jahrestages der Schlacht von Slivnica gedachte - jener Schlacht, die übrigens in Bernard Shaws „Helden“ eine Rolle spielt. Damals handelte sich der serbische Fürst Milan Obrenovic eine schwere Niederlage gegen die Bulgaren ein. In Skopje fragt man nun, was es zu bedeuten hat, daß ein Absolventenjahrgang der bulgarischen Militärakademie jetzt den Namen „Slivnica“ erhielt und daß der bulgarische Verteidigungsminister, Armeegeneral Dobri Dschurubow, Mitglied des Politbüros der KP, die künftigen Offiziere ermahnte, sich der Heldentaten ihrer Vorfahren - Heldentaten, die im Kampf gegen Serbien begangen wurden - würdig zu erweisen.

Jugoslawisch-Mazedonien stellt eine strategische Drehscheibe dar. Von hier aus führt der Weg aus dem inneren Balkan ans Mittelmeer - nach Saloniki und an die Ägäis, aber auch über Albanien an die Straße von Otranto, also die Einfahrt zur Adria. Hier befindet sich aber in gewisserm Sinne auch Jugoslawiens „weicher Unterleib“. Im Norden grenzt die stets unruhige, von Albanern bewohnte Provinz Kosovo unmittelbar an Mazedonien. Aber auch die slawischen Mazedonier spüren den ethnischen Druck der albanischen Bevölkerung, die in West-Mazedonien siedelt, sich rasch vermehrt und in die Städte drängt. Die Unruhe der Albaner im Kosovo überträgt sich auf die albanische Minderheit in Mazedonien.

Die Führung der mazedonischen Republik weiß, daß sie die wirtschaftlichen und sozialen Probleme des Landes lösen muß, weil mit ihnen die nationalen Konflikte eng zusammenhängen. Die jüngsten ökonomischen Resultate geben allerdings nicht zu großem Optimismus Anlaß. Das ZK der KP Mazedoniens beklagte ein Absinken der Arbeitsproduktivität und ein Stagnieren der Produktion.

Der wachsende Druck der albanischen Volksgruppe und die mazedonisch-bulgarischen Probleme könnten sich verschärfen, wenn die Führung in Skopje die wirtschaftliche Situation nicht meistert. Das aber könnte nicht nur für Jugoslawien, sondern auch für den Westen bedenkliche Folgen haben.

Glomp ruft USA zu Aufhebung der Sanktionen auf

AP, Washington

Zur Aufhebung ihrer Wirtschaftssanktionen gegen Polen hat der Primas der katholischen Kirche, Kardinal Jozef Glomp, die USA aufgefordert. Glomp sagte in Washington, diese Sanktionen seien ungerecht gegenüber dem polnischen Volk. Die Unterbrechung der wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit habe sehr geschadet.

Der Kardinal äußerte in Washington die Besorgnis, daß die polnische Staatsführung „die endgültige Konfrontation“ mit der Kirche bislang nur aus strategischen Gründen verschoben habe. Er befürchte einen Kirchenkampf. Nur die derzeitigen Umstände und nicht der gute Wille des Staates seien verantwortlich dafür, daß er noch nicht habe ausbrechen können.

Fünf politische Gefangene frei

DW, Warschau
Die polnische Regierung hat nach einer Meldung der amtlichen Nachrichtenagentur PAP fünf politische Gefangene freigelassen. Unter ihnen befindet sich die im Juni festgenommene Soziologin Mirosława Grabowska, die im vorigen Monat schwanger ist. Erst am vergangenen Dienstag hatte sich die Frau von Arbeiterführer Walesa, Danuta Walesa, für die Freilassung der Inhaftierten eingesetzt.

Die Nachrichtenagentur meldete, der Staatsrat sei mit der Freilassung eines Antrags der polnischen Frauenliga und der „Patriotischen Bewegung zur Nationalen Wiedergeburt“ gefolgt. Gegen die fünf jetzt freigelassenen wird von den Behörden eine Untersuchung wegen „Aktivitäten gegen die öffentliche Ordnung“ geführt.

Bekannte Journalistin in Paris gestorben

v. K. Paris
Die Doyenne des französischen Journalismus, Geneviève Tabouis, ist im Alter von 93 Jahren am Sonntag morgen in Paris verstorben. Jahrzehntlang gehörte sie zu den profiliertesten Vertreterinnen des französischen Journalismus. Sie war eine der wenigen Journalistinnen ihres Landes, die vor dem Kriege Adolf Hitler in Berlin für die damals von ihr vertretene Zeitung „Le Temps“ 1935 interviewen konnten. In einem ihrer letzten Interviews im französischen Fernsehen enthüllte sie, daß sie zur Zeit der Regierung Laval einen Geheimvertrag zwischen Frankreich, Großbritannien und Italien über eine Beendigung des abessinischen Krieges (1935-1937) vorzeitig enthüllen und damit zum Scheitern bringen konnte. Noch bis vor etwa zehn Jahren nahm sie fast täglich an den Pressekonferenzen französischer Politiker teil.

Der Haager Raketenstreit dreht sich um Veto gegenüber den USA

Mitsprache würde „eine halbe Atommacht“ schaffen / Regierung Lubbers uneinig

HERLMUT HETZEL, Den Haag
Nachdem Königin Beatrix in ihrer diesjährigen Thronrede dezent, aber deutlich ihre Landeleute auf die unmittelbar bevorstehende Stationierung der 48 amerikanischen Mittelstreckenraketen in Holland hingewiesen hatte, ist die nun bereits seit 1979 andauernde öffentliche Debatte darüber wieder voll entbrannt.

Doch auch dieser Appell des Nachrüstungsgegners Vater zeigt an, daß es in Holland seit der bemerkenswerten Thronrede der Königin nicht mehr vorrangig um das „Ob“, sondern hauptsächlich um das „Wie“ der Stationierung geht. Die Würfel sind ganz offensichtlich hinter den Kulissen und bei der Haager Mitte-Rechts-Regierung unter dem christdemokratischen Premier Lubbers bereits für eine Nachrüstung gefallen. Strittig sind die Modalitäten der Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses.

Neben der derzeit noch laufenden Volksbefragung „Kruisraketten nee“ die - so die Organisatoren - bereits über eine Million Nein-Stimmen gebracht haben soll, finden landauf-landab Friedensforen, Friedenswochen und unzählige Nachrüstungsdebatten statt. Bei diesen Veranstaltungen mischen allerdings auch die Befürworter einer Stationierung kräftig mit.

Auch am Wochenende - so war in Den Haag zu vernehmen - soll es Lubbers noch immer nicht gelungen sein, die unterschiedlichen Positionen seiner beiden christdemokratischen Minister Job de Ruiter (Verteidigung) und Hans van den Broek (Außen) auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. De Ruiter pocht darauf, daß Den Haag in einem Raketenstationierungsvertrag mit den USA weitgehende Mitspracherechte beim Einsatz dieser Raketen im Ernstfall erhält. Mitspracherechte, die de facto einem Veto gleichkommen dürften und die Souveränität des Landes gegenüber den USA und innerhalb der NATO unterstreichen sollen.

So hielt auf dem am Wochenende in der Rotterdammer Sankt-Laurens-Kirche ausgetragenen Friedensforum Ex-NATO-Generalsekretär Joseph Luns in seiner unverkennbaren Art ein engagiertes Plädoyer für eine Stationierung. Nur wenige Kilometer entfernt forderte der Sekretär des innerkirchlichen Friedensrates (IKV), Vater, Königin Beatrix auf, eine noch zwischen Washington und Den Haag auszuhandelnden Stationierungsvertrag nicht zu unterschreiben.

Nach unbestätigten Berichten soll selbst Lubbers inzwischen dieser Ansicht zuneigen - wohl auch aus taktischen Erwägungen heraus. Denn eine solche Souveränitätsklausel würde die Annahme und Durchsetzung des Stationierungsvertrages - im Parlament der NATO-Nachrüstung - im Parlament bei den noch zweifelnden christdemokratischen Abgeordneten sicherlich erleichtern.

Anders der Außenminister. Er hält die innerhalb der NATO praktizierten und festgeschriebenen Entscheidungsstrukturen für ausreichend und meint, daß die Verfügungsgewalt über amerikanische Atomraketen auch allein den Amerikanern zustehe. Er will die Stationierung so schnell wie möglich realisieren.

Ein niederländisches Vetorecht nämlich - so ist außerdem in Kreisen des Außenministeriums zu vernehmen - würde die Niederlande quasi durch die Hintertür zu einer „halben Atommacht“ werden lassen. Außerdem hätten auch die die Nachrüstung bereits vollzogenen NATO-Länder Belgien, Italien und die Bundesrepublik Deutschland kein solches Vetorecht. Die Entscheidungen im Haager Raketenpoker können also noch immer weitreichende Konsequenzen haben. Und Lubbers muß, da die Zeit drängt, den gordischen Knoten bald entwirren oder aber durchhacken.

Die Liberalen setzen ganz auf Erfolg

Steel empfiehlt seine Partei als „einzige Alternative zu den Tories“ / Kongreß beendet

RAINER GÄTHERMANN, London
Beobachter der alljährlich stattfindenden britischen Parteitagewaren überrascht über die Liberalen, deren Kongreß im schottischen Dundee soeben zu Ende ging. Anstelle der früheren teilweise chaotischen und wenig realitätsbezogenen Anträge und Reden präsentierte sich diesmal eine sehr disziplinierte, sachlichen Debatte bereite Partei, voll ihres Anspruches bewußt, als Regierungsalternative anerkannt zu werden.

Der Kapitalbedarf der Regierung wurde um umgerechnet etwa 12 Milliarden Mark wachsen. Aufgabe eines neuen Kabinetts müsse es sein, statt weiter Staatsausgaben zu versprechen, die Möglichkeiten für größere Privatinvestitionen zu schaffen.

David Steel, der Führer der Liberalen, kann seinen Erfolg in Dundee durchaus mit dem seines sozialdemokratischen Allianz-Kollegen David Owen messen, denn dieser auf dem SDP-Kongreß erzielte, auf in einer Frage, und dies ist für einen Liberalen-Kongreß ungewöhnlich, setzte sich die Parteiführung nicht durch. Eine Mehrheit erhielt ein Antrag der Jungliberalen, wonach sich der politische Führer, frühestens zwei Jahre nach einer Parlamentswahl einer Kongreßabstimmung stellen muß, vorausgesetzt, jedoch, es findet sich ein Gegenkandidat.

Steel unterstrich mehrmals die Bereitschaft der Allianz zur vollen Regierungsverantwortung: „Wir sind die einzige glaubwürdige Alternative zur Tory-Regierung.“ Zugleich kritisierte er Premierministerin Margaret Thatcher wegen ihrer Rolle in der internationalen Politik. Der britische Beitrag zur Europäischen Gemeinschaft habe sich auf eine „Diplomatie der zerbrochenen Flaschen“, auf eine Tyrannisierung von Freunden beschränkt. Steel kritisierte auch Frau Thatchers „sklavische Ergebenheit“ gegenüber Präsident Reagan insbesondere in der Südafrika-Politik. Die Regierung sei mehr auf den Schutz britischer Investitionen bedacht, als auf die Anerkennung grundlegender Menschenrechte für die überwiegende Mehrheit in diesem Land.

Der Liberalen-Führer versprach, die Nation wieder zu einigen und den Demokratisierungsprozeß nach unten zu verstärken. Dazu gehöre die Einrichtung von Nationalparlamenten für Schottland und Wales. Keinen Anlaß gab David Steel den politischen Gegnern, weitere Argumente

in seiner Rede vor den knapp 2000 Delegierten, ohne größere Emotionen und in sehr sachlichem Ton gehalten, warnte Steel vor leichtfertigen Wahlversprechen. Sollten die Tories spätestens im Frühjahr 1988 abgelöst werden, sei die Staatskasse wahrscheinlich leer, und es gebe dann auch keine

Staatsunternehmen mehr zu verkaufen. Der Kapitalbedarf der Regierung wurde um umgerechnet etwa 12 Milliarden Mark wachsen. Aufgabe eines neuen Kabinetts müsse es sein, statt weiter Staatsausgaben zu versprechen, die Möglichkeiten für größere Privatinvestitionen zu schaffen.

für ihre Behauptung zu liefern, es gebe erhebliche politische Differenzen zwischen den beiden Allianzpartnern. In einer entscheidenden Frage gab es dagegen eine deutliche Annäherung. In der ausführlichsten Debatte wiederholten die Delegierten nicht ihren vor zwei Jahren gefaßten Beschluß, für Irland müsse die Option für eine Vereinigung offengehalten werden. Die SDP hatte diese Möglichkeit vor einer Woche ausdrücklich abgelehnt. Obwohl die Wirtschaftspolitik Schwerpunkt sowohl des Parteitagess als auch der Steel-Rede war, blieb weitgehend offen, wie die Liberalen konkret die Probleme lösen wollten.

Taktisch geschickt hatten die „beiden Davids“ (Steel und Owen) rechtzeitig zu ihren Konferenzen die konstitutionelle Prozedur im Fall eines neuen Parlaments mit drei etwa gleichstarken Parteien ins Spiel gebracht. Owen und Steel meinten, man solle es der Königin leichter machen und untereinander im voraus beschließen, daß kein Kandidat von ihr den Auftrag zur Bildung einer Regierung annimmt, solange er im Parlament keine Mehrheit hinter sich hat. Dies würde der Königin die Peinlichkeit ersparen, daß ihre Thronrede niedergestimmt wird und gleich Neuwahlen ausgeschrieben werden müssen. Die Allianz will eine Minderheitsregierung nicht tolerieren.

Chinas KP wählt Nachwuchs in das ZK

dpa, Peking

Die Nationale Delegiertenkonferenz der Kommunistischen Partei Chinas hat in Peking 64 neue und jüngere Mitglieder und Kandidaten bei geheimer Stimmenabgabe in das Zentralkomitee gewählt. Wie die amtliche Nachrichtenagentur Xinhua meldete, haben sich die neugewählten ZK-Mitglieder mit einem Durchschnittsalter von 50 Jahren bereits in leitenden Posten in Regierung, Partei und Militär bewährt. Schon vor der Wahl hatten die mehr als 900 Delegierten gestern eine Entscheidung gebilligt, in der die Erneuerung der Führungsgremien der Partei durch jüngere, besser ausgebildete, fachlich qualifizierte und „politisch integre“ Nachwuchspolitiker als eine Aufgabe von „strategischer Bedeutung“ für die ungestörte Fortsetzung des nationalen Modernisierungsprogramms bezeichnet wird. Die umfassende Verjüngung in Partei und Staatsapparat geht auf die Initiative des langjährigen Deng Xiaoping zurück, der morgen in einer Grundsatzerklärung die langfristigen Perspektiven der wirtschaftlichen und sozialen Reformpolitik Pekings darlegen will.

Offensive der Sowjets beendet

rtt, Islamabad

Die afghanischen und sowjetischen Truppen haben nach Angaben aus Kreisen des Widerstandes ihre einmütige Offensive nahe der pakistanischen Grenze offensichtlich eingestellt. Die Widerstandskämpfer teilten am Wochenende aus der pakistanischen Stadt Peschawar mit, aus dem Gebiet um die Ortschaft Lesha in der Provinz Paktia seien Soldaten abgezogen worden. In Pakistan würden immer mehr abgekämpfte Widerstandskämpfer ein, die einen Vorstoß der sowjetischen und afghanischen Regierungstruppen offenbar zurückgeschlagen hätten.

Brief an Reagan führt zu Haft

rtt, Moskau

Ein sowjetischer Fotograf ist nach Angaben seiner Mutter bereits am vergangenen Donnerstag vor der amerikanischen Botschaft in Moskau verhaftet worden, nachdem er US-Präsident Ronald Reagan einen Brief geschrieben habe, um diesen zu bitten, 20 sowjetischen Ehepartnern bei der Ausreise zu ihren in den USA lebenden Gatten oder Gattinnen beihilflich zu sein. Die Mutter des 32-jährigen Sergej Petrow teilte mit, ihr Sohn sei festgenommen worden, als er versucht habe, die amerikanische Botschaft zu betreten, um sich mit einem Konsularbediensteten zu treffen. Petrow sei von bewaffneten sowjetischen Wachen abgeführt und später zu zwei Wochen Arbeitslager verurteilt worden.

Was man über gesunde Ernährung wissen muß.

Wie soll man heute gesund leben, wie soll man sich vernünftig ernähren? (4)

Immer mehr Menschen suchen eine ausgewogene Antwort auf die Frage nach einer gesunden, natürlichen Lebensweise und stellen fest, daß es zu diesem Thema eine Vielzahl von „Rezepten“ gibt, von Informationen und Meinungen, die sich oft widersprechen.

Immer mehr wächst daher die Einsicht, daß es keine „Patentlösung“ gibt, wohl aber gesicherte Erfahrungen, die jeder auf seine individuellen Bedürfnisse und Probleme anwenden muß.

Hier ein Beispiel

In einer Zeit, in der soviel vom Kalorien sparen die Rede ist, überrascht es, wie unzureichend das Wissen über Nahrungsmittel ist. So zeigen Untersuchungen, daß der Kaloriengehalt von Zucker viel zu hoch eingeschätzt wird, während der Kaloriengehalt vieler anderer Lebensmittel erheblich unterschätzt wird. Zucker enthält mit 4 Kalorien pro Gramm genauso viel Energie wie Eiweiß und viel weniger als Alkohol und Fett, die 7 bzw. 9 Kalorien pro Gramm liefern.

Zucker gehört dazu. Zucker wird in der Regel

nicht nur verzehrt, sondern als Zutat vielfältiger Lebensmittel und Genussmittel. Bei normaler Ernährung hält sich daher auch der Zuckerverbrauch im Rahmen.

Nach einem Bericht der Deutschen Gesellschaft für Ernährung beträgt der durchschnittliche Kalorienverbrauch in der Bundesrepublik ca. 2.600 Kalorien pro Kopf und Tag - dagegen hat ein Löffel (5 g) Zucker, z.B. für die Tasse Tee oder Kaffee, nur 20 Kalorien!

Mit dem Know-how der Natur

Zucker wird bei uns aus Zuckerrüben gewonnen und ist ein Produkt natürlichen Ursprungs.

Zucker weckt und erhält auf natürlichem Wege Duft- und Aromastoffe.

Zucker ist heute ein wertvolles und wichtiges Grundnahrungsmittel.

Zucker gehört zum guten Geschmack

Vieles wird durch Zucker erst genießbar, und wo bliebe der gute Geschmack ohne diese süße Selbstverständlichkeit. Für vieles, was das Leben süß macht, ist Zucker einfach unverzichtbar!

GESCHÄTZTER UND TATSÄCHLICHER KALORIENGehALT DES ZUCKERS



1 TEELÖFFEL ZUCKER

GESCHÄTZT:	56 KALORIEN
TATSÄCHLICH:	20 KALORIEN

Wenn Sie mehr über Zucker und Ernährung wissen möchten, schicken wir Ihnen gern und kostenlos die Broschüre „Fra-

gen und Antworten zum Zucker“. Wirtschaftliche Vereinigung Zucker e.V., Postfach 2545, 5300 Bonn 1.

„DDR“-Synode prangert Willkür des Staates an

Reiseverbote und Verhaftungen von Christen beklagt

Die evangelischen Christen in der „DDR“ haben wenige Wochen vor dem geplanten neuen „Gipfel“ der Bischöfe mit Erich Honecker erneut „Bovormundung und Willkür“ durch den Staat, die Verhaftung christlicher Wehrdienstverweigerer, den auf die Jugend ausgeübten Anpassungsdruck und den beträchtlichen Widerspruch zwischen „großen Worten auf oberster Ebene“ und den Erfahrungen der „kleinen Leute“ angeprangert. In der Debatte über den Kirchenleitungsbericht kam überraschend auch die Frage nach der Zukunft der Deutschen insgesamt zur Sprache.

Im Jahresbericht der Kirchenleitungen, der den 60 Synodalen vorgelegt wurde, heißt es: Verweigerung von Reisemöglichkeiten durch den Staat – auch in sozialistische Länder wie Polen – erwecke den Eindruck von „Bovormundung und Willkür“. Fehlende Begründungen für verweigerte Reisen vermindern vor allem bei jungen Menschen „Eigenverantwortung und Selbstständigkeit“. Zwar seien die sozialen Rechte der Jugendlichen „sorgfältig gesichert“, aber zugleich werde „häufig ein Anpassungsdruck empfunden, der dazu führt, daß schöpferische Potenzen nicht wirklich zur Entfaltung kommen“.

Wie schon beim Kirchentag in Greifswald Ende Juni beklagten die mitteldeutschen Kirchenführer abermals die „Defizite in den Rechten des Einzelnen und einzelner Gruppen“. Damals hatte der stellvertretende Vorsitzende der Konferenz der Kirchenleitungen, Ost-Berlins Konsistorialpräsident Manfred Stolpe, den Helsinki-Kurs der evangelischen Christen bekräftigt und auf fehlende Menschenrechte hingewiesen.

Kritik an den USA

Stolpes Handschrift trägt auch die Passage: Menschen, die „unbequeme und kritische Fragen stellen, werden allzu schnell als Störenfriede ausgegrenzt und nicht geduldig genug zu konstruktiver Mitarbeit eingeladen“. Stolpe, von Beruf Jurist, und Bischof Johannes Hempel als Kirchenhandlungsleiter waren am Vorabend der Synoden-Eröffnung in Ost-Berlin mit Willy Brandt zusammengetroffen. Im Bericht der Kirchenleitung finden sich auch – ganz im Sinne des „Nein ohne jedes Ja“ zu Raketen, wie die weltweiten Ökumene fordert – Kritik an den USA. Die Kirche begehrt „tiefes Unverständnis“ für die SDI-Pläne Amerikas. Sie liefern nur auf einen verstärkten Rüstungswettlauf hinaus. Angesichts des vereinbarten Spitzengesprächs im Spätherbst mit Erich Honecker auf gutes Einvernehmen mit der SED-Führung bedacht, bescheinigen die Bischöfe der Regierung, an „Entspannung und Zusammenarbeit“ festhalten zu wollen.

Frage nach der Zukunft

In der Debatte über den Bericht kam die kirchliche Basis mit ungeschminkten Lageberichten zu Wort: So beklagten Redner die „Abschottung“ zum polnischen Nachbarn durch anhaltende Reisebeschränkungen. Dies habe „nichts mit Versöhnung und Völkerverständigung zu tun“. Friedrich Schorlemmer (Wittenberg), einer der bekanntesten „Friedenspfarrer“ im Lande, sprach von der anhaltenden „Ausreisementalität“, die die Gemeindearbeit belastet. Es gingen Menschen fort, „die von Kirche und Gesellschaft dringend gebraucht werden“.

Zahlreiche Klagen über die von Honecker zugesagte, aber „unten“ keineswegs verwirklichte Gleichberechtigung der Christen mündeten in der Forderung nach einer „durchgreifenden Information an Parteisekretäre, Betriebsleiter und Lehrer, damit große Worte auf oberster Ebene für kleine Leute auch erfahrbar werden“.

Bemängelt wurde, daß anlässlich des 8. Mai auch kirchlicherseits viel von der deutschen Vergangenheit die Rede gewesen sei. Dagegen sei der Bischofsbericht der „Frage nach der Zukunft und dem Fortbestand des deutschen Volkes deutlich ausgewichen“. Der Vorsitzende des Bundes der Evangelischen Kirchen in der „DDR“, Bischof Johannes Hempel erklärte vor der Synode zur deutschen Frage, es sei „an der Zeit, daß wir nach vorne denken“. Man solle sich auf die Frage konzentrieren, wie es weitergehen solle. Die beiden deutschen Staaten müßten ihr Nebeneinander gestalten, ihre Gemeinsamkeiten und gemeinsame Verantwortung wahrnehmen. Auszugehen sei dabei von der Existenz zweier souveräner Staaten einschließlich ihrer Grenzen.

Die CDU in Hamburg setzt auf Perschau

HERBERT SCHÜTTE, Hamburg

„Mit diesem Parteitag beginnen wir unsere politische Offensive, an deren Ende der Wachwechsel im Hamburger Rathaus stehen muß.“ Diese Parole gab am Wochenende der Hamburger CDU-Landesvorsitzende, Jürgen Echtermach, bei der Nominierung des Spitzenkandidaten für die Bürgerschaftswahl im November 1986 aus. Der Mann, der Bürgermeister Klaus von Dohnanyi (SPD) den Platz im Rathaus streitig machen will, heißt – wie erwartet – Hartmut Perschau. Der 43 Jahre alte Berufssoldat, zuletzt im Range eines Majors, galt seit dem vergeblichen Anlauf Walter Leisler-Kieps vor drei Jahren als der kommende Mann für diese Position. Seit 1981 steht er mit unbestrittenen Qualitäten als Integrationsfigur an der Spitze der Bürgerschaftsfraktion. Perschau erhielt 168 von 174 Delegierten-Stimmen.

Kiep forderte zuvor die Union auf, die „innerparteilichen Brände zu löschen“, und sich stattdessen für die Auseinandersetzung mit der SPD zu wappern. Der sozialdemokratische Kandidat, Johannes Rau, habe in Nordrhein-Westfalen mit großem Erfolg „die totale Entschleunigung der Politik“ vollzogen. Kiep mahnte die Hamburger Christdemokraten aber auch, nie zu vergessen, „daß die SPD Teil unserer Geschichte ist“. Gegenwärtig befindet sie sich auf dem Weg zurück vor Godesberg. Die Union müsse den ernsthaften Versuch unternehmen, mit den Sozialdemokraten in wichtigen politischen Fragen Gemeinsamkeit zu erreichen. „Das zarte Pflänzchen des nationalen Konsenses darf nicht mit Stiefeln zertreten werden“, sagte Kiep.

Der CDU-Bürgermeisterkandidat verkündete als Botschaft: „Hamburg braucht den Wechsel. Setzen wir den Schwung der Union gegen den Stillstand der SPD, setzen wir die vielen unabhängigen Menschen unserer Partei gegen den Filz der Genossen.“ Notwendig sei eine durchgreifende Verwaltungs- und Bezirksreform mit der Übertragung zahlreicher Aufgaben an private Unternehmen, eine Senkung der Steuern und Gebühren und ein neuer Kurs auf dem Gebiet der inneren Sicherheit. Hamburg habe heute die höchste Kriminalitätsrate aller deutschen Großstädte.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Frauen im Parlament

Sehr geehrte Damen und Herren,

In der Ausgabe vom 14. September veröffentlichte Sie auf der Leitartikel-Seite gleich zwei Artikel, die sich mit den Frauen, einmal im Zusammenhang mit der Familie und einmal unter dem Titel „Die Quoten-Frauen kommen“, befassen.

Ich teile in keinem der beiden Artikel Ihre Ansicht. Im Ausschuss für die Rechte der Frau des Europäischen Parlamentes werden diese Fragen sehr intensiv diskutiert, es kommt nicht von ungefähr, daß wir die einzige Ausschuss dieser Art in einem Parlament in Europa sind.

Die Erwerbstätigkeit der Frauen ist in allen Ländern der Europäischen Gemeinschaft im Steigen begriffen. Gleichzeitig versuchen alle Länder, mit dem Problem der Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit der Frauen, einer guten Qualifikation der Mädchen, der Notwendigkeit des Geldverdienens und der Kernfrage des Zusammenhaltes der Familie fertig zu werden. Dabei sind viele europäische Länder weitaus familienfreundlicher von ihrer Grundeinstellung. Die neuen Maßnahmen der Bundesregierung weisen hier endlich einen Weg in die richtige Richtung.

Es gibt auch viele von uns, die strikt gegen jede Quote sind. Sie stellen sich aber einmütig die Frage stellen, woher die Diskussion eigentlich aufgenommen ist. Auf der einen Seite wünschen sich die Parteien mehr Frauen als Mitglieder, sie benötigen auch mehr Frauen als Mitglieder, wenn diese sich auf die Dauer in den Mandaten durchsetzen sollen. Wenn Quoten vermieden werden sollen, muß aber auch das Entgegenkommen von Seiten der Männer in den Parteien größer werden, den Frauen, die die gleichen Qualifikationen wie sie besitzen, auch die entsprechenden Möglichkeiten zu bieten. Mit Recht achten die jungen Frauen auf den Vollzug der Versprechungen!

Im Europäischen Parlament gibt es nicht nur eine im europäischen Durchschnitt relativ hohe Quote an Frauen (18 Prozent), sondern ein Drittel aller Ausschußvorsitzenden sind Frauen. Viele Domänen der Politik werden also hier von den Frauen verantwortlich geleitet. Sie stehen dabei genauso im Kreuzfeuer der Kritik wie ihre männlichen Kollegen. Es gibt keinerlei Anlaß, hier irgendetwas

Unterschiede in der Beurteilung zu machen. Ich kann dieses Verfahren auch den nationalen Parlamenten nur zur Probe empfehlen, dann brauchen wir keine Quoten-Diskussion zu führen.

Mit freundlichen Grüßen
Marlene Lenz
Vorsitzendes des Ausschusses
„Rechte der Frau“ im
Europäischen Parlament

Abgrenzung

„Kleid und Mäkel“; WELT vom 16. September

Sehr geehrte Damen und Herren, Enno von Loewenstern hat den seit anderthalb Jahrzehnten anhaltenden Aufweichungsprozess der SPD präzise beschrieben. Die geschriebene „Verfassung“ dieser Partei stimmt in vielen Bereichen nicht mehr mit der Wirklichkeit der Haltung und des Handelns der SPD bzw. unzähliger ihrer Mitglieder überein.

Der vom SPD-Parteirat am 14. November 1970 (nicht 4. November) verabschiedete Abgrenzungsbefehl, der jede Zusammenarbeit mit Kommunisten als parteischädlich bezeichnet und kategorisch feststellt: „Zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten gibt es keine Aktionsgemeinschaft“, wurde von seiner Verknüpfung an von zahlreichen SPD-Mitgliedern und Parteileitungen mißachtet, und von der SPD-Führung nie konsequent durchgesetzt.

Formal ist diese Parteiratentscheidung heute noch gültig. Sie erfüllt jedoch seit langem schon (Vielleicht gar von Anfang an?) nur die Funktion eines „Alibis“, das ab und zu von einem SPD-Oberen aus

Wort des Tages

„Der Mensch weiß nie recht, was er will, und wenn er einmal hat, was er gewollt hat, so sieht er, daß es das nicht war. Und so geht all unser Bestreben ins Unendliche.“
Wilhelm Heinsse, deutscher Autor (1746-1803)

Personalien

GEBURTSTAG

Der ehemalige Intendant des Deutschlandfunks, Franz Thiedt, vollendet am 26. September in Bonn sein 85. Lebensjahr. Der aus Hagen stammende Westfale war von 1949 bis 1964 Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen und von 1964 bis 1968 Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung für politische Bildung und Studienförderung. Von 1966 bis 1972 stand er an der Spitze des Deutschlandfunks.

EHRUNG

Professor Dr. Wolfgang Haber (60), Ordinarius für Landschaftsökologie der TU München in Weihenstephan, wurde von Landwirtschaftsminister Dr. Hans Eismann für seine engagierte Arbeit und seine Verdienste um die bayerische Landwirtschaft mit der Staatsmedaille in Silber ausgezeichnet. Wie der Minister in seiner Laudatio hervorhob, habe Haber mit seiner fundierten wissenschaftlichen Arbeit deutlichen Anteil an der Verschärfung der ökologischen Diskussion.

Kurz nach Vollendung des 91. Lebensjahres ist Oberlandeskirchenrat I. R. Dr. Walther Lampe in Hannover gestorben. Lampe stand als Jurist von 1922 bis 1959 im Dienst der hannoverschen Landeskirche und war anschließend viele Jahre Vorsitzender des Stadtkirchentages Hannover. Schon seit 1933 war er erster Vorsitzender des Heimathundes Niedersachsen, in dem er seit 1923 mitarbeitete. Auch in der 1925 von ihm mitbegründeten Goethe-Gesellschaft in Hannover war er zunächst zweiter und von 1950 bis 1964 erster Vorsitzender; 1969 wurde er Ehrenvorsitzender. In der ebenfalls von ihm mitbegründeten Wilhelm-Busch-Gesellschaft war Lampe führend tätig. Von 1946 bis 1960 leitete er das Archiv der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Zu den zahlreichen Auszeichnungen, die Lampe zuteil wurden, gehörten unter anderem das Große Verdienstkreuz des Niedersächsischen Verdienstordens und das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse.

Immer dümmmer

„Kleid an Nyctea der Abituristen“; WELT vom 14. September

Sehr geehrte Herren, es ist die Tragik unserer Zeit, daß die neue Generation in eine immer komplizierter werdende Umwelt immer dümmter entlassen wird. Nicht die sogenannte neue Armut sondern die neue Dummdummheit ist unser gesellschaftspolitisches Hauptproblem Nr. 1.

Unsere Kinder treffen auf eine durch Überspezialisierungen und Überbürokratisierungen kaum noch deutbare Umwelt. So ist die allgemeine, umfassende Bildung, die eine allgemeine Erklärung der speziellen Gegebenheiten zuläßt, überlebenswichtig. Unverständlich, Unerkennbar führt zu Fehlinterpretation und reaktiv zu Depression oder Furcht, aber auch zu Aggression und Intoleranz.

Selbst die Grundarten des Lernens, nämlich Lesen, Schreiben und Rechnen werden heute nicht mehr richtig beherrscht. Dazu zwei Beispiele:

- Es gibt Abiturienten, die ein Telefonbuch wegen mangelhafter Kenntnisse des Alphabets nicht richtig benutzen können.
 - An den Universitäten werden neuerdings Deutsche für deutsche Studenten und Doktoranden angeboten!
- „Jah!“, das Abitur muß wieder Hochschulreifeprüfung sein und darstellen!
- Es kann doch nicht Ziel unseres Bildungssystems sein, zu viele Akademiker auszubilden, alle mit der gleichen Chance, nämlich keiner!
- Mit freundlichen Grüßen
Dr. Felix Rüdiger G. Giebler,
Friedrichstadt/Elder

Die zuverlässige Ergänzung für „Aktuell Das Lexikon der Gegenwart“
Jetzt neu!
DAS LEXIKON DER GEGENWART
Nur 12,80 DM
320 Seiten, 800 Stichwörter, über 500 Abbildungen, durchgehend farbig.
Überall, wo es Bücher und Zeitschriften gibt!

Pflichtblatt für Deutschland
Die WELT ist Pflichtblatt für Finanzveröffentlichungen an allen acht deutschen Wertpapierbörsen in Berlin, Bremen, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart.
DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
Herausgeber: Axel Springer, Mathias Waden
Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopiergerät 02 28 37 41 60
1000 Berlin 81, Reichstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 25 03 03, Telex 1 84 253, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 01 23, 21 22, Telex 1 84 253
5000 Hamburg 91, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 11, Telex 2 21 913, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 46, Telex 2 17 001 771
4300 Essen 18, Im Teufelbusch 100, Tel. (0 20 54) 26 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 21 11, Telex 2 21 913, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 21 11, Telex 2 21 913, Fernkopiergerät (0 20 54) 21 11 und 8 27 29
3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (0 51 1) 70 11, Telex 2 21 913, Anzeigen: Tel. (0 51 1) 4 80 80 80, Telex 82 38 192
4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 1, Tel. (0 21 1) 37 30 4344, Anzeigen: Tel. (0 21 1) 71 81, Telex 8 281 784
6000 Frankfurt (Main), Wassermannstraße 8, Tel. (0 69) 71 72 11, Telex 4 13 448, Fernkopiergerät (0 69) 71 70 11 - 13, Anzeigen: Tel. (0 69) 71 70 11 - 13, Telex 5 25 529
7000 Stuttgart, Rotenbühlstraße 20a, Tel. (0 71 41) 11 11, Telex 5 25 529, Anzeigen: Tel. (0 71 41) 54 80 71
4800 Münster 90, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 59) 12 12 11, Telex 5 25 529, Anzeigen: Tel. (0 59) 8 20 20 26 / 28, Telex 5 25 529
Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger: DM 26,50 einschließlich 7% Mehrwertsteuer. Abbestellen: Abbestellen DM 26, einschließlich 7% MwSt. Der Preis des Leiharbeitsabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abbestellgebühren sind im Voraus zahlbar.
Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestanden keine Ansprüche gegen den Verlag. Abbestellgebührenbestellungen können nur zum Monatsende ausgeschrieben werden und müssen bis zum 15. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.
-Giltige Anzeigenpreise für die Deutschlandausgabe; Nr. 63 und Kombinationen mit DIE WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1.1.1984, für die Hamburg-Ausgabe; Nr. 49.
Anliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hannoverschen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für inhaltliche Korrekturen.
Für unverlangt eingesandene Manuskripte keine Gewähr!
Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreise Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.
Verlag Axel Springer Verlag AG, 5000 Hamburg 91, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.
Herstellung: Werner Zander
Anzeigen: Hans Biele
Verteiler: Gerd Dieter Löffel
Verlagsleiter: Dr. Erna-Dietrich Adler
Druck: In 4300 Essen 18, Im Teufelbusch 100; 3076 Albrechtberg, Kuratweg.

„..This is a well produced newspaper with several firstclass correspondents...“
Das schrieb die Londoner TIMES in einer Dokumentation zum Thema „Weltpresse“ über die WELT.
DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
Multiple Sklerose
100.000 brauchen Ihre Hilfe
Über 100.000 junge Erwachsene haben diese Diagnose schon hören müssen: „Multiple Sklerose“. Die Multiple Sklerose ist eine heimtückische Erkrankung des Zentralnervensystems, die von leichten bis zu schwersten Lähmungen, Seh- und Sprachstörungen, sogar zu völliger Hilflosigkeit führen kann. Sie drängt den MS-Kranken in die Isolation.
Jeder kann an MS erkranken, besonders im Alter von 19 bis 45 Jahren. Bis heute ist noch keine Heilung möglich.
Bitte unterstützen Sie die Arbeit der Deutschen Multiple Sklerose Gesellschaft. Sie braucht Geld, um durch medizinische Forschung, Beratung und soziale Betreuung das Leben mit der Krankheit zu erleichtern.
Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft e. V., Rosental 5/4, 8000 München 2, Zentrales Spendenkonto: 31 31 31 Stadtparkasse München (BLZ 700 500 00).

Wo kann man alle Segelscheine machen?
Natürlich beim DHH.
Fordern Sie unseren Prospekt an: Deutscher Hochseesportverband Hansa e.V., Postfach 30 12 24, 2000 Hamburg 36.

Von Anfang an dabei (10): Annette von Aretin

Die Qual der Mimenwahl

Einundzwanzig Jahre Besetzungsbüro beim Bayerischen Fernsehen, das ist ein nicht geringer Teil der Lebenszeit, meiner Lebenszeit. Wie bin ich überhaupt dazugekommen, zu dieser Tätigkeit, für die es keine behördliche Schule oder gar eine Lehre gibt? Wahrscheinlich gerade deswegen, denn meine Biographie ist überwiegend vom Zufall geprägt. Natürlich spielte auch die wüste Nachkriegszeit dabei eine Rolle. Man sucht Jobs, nahm, was sich bot, und auf dieser Suche geriet ich in den Bayerischen Rundfunk.

Dort machte ich mich ein paar Jahre nützlich, wo immer man mich brauchen konnte, stets die Sehnsucht nach Festanstellung im Herzen. Mein Freund, der Zufall, richtete es ein, daß unser erster Fernsehredakteur, Clemens Münster, vor Eröffnung des Fernsehens eine Ansagerin fest anstellen wollte, und zwar ausgerechnet mich. Münster und ich kamen überein, daß der Bayerische Rundfunk mir dann nach ein paar Jahren eine andere Position anbieten würde.

Und so geschah es: Man trug mir das Besetzungsbüro an. Schon wieder betrat ich Neuland und dachte mir, schließlich ist fast alles erlernbar. Daß ich dann so sehr viel zu lernen hatte, war mir vorher nicht klar. Es galt, viele Hunderte von Namen mit den dazugehörigen Gesichtern ins Gedächtnis zu pressen, dazu die jeweiligen Agenturen, die Theater mit ihren Betriebsbüros, die Regisseure, die Rollen und und und...

Eigentlich sollte ich mich in kürzester Zeit in eine Art lebendes Nachschlagewerk verwandeln. Zur Unterstützung war eine Fotokartei mit vielen Schubläden vorhanden. Die Vorgängerin hatte die Künstlerinnen und Künstler alphabetisch, aber auch nach drei Altersklassen und „Güteklassen“, in diese Schubläden verteilt. Am Anfang meiner segensreichen Besetzungstätigkeit war monatlang Ostern: Ich war ständig auf der Suche und bliamierte mich auch zur rechten Zeit.

Zum Beispiel rief ein namhafter Darsteller der Münchner Kammerspiele an und wollte wissen, ob wir die neuesten Fotos und Fakten von ihm hätten. Als immer schon interessierte Theaterbesucherin kannte ich ihn natürlich - aber welche Schublade? Also Mut: „Wie alt sind Sie?“ (Das hätte ich als versierte Besetzerin natürlich wissen müssen. Aber ich war eben nicht versiert und im Einschätz-

zen des Alters von Menschen immer schon miserabel.) Mein Telefonpartner schluckte, nannte mir sein Alter, und zwar das richtige - was nicht immer der Fall ist - ich fand die Schublade, gab ihm die gewünschte Auskunft, und er bedankte sich mit wohlklingender geschulter Stimme, in der Zweifel an meiner Eignung mitschwang.

Im ersten Jahr waren mir diejenigen Regisseure am liebsten, die von sich aus die Besetzung bestimmten. Aber auch hier gab es Fallstricke: Für ein kurzes Stück im Regionalprogramm hatte man einen Regisseur aus Berlin verpflichtet. Die Besetzungsgespräche fanden telefonisch statt. Er nannte die Namen, die er wollte. Ich bekam tatsächlich die angeforderten Herrschaften zum Produktionsstermin unter einen Hut, aber leider gab es zwei nicht verwandte Schauspieler gleichen Namens. Der eine war hochgewachsen, ein gut aussehender Gentleman, der andere ein gedrungener bäurischer Typ mit pfiffigem Gesichtsausdruck, und den hatte ich in meinem Feuereifer verpflichtet, ohne daß mir - trotz Lektüre des Stückes - aufgefallen wäre, daß er wirklich nicht in den Salon eines englischen Landhauses paßte. Der Regisseur kam angezerrt, zuckte zusammen, machte mir keine Szene, respektierte den geschlossenen Vertrag und machte das Beste daraus. Ein gültiger Mensch.

Was mir bis zuletzt den Nerv raubte, waren die Umsetzungen im letzten Moment. Denn erstklassige Schauspielerinnen und Schauspieler sind nicht beliebig vermehrbare. Da brach sich beispielsweise zwei Tage vor den Aufzeichnungen Hanns Lothar drei Rippen. Mein Glück war, daß Robert Graf so sehr an seinem Garten hing, daß er von München nur wegfuhr, wenn es absolut sein mußte. Er hatte zufällig zwei Wochen Zeit, lernte rasch, und wir hatten einen ebenbürtigen Ersatz.

Ähnliches erlebte ich mit Leonard Steckel, einem der Großen des legendären Zürcher Schauspielhauses. Er hatte bei uns einen Vertrag. Die kamerlosen Proben verliefen bestens. Alles war glücklich, bis zu einem Freitag, an dem Steckel schrecklicherweise plötzlich Netztaubblönd bekam und sofort in die Schweiz gebracht werden mußte, wo man schon mit Laserstrahl arbeitete. Mein Mitleid wurde nur noch von meiner Panik übertroffen, denn wo



Tausend Namen und Gesichter im Kopf: Annette von Aretin FOTO: OPA

sollte ich über das Wochenende einen Künstler dieses Kalibers herbekommen? Die Agenturen waren überwiegend nicht erreichbar, an Theatern engagierte Akteure konnten sich in der Regel nicht so rasch freimachen. Mir fuhr der Stoßseufzer durch den Kopf: „Hätte ich nur was Geschicktes gelernt.“ Nach zwei Tagen irrwitzigen Telefonierens hatte ich ihn: Theo Lingner. Wer nur die alten komischen Filme von ihm kennt, weiß nicht, was für ein hervorragender differenzierter Schauspieler er war.

Zum Telefonieren, dem wesentlichen Bestandteil meiner Tätigkeit, noch eine kleine Geschichte: Ich mußte, sicher wieder wegen einer Katastrophe, den Regisseur Eberhard Yzenplitz sofort erreichen, wußte aber, daß er zwischen Weihnachten und Dreikönig Ferien machte. Nur wo, wußte ich nicht. Was tun? Da fiel mir ein Izenplitz-Freund ein, den ich schließlich in Saarbrücken erreichte. Dieser Freund wußte, daß er sich in Bad Gastein aufhielt, allerdings war ihm der Name des Hotels entfallen. Er erinnerte sich lediglich, daß der Lift des Hotels bis hinunter zur Sauna ging. Immerhin schon etwas. Die Gasteiner Kurverwaltung konnte mir sechs Hotels nennen, auf die das zutraf. Und die klapperte ich ab. Im vierten Hotel hatte ich Izenplitz dann gefunden, und wir konnten das anstehende Problem klären.

An diese 21 Jahre denke ich rückblickend gerne: Sie waren oft anstrengend, von gelegentlichem Ärger durchwirkt, aber sie waren auch anregend, interessant und nie langweilig. Außerdem waren sie vielleicht die Ausbildung für eine leichte Halbtags-telefonistinnenstelle in einer Detektei. ANNETTE VON ARETIN
Am 2. 10. erinnert sich Jürgen Roland an seine Reporter-Lehrjahre

KRITIK

Dummheit macht stark

Neun Monate Abstinenz sind endlich vorüber. Nun dürfen die Deutschen wieder J. R.s meckerndes Lachen hören, an Sue Ellens zuckender Oberlippe ablesen, wann der nächste Drink fällig ist, und mit Miss Ellie leiden, wenn die Sippe nicht vollständig zum Frühstück erscheint. Sie könnte so schön sein, die nächste Saison auf South Fork. Aber bloßem Gemüß mag das deutsche Fernsehen seine Zuschauer bei „Dallas“ nicht aussetzen. Und beraumt rechtzeitig eine Stunde der inneren Einkehr an „Verdirbt Dallas die Moral?“, fragte zickig und etwas scheinheilig die ARD-Talkshow Moment mal.

Tatsächlich bissen die fünf deutschen Diskutanten auf das Thema mit zickiger Ernsthaftigkeit an - zum Erstaunen des amerikanischen Journalisten, der sich in der aufgeregten Runde offensichtlich verloren vor kam. Wie eine defekte Langspielplatte repetierte da der linke Autor gaudelos: „Ich hasse diese Serie. Sie ist ein US-Kultur-Import der übelsten Sorte.“ Nicht ohne einzuflechten, daß er selber Serien schreibe, die aber niemand wolle. Warum wohl?

Der Sache der „Dallas“-Frauen nahm sich eine Politologin an: Durch die Bank unselbständig sei die texanische Damenriege. Sicher - Pam jetzt zu ihrer Boutique mal um die Erdkugel, doch stets mit dem beruhigenden Gefühl, den finanzstarken Bobby hinter sich zu wissen. Auch Miss Ellie scheint nur autark: Die psychische Krise nach ihrer Krebsoperation konnte sie schließlich nur an Clay Farlow's breiter Brust überstehen. Und dem Konsistorialrat und SFB-Rundfunkratsmitglied war einfach alles zu dürrig: die Drehbücher, die Schauspieler, und überhaupt...

Mit solch massiver Ablehnung konfrontiert, muß in einem Dallas-Freak verständlicherweise Empörung hochkochen. Derart artikuliert denn auch in anheimelndem Schwäbisch der engagierte Autobändler, der in seiner knallharten Branche nicht anders bestehen kann als J. R. in seinem öligen Imperium. Noch etwas spricht für die schauerliche South-Fork-Sippe: Ihr ausgeprägter Familienisim - wenn auch die Mitglieder meist in den falschen Betten liegen - und ihre total fernseh-freie Umwelt. „Dallas“ kann die Moral gar nicht verderben. Denn „Dallas“ ist doof. Das macht es so stark. CORNELIA REISER

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM	
9.45 ARD-Ratgeber Noch 100 Tage Azubi - und was dann?	16.00 Ach die Heber Harry 12.10 Umarmung 12.20 Gott und Die Welt 12.55 Prosecco 13.00 heute
10.00 heute 10.05 Unsere schönsten Jahre	14.00 heute 14.04 Barocke Zeiten 10. Deutschland, Polen und Litauen Von Falco Quilici und Jean Antoine Ansel. heute-Schlagzeilen 14.35 Im Reich der wilden Tiere Das Straußenland Mit Morin Perkins 17.00 heute / Aus den Ländern 17.15 Tele-illustrierte 17.50 Ein Colt für alle Fälle Ein alter Star Dezw. heute-Schlagzeilen 19.00 heute 19.50 Reportage am Montag Aufruhr im Bhogwan-Land Über die Krise eines Kites berichtet Dieter Kronzucker 20.15 Achtung, Welt! Tschechoslowakischer Spielfilm (1981) Regie: Karel Kachyna Anschl. Ratschlag für Kinogänger Robert Zemeckis: „Zurück in die Zukunft“ von Robert Zemeckis 21.45 heute-journal 22.05 heute Telefonaktion Aids Sie fragen - Experten antworten Eine Aufklärungs-Initiative in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung Tel. 06131/703777 Moderation: Hans Mohl 23.05 Junges englisches Theater Elizabeth Eins Schauspiel von Paul Foster Aufzeichnung der deutschen Erstaufführung der Bühnen in Essen 6.40 heute
14.00 Tagesschau 14.10 Flamingo Franz Wintzenzen - Aus meinem Annotationsbuch 1980-82 14.25 Das Vogelwörterbuch Finnischer Spielfilm 17.30 Die Märchenbräut 4. Teil: Der Dackel Herr Meier 17.50 Tagesschau Dezw. Regionalprogramme 20.00 Tagesschau 20.15 Spionageschiff Fernsehserie in sechs Teilen von Tom Keene und Brian Haynes 3. Teil: Arbeitete die Crew für den Geheimdienst? Der Verdacht, daß die „Coistar“ Spionageschiff gedient hatte, verdrängt sich immer weiter. Doch der Geheimdienst versucht, die Affäre mit allen Mitteln zu vertuschen. 21.11 USA heute Streik der Bergarbeiter in Tug Frok Valley, West Virginia / Mount St. Helen - Fünf Jahre nach dem Vulkanausbruch / Aids-Hysterie in New York / Country-, Rock- und Bluesfestival in Illinois / Neuer US-Fernsehtar: „Sex-Päpstin“ Ruth Westheimer 22.00 Es ist englisches (15) Komische Geschichten mit Eddi Arent 22.50 Spionageschiff 23.00 Das Nacht-Studio Ein Mann kommt in die Jahre Franz-deutscher Spielfilm (1978) Mit Robert Stack, Sophie Desmarets, Aniceta Alvina u. a. Regie: Gérard Blain 6.40 Tagesschau	

SAT 1
13.50 Kimba, der weiße Löwe 14.00 Von drei nach zwei bis zwei von drei 15.00 Papermoon 15.30 Musikbox 16.30 Bill Cosby 17.00 Ufo 18.00 Westlich von Santa Fe oder Regionalprogramm 18.30 APF blick 18.45 Eine ganz alltägliche Ehe 20.50 WM - Das Wirtschaftsmagazin Das Münchner Oktoberfest / Das Schiff der Zukunft / Ernst Winter & Sohn / Industriegrafik / Börse USA 21.00 Gattche Baecker 21.30 APF blick 21.45 Nicht so toll, SBBer Englischer Spielfilm (1960) 23.50 APF blick Letzte Nachrichten

3SAT
18.00 Löwenklub anschl. Kompass 19.00 heute 19.30 Sportreport 21.15 Zeit im Bild 2 21.45 cinema international Wie ein wilder Stier Amerikanischer Spielfilm (1980) 23.50 Kesseler: Klau 23.55 3SAT-Notizen

RTL-plus
20.20 RTL-Spiel 21.00 Strickpoker Amerikanischer Spielfilm (1965) 21.55 RTL-Spiel 22.00 Das Kind im Manne 22.50 Zeichentrick für Erwachsene 23.55 Wetter 22.45 Horoskop 22.45 Rosttopferl

III.

WEST 18.30 Seemannstraße 19.00 Aktuelle Stunde 20.00 Tagesschau 20.15 Sport-Punkt Die Grand-Prix-Saison des Motorradrennfahrers Reinhold Roth 21.00 Aktuelle Dokumentation Sobador - Die Mordefabrik 21.45 Lesespiel Ailingingrassen Kinderkriminalliter auf dem Lande 22.15 Franz-Peter-Wirth-Retrospektive: Glaube, Liebe, Hoffnung Fernsehspiel nach Odän von Horvath 23.20 Letzte Nachrichten	ESSEN 18.00 Seemannstraße 18.30 Kinder dieser Welt (1) 18.55 Lesespiel 19.05 Frauen unter Strom (1) 20.00 Admiral Canova Dokumentation 20.45 Die Sprachsamende Magnesium - Treibstoff für den Körper? 21.30 Drei aktuell 21.45 Magnum 22.30 Wege zum Menschen SÜDWEST 19.25 Nachrichten 19.30 Bonanza 20.15 Hans Hoss (15)	Mensch und Meer 21.00 Flash Gordons Flug zum Mars 21.15 Rückblende Vor 100 Jahren gestorben: Moier Carl Spitzweg 21.30 Menschen unter uns Die Angst im Nacken Aus dem Alltag eines Tankwagenfahrers 22.15 Jazz 23.00 Nachrichten BAYERN 18.00 Rauschclau 19.00 Live aus dem Alabama 20.45 Trotz und Selbstbehauptung Aus der Reihe „Welt unserer Kinder“ 21.30 Rauschclau 21.45 Blickpunkt Sport 22.45 Z. E. N. Kostbarkeiten aus China 22.50 Auftrag: Mand Aus der Dokumentarreihe „Spionage“ 23.40 Rauschclau
--	---	---



Muß unternehmerischer Mut zum persönlichen Risiko werden?

Männer, die sich in wirtschaftlich schwieriger Zeit selbständig machen, beweisen Mut. Noch mutiger sind Frauen, die diesen Schritt wagen.

Um so wichtiger ist es für Sie als Frau, Ihre Selbstverwirklichung und Unabhängigkeit finanziell abzusichern. Mit einer eigenen Lebensversicherung.

Von den Vorteilen, die dafür sprechen, möchten wir Ihnen hier einige nennen:

1. Der Risikoschutz gilt vom ersten Beitrag an. Ohne Wartezeiten.
2. Durch die hohe Rendite bilden Sie langfristig ein beachtliches Vorsorgekapital für später. Nach dem derzeitigen Stand der Überschußbeteiligung kann sich Ihre Versicherungssumme in etwa 25 Jahren verdoppeln.
3. Mit einer Lebensversicherung können Sie die Versicherungssumme ständig Ihrem wachsenden Lebensstandard anpassen.

Weitere Informationen bekommen Sie von jedem Versicherungsfachmann. Oder von einer der vielen Fachfrauen, die sich die Lebensversicherung zur Lebensaufgabe gemacht haben.



Lebensversicherung

Leben braucht Sicherheit.

Kompromiß bei Überprüfung des Sperrvertrags

RÜDIGER MONIAC, Bonn Als einen Fortschritt kennzeichnen es die Teilnehmer der 3. Konferenz zur Überprüfung des Atomsperrvertrages, daß an ihrem Ende ein von allen beschlossenes Schlüsseldokument steht. Vor fünf Jahren bei der zweiten Konferenz dieser Art war es dazu nicht gekommen. Sie galt damals als gescheitert. Dieses Mal einigten sich die Teilnehmerstaaten in Genf nach dreiwöchiger Sitzung auf einen Text, der von allen als Erfolg gewertet wurde. Er unterstreicht die Bedeutung des 1970 in Kraft getretenen Vertrages als erfolgreiches Instrument für das Ziel, die weitere Ausbreitung von Atomwaffen auf mehr als die fünf Staaten verhindert zu haben.

Für Ende der Atomtests

Nur drei der „Atomwaffen-Länder“ gehören dem Vertrag an. Das sind die Großmächte USA und Sowjetunion sowie Großbritannien, nicht aber China und Frankreich. Wie immer bei Überprüfungskonferenzen waren auch dieses Mal in Genf die Staaten, die über Nuklearwaffen verfügen, im Visier der sogenannten „Nebenbühler“. Sie forderten mit wachsender Härte ein Ende der Atomwaffentests. Daran wäre die Konferenz beinahe gescheitert. Nur ein Kompromiß verhinderte das. In ihm wird festgestellt, wie sehr es die Konferenz bedauere, daß ein Abkommen über das Verbot von Atomtests bislang nicht zustande gekommen sei. Gleichzeitig werden die drei dem Vertrag angehörenden Atommächte aufgefordert, ihre vor Jahren abgebrochenen Verhandlungen über ein Versuchsstop-Abkommen noch in diesem Jahre wieder aufzunehmen. Damit allerdings mochten sich die USA und Großbritannien nicht zu freigegeben. Zu ihren Gunsten heißt es deshalb nun, „gewisse Staaten“ räumen einer tiefgreifenden und verifizierbaren Reduzierung der Nuklearwaffen-Arsenale höchste Priorität ein.

„Ernstes Besorgnisse“

Über Israel und die Republik Südafrika werden in der Schlussklärung wegen der bei diesen Staaten vermuteten nuklearen Möglichkeiten „ernste Besorgnisse“ geäußert. Sie fordert deshalb alle Länder auf, sich dem totalen Verbot der Lieferung von Nukleareinrichtungen an diese Länder anzuschließen. Darüber hinaus wurde in Genf der Wille der 84 durch Delegationen anwesenden Unterzeichnerstaaten (insgesamt 133) deutlich, gemeinsam darauf hinzuwirken, das Vertragswerk universal zu gestalten, also Frankreich und China zum Beitritt zu bewegen und gleichfalls die sogenannten Schwellenländer Argentinien, Pakistan, Indien, Israel und Südafrika.

Das Ende der Konferenz war am vergangenen Samstag durch eine scharfe Kontroverse zwischen den kriegführenden Staaten Irak und Iran verzögert worden. Auch wollte Irak, unterstützt durch Marokko, Israel wegen seines Luftangriffs auf einen Reaktor bei Bagdad im Jahre 1981 verurteilt sehen. Dank der geduldigen Verhandlungsführung des ägyptischen Konferenzpräsidenten Mohamed Shaker konnten diese Klippen schließlich umschifft werden.

Hernus Rücktritt genügt der Opposition nicht

Aufklärung bis in höchste Positionen hinein gefordert

A. GRAF KAGENECK, Paris Mit der Entlassung des Geheimdienstchefs Lacoste und dem Rücktritt des Verteidigungsministers Hernus ist die Greenpeace-Affäre für Frankreich offenbar nicht ausgestanden. Weder die Opposition noch die Kommunistische Partei geben sich mit den bisher getroffenen Maßnahmen zufrieden und verlangen rückhaltlose Aufklärung bis in die höchsten Ränge der Politik hinein. Der frühere Transportminister Fiterman, Politbüromitglied der KPF, stellt offen die Frage, ob der Staatspräsident nicht vorher von dem Attentat wußte. Der gleichen Ansicht ist der neuseeländische Premierminister David Lange, der im französischen Fernsehen von einem „Prozess der Selbstzerstörung Mitterrands“ sprach, der mit der Opferung des Verteidigungsministers nun begonnen hätte. „Die Sanduhr des Regimes läuft aus“, resümierte Lange.

Auch die Sozialistische Partei tritt für weitere Untersuchungen ein, will sie aber auf die unteren Ränge in den Geheimdiensten beschränken. Parteivorstandsmittglied Claude Estier schloß nicht aus, daß „politische Gegner“ den Sabotageakt in Auftrag gegeben haben könnten mit dem Ziel, die Regierung über einen Skandal zu Fall zu bringen. Der sozialistische Kammerpräsident Louis Mermaz erinnerte an einem Parteifeld über die Rechte bei einem ungleich schwereren Geheimdienstfall, der Einführung des marokkanischen Oppositionsführers Ben Barka 1965, nicht die gleichen Konsequenzen gezogen habe wie die augenblickliche Lenkregierung.

Der neuernannte Verteidigungsminister Paul Quilès will die von seinem Vorgänger Hernus begonnenen Untersuchungen im Geheimdienst DGSE über die Hintergründe der Schiffsversenkung energisch vorantreiben und noch in dieser Woche zu einem Abschluß bringen. Mit weiteren Sanktionen wird gerechnet. Die Presse nennt unter den möglichen Mitwissern oder Mittätern des Attentats neben dem entlassenen Geheimdienstchef Admi-

ral Pierre Lacoste dessen direkten Untergebenen, General Roger Emin, stellvertretender Direktor des DGSE (Generaldirektion für die Beschaffung auswärtiger Nachrichten), den Präfekten Philippe Parant, Chef der Finanzabteilung (über ihn lief die Beschaffung der Mittel für das Unternehmen Greenpeace), den Obersten Lesquer, Chef der Abteilung „Action“ sowie dessen Stellvertreter Oberstleutnant Faberon, der für die Durchführung der Operationen verantwortlich zeichnet. Sämtliche Offiziere waren schon von Hernus vernommen worden, hatten aber unter Berufung auf ihre Schweigepflicht die Aussage verweigert. Auch ist noch offen, ob die Gründe für eventuelle weitere Entlassungen der Öffentlichkeit mitgeteilt werden, da die Tätigkeit der Geheimdienste grundsätzlich dem Geheimnis unterliegt.

Die Greenpeace-Bewegung hat ihre Demonstration gegen die unmittelbar bevorstehende französische Atomtestserie im Pazifik nach den Vorgängen in Paris nicht eingestellt. Ein erstes Segelschiff der aus etwa sieben Schiffen bestehenden „Greenpeace-Flotte“ ist in der Nähe des Versuchsorts Mururoa eingetroffen und hat, scharf bewacht von französischen Kriegsschiffen, an der Grenze der französischen Hoheitsgewässer Anker geworfen. Nach Aussagen des Kapitäns im Pariser Rundfunk will man das in vier Tagen erwartete Eintreffen des aus Panama kommenden Flaggschiffs „Greenpeace“, Nachfolger der versenkten „Rainbow Warrior“ abwarten.

Die neuseeländische Nachrichtenagentur NZPA berichtet am Samstag unter Berufung auf Funktionäre der Organisation, die „Greenpeace“ werde von einem französischen Kriegsschiff beschattet, seit sie den Panamakanal verlassen habe. Die Besatzung der „Greenpeace“, eines ehemaligen Hochseeschleppers, berichtet über Funk, man habe probeweise einen Haken geschlagen und das französische Schiff habe alle Kursänderungen mitgemacht.

Gorbatschow soll für höheren Standard sorgen

● Fortsetzung von Seite 1 Schwarzwadnade, „doch wir sind zu gleich bereit, unseren Teil dazu beizutragen, die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen zu verbessern.“

Der US-Präsident warnte jedoch vor zu großen Erfolgserwartungen. „Angesichts des sowjetischen Systems und seiner Ideologie dürfen wir keine falschen Hoffnungen wecken.“

Gewisse Hoffnungen dagegen weckte der Staatssekretär im Pentagon, Richard Perle, der in einem Fernsehinterview am Samstag zu der kürzlichen ultimativen Feststellung Gorbatschows Stellung nahm, daß die Genfer Verhandlungen ohne amerikanische Zugeständnisse beim SDI-Programm ihren Sinn verlieren. „Ich glaube“, sagte Perle, „daß dies noch nicht das letzte Wort Gorbatschows in dieser Sache war.“

Finanzgipfel berät über Kursschwankungen

● Fortsetzung von Seite 1 Der Tagungsort New York wurde wegen der Eröffnung der Herbstsitzung der Vereinten Nationen gewählt. Den Vorsitz hat US-Finanzminister Baker.

In Washington sucht man auch nach Mitteln und Wegen, die Privatbanken zu veranlassen, wieder mehr neues Geld in die Dritte Welt zu pumpen. Voraussetzungen für beide Aktionen wären indes Garantien und eine Kapitalerhöhung, was beides sehr kontrovers ist. Um Afrika zu helfen und die Zahlungsunfähigkeit in den ärmsten Staaten südlich der Sahara zu verhindern, tritt Baker für die Schaffung eines Sonderfonds ein, der mit fünf Milliarden Dollar ausgestattet werden soll, allerdings hauptsächlich durch Umschichtungen und die Nutzung der Gelderlöse des IWF.

Geheime Beratungen in Bonn und die Fragen im Fall Willner

Gespräch Zimmermann/Hellenbroich als zentraler Punkt in der Kontrollkommission

MANFRED SCHELL, Bonn

Die Teilnehmer der jüngsten Sitzung der geheim tagenden Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK) hüllten sich in Schweigen. Selbst Oppositionsführer Vogel (SPD), der Vorsitzende des Gremiums, das sich bis in die Abendstunden des vergangenen Freitag hinein um die „Aufklärung“ des Spionageverdachts gegen das in die „DDR“ geflüchtete Ehepaar Willner bemühte, gab keine Erklärungen ab. Das lag möglicherweise auch daran, daß Vogel „Pressepolitik“ Gegenstand einer längeren Auseinandersetzung in der PKK gewesen ist und die Union, vor allem deren Fraktionsvorsitzender Dregger, von ihm Zurückhaltung forderte. Ein Streitpunkt war dabei auch, daß Vogel, was in seine Kompetenz fällt, auf einer Beratung der PKK noch am Freitag bestanden hatte, obwohl die Unionsmitglieder Dregger, Waigel und Miltner sowie Bundesinnenminister Zimmermann Termine außerhalb Bonn hatten. Darüber wurde gestritten; die Beamten waren für diese Zeit vor die Tür gebeten worden.

„Nichts Aktuelles da“

In der Sache selbst sind nach vorliegenden Informationen keine Fragen offengelassen worden; es tauchten auch keine Widersprüche auf. Zentraler Punkt der Erörterungen war das zehnmündige Vier-Augen-Gespräch zwischen Zimmermann und dem damaligen Verfassungsschutzpräsidenten Hellenbroich am 28. Juni 1985 in Bonn.

Der Hintergrund: Hellenbroich, schon ernannter Präsident des Bundesnachrichtendienstes (BND), verabschiedete sich von Innenminister. Bei diesem Anlaß gab es auch eine allgemeine Unterrichtung über Verdachtsfälle im Spionagebereich, wenn auch ohne Aktenvortrag. Hellenbroich sprach dabei von einem Fall im Kanzleramt und von einem Fall im Bundespräsidialamt. Der in zwischen in den einstweiligen Ruhestand Versetzte erinnert sich, auch

die Namen Willner und Höke genannt zu haben. Zimmermann hingegen meint, Namen seien nicht gefallen, aber dieser Punkt spiele in der PKK keine Rolle, weil er für die sachliche Bewertung des Falles Willner unerheblich sei.

Entscheidungen des Ministers, das bestätigte Hellenbroich, wurden von ihm nicht gefordert, wohl aber beschwerte er sich über die „restriktive Handhabung“ der Forderungen des Verfassungsschutzes, Anträge auf eine Überwachung des Post- und Telefonverkehrs (nach Artikel 10 Grundgesetz) zu stellen. Eine grundsätzliche Erörterung dieser Problematik sollte mit den neuen Beamten erfolgen. Staatssekretär Fröhlich war bereits in den Ruhestand verabschiedet worden, Staatssekretär Neusel trat am 1. August sein Amt an, auch beim Verfassungsschutz stand mit Ludwig-Holger Pähls ein neuer Präsident an.

Die mit den G-10-Anliegen befaßten Beamten des Bundesinnenministeriums hatten vom Verfassungsschutz verlangt, dieser müsse die Anträge „besser fundieren“. Das Hauptmanko wurde darin gesehen, daß gegen Frau Willner keinerlei Verdachtsmomente vorliegen und auch bei dem Ehemann „nichts Aktuelles da war“. Der Verfassungsschutz hingegen hatte auf den „dünsten Lebenslauf“ von Willner und auf sein Journalistik-Studium in Leipzig abgehoben, einer Hochschule, die als MfS-„Rekrutierungskreis“ angesehen wird. Außerdem wurde von der Spionageabwehr die Angabe Willners bezweifelt, während der Kriegesgefangenschaft in Rußland sei seine Zugehörigkeit zur Waffen-SS unerkannt geblieben. Aber es gab kein zusätzliches Verdachtsmoment aus der Zeit seit der Übersiedlung Willners im Jahre 1961 in die Bundesrepublik Deutschland.

Aus diesem Grund war auf der sogenannten Fachebene das Anliegen, den Post- und Telefonverkehr zu überwachen, zurückgewiesen worden. Dies hätte nämlich automatisch vorstellend, daß die CSU für Waffenlieferungen, eine nukleare Zusammenarbeit oder die Apartheidpolitik eintritt. Es geht also nur um den allgemeinen abgelehnten Viszavang und die Kündigung des Kulturabkommens, das so geändert werden soll, daß alle Bevölkerungsgruppen davon etwas haben. Und da haben bei den ausführlichen Beratungen im Kabinett die CSU-Minister wieder vom Inhalt noch vom Verfahren her widersprochen. Im Gegenteil. Alle waren froh, daß Genscher im EG-Außenministerium die Verhängung von Wirtschaftsanktionen verhindert konnte, die dort sonst wahrscheinlich beschlossen worden wären.

FDP steht weiter zu Zimmermann

● Fortsetzung von Seite 1

Ich habe sogar im Prinzip nichts gegen das von ihm ins Gespräch gebrachte Modell des ehemaligen Chefs der Deutschen Bank, Hermann Josef Abs, das die Ausgabe von Vorzugsaktien beinhaltet. Nur bei der Ausgabe solcher neuen Vorzugsaktien ist die Zustimmung der Mehrheit der Inhaber alter Vorzugsaktien nicht gesichert.

WELT: Hat sich an Ihrem Verhältnis zu Strauß, den sie ja öfters als „meinen Freund“ bezeichnet haben, etwas geändert?

Baumgarten: Nein. Das Thema ist nun doch nicht so bedeutend, daß man eine andere Bewertung vornehmen muß. Was aber die Südafrika-Politik angeht, da meine ich, sollten die CSU und Strauß endlich klar und deutlich sagen, was sie wollen. Ich möchte wissen, wo sie sich von der Politik der Bundesregierung und der von Außenminister Genscher unterscheidet. Denn ich kann mir nicht

vorstellen, daß die CSU für Waffenlieferungen, eine nukleare Zusammenarbeit oder die Apartheidpolitik eintritt. Es geht also nur um den allgemeinen abgelehnten Viszavang und die Kündigung des Kulturabkommens, das so geändert werden soll, daß alle Bevölkerungsgruppen davon etwas haben. Und da haben bei den ausführlichen Beratungen im Kabinett die CSU-Minister wieder vom Inhalt noch vom Verfahren her widersprochen. Im Gegenteil. Alle waren froh, daß Genscher im EG-Außenministerium die Verhängung von Wirtschaftsanktionen verhindert konnte, die dort sonst wahrscheinlich beschlossen worden wären.

WELT: „Stürmer“ aus München einseitig. Ein öffentlicher Schlagabtausch zwischen Ihnen und Bundeskanzler Kohl über die Parteipolitik andererseits. Schadet das nicht der Präsentation der Regierungskoalition?

Baumgarten: Ich habe in Stuttgart

bedeutet, auch die Telefonleitungen des Bundeskanzleramtes (hier arbeitet Frau Willner) und der Friedrich-Naumann-Stiftung (hier arbeitet Willner) anzuzapfen. Im Fall Höke, der später verhafteten Sekretärin im Bundespräsidialamt, wurde dem G-10-Antrag stattgegeben, als bei einer Observation „Treffer“ festgestellt worden waren.

Gefahr der „Enttarnung“

Die Frage stellt sich, warum Angesichts der Ablehnung von G-10-Anträgen im Fall Willner das Ehepaar nicht observiert wurde. Hierzu lautet die Auskunft der zuständigen Beamten der Spionageabwehr: Eine solche Operation hätte „Schwierigkeiten“ gebracht, weil die Willners einen Bungalow inmitten eines ruhigen Wohngebietes bewohnt hätten. Die Gefahr der „Enttarnung“ wäre somit groß gewesen. Anders habe es sich im Fall Höke dargestellt. Die Sekretärin habe in einem Hochhaus gewohnt. Hier konnte sich der Verfassungsschutz in einer benachbarten Wohnung zur Beobachtung einrichten.

Eine weitere Frage: Hätte man nach der Flucht des Regierungsdirektors Tiedge, der den „Fall Willner“ im Verfassungsschutzamt in Köln bearbeitet hatte, das Ehepaar während dessen Spanien-Urlaub observieren müssen? Dies hätte allerdings eine Einverständniserklärung Spaniens vorausgesetzt. Angesichts der vagen Verdachtslage wurde man in Madrid nicht vorstellig, offenkundig in dem Bewußtsein, daß ohnehin exekutive Maßnahmen wie eine Festnahme nicht möglich gewesen wären. Diese Handhabe hätte dann bestanden, wenn ein Haftbefehl ergangen wäre. Aber Generalhundesanwalt Rebmann hatte selbst nach der Flucht Tiedges die Eröffnung eines Ermittlungsverfahrens gegen die Willners abgelehnt. Rebmann hat wohl auch in der PKK-Sitzung deutlich gemacht, daß die Voraussetzungen für einen Zugriff nicht gegeben waren.

weder den Bundeskanzler noch die CDU kritisieren wollen. Ich habe nur beschrieben, was die Vorzüge und Attraktion der FDP-Politik heute ausmacht, daß sie keine populistische Politik betreibt. Daß sie nicht versucht, durch die Verteilung von Wohlstand Zustimmung zu erhalten, sondern durch eine vernünftige, gradlinige Politik. Wenn mein Lob für die FDP gleichzeitig einen Schatten auf die CDU geworfen hat, so ist das vielleicht unvermeidlich gewesen. Aber man sollte das nicht überbewerten.

WELT: Es handelt sich also um eine Art Vorwahlkampf? Baumgarten: Nein. Das wäre ein bißchen früh. Aber auch ein Koalitionspartner muß akzeptieren, daß ein Parteivorsitzender natürlich auch die Aufgabe hat, Grenzlinien zwischen dem, was seine Partei will, und dem, was der Partner macht, aufzuzeigen. Diese Möglichkeit muß ich haben, ohne daß es gleich zu einem Koalitions-kampf kommt.

Ungereimtheiten in den Angaben zur „Flucht“

STEFAN HEYDECK, Bonn

Sicherheitsexperten in Bonn nennen den Verdacht, daß Willner bereits bei seiner „Flucht“ im Januar 1961 für das „DDR“-Ministerium für Staatssicherheit (MfS) tätig gewesen war, „sehr begründet“. Aus den Ungereimtheiten in den Aussagen Willners wird geschlossen, daß er bereits als Agent nach einem bekannten Muster in die Bundesrepublik Deutschland geschleust wurde.

Das Verheimlichen der Waffen-SS-Zugehörigkeit während viereinhalbjähriger sowjetischer Kriegsgefangenschaft wird von Fachleuten als „völlig unmöglich“ bezeichnet. Denn auch die Sowjets hätten nach dem Krieg ihre Gefangenen nach den eingetragenen Runen-Zeichen und sogar nach Narben untersucht. Entdeckte Mitglieder der Waffen-SS seien entweder verurteilt oder „umgedreht“ worden.

Zu Willners Erklärung, er habe nach zweijähriger SED-Zugehörigkeit aus Angst vor Enttarnung durch einen damals aufgetauchten ehemaligen „Kameraden“ seine Waffen-SS-Mitgliedschaft offenbart und sei deshalb aus der Partei ausgeschlossen worden, werden Zweifel angemeldet.

Auf Verwunderung stößt erst recht seine Angabe, er sei nach einer dreijährigen „Bewährung“ bei Arbeitseinsätzen wieder in die SED aufgenommen worden. Dazu heißt es, es sei kein einziger Fall bekannt, in dem es eine Wiederaufnahme in die Einheitspartei ohne eine Verpflichtung zur Mitarbeit beim Staatssicherheitsdienst gegeben habe.

Für eine von langer Hand vorbereitete Einschleusung sprechen auch Aussagen von MfS-Überläufern über die vor dem Mauerbau im August 1961 gängigen Praktiken. Damals knüpfen Agenten im Vorfeld ihrer „Flucht“ Kontakte zu Verwandten oder zu berufsspezifischen Betrieben.

Willner hatte, so die Erkenntnisse, als Redakteur bei der „DDR“-Zeitschrift „Tribüne“ Verbindung zu einem Verlag in Hamburg und Berlin aufgenommen, um dort eine Tätigkeit zu erhalten. Tatsächlich wurde er dann zunächst beim Philips-Konzern und anschließend beim „Spiegel“ beschäftigt.

Ebenfalls als widersprüchlich werden die damals von Willner angegebenen Gründe für seinen Übertritt eingestuft. So hatte er behauptet, bei der „Tribüne“ sei ihm ein Brief mit Hinweisen auf seine geplante „Flucht“ aus der Jackentasche gestohlen worden. Dieser Fund hätte aber nach Einschätzung von Experten schon zur Verhaftung führen müssen. Stattdessen war jedoch – möglicherweise absichtlich – mit großem Aufwand in seiner Abwesenheit seine Wohnung durchsucht worden.

Schließlich gibt es erhebliche Zweifel an dem Wahrheitsgehalt seiner Angaben, er sei zum Eintritt in den „DDR“-Journalistenverband „genötigt“ worden, habe dies als unzumutbar empfunden und sei deshalb geflohen. Denn Willner gehörte bereits der SED, dem sogenannten Freien Deutschen Gewerkschaftsbund FDGB und der FDJ an.

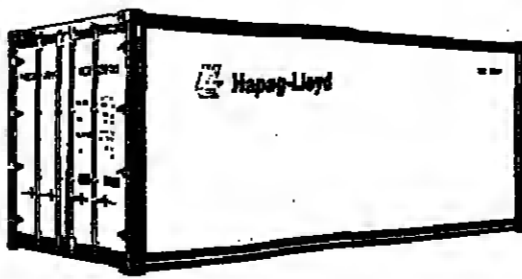
Alles klar

Wir managen Ihre Transportprobleme. Vor Ort.

Zum Beispiel: Auf allen Strecken

Wenn Sie wissen wollen, welche Transportwege für Sie am günstigsten sind, in Europa, in Übersee. Durchgehend. Oder von Station zu Station. Mit Umsteiger oder ohne. Von Husum nach Hongkong. Oder Sindelfin-

gen nach Singapur. Von Coatzacoalcos nach Köln. Oder Manaus nach München. Wenn es Ihnen nicht gleichgültig ist, wie pünktlich und zuverlässig Ihre Produkte ankommen. Wo immer sie hin sollen in der Welt und woher sie auch kommen. Wenn Transport für Sie eine Sache ist, bei der aber auch gar nichts schiefgehen darf.



Dann ist schon klar, was Sie wollen. Und wenn Sie brauchen. Nämlich den, der die Welt des Transports bestens kennt. Seit über 130 Jahren. Der Ihnen eine Transportkette nach Maß bieten kann. Von Europa nach Übersee oder umgekehrt. Einen Partner, der sich direkt vor Ort um Ihre Probleme kümmert. Und Ihnen jeden Ladehafen vor die Haustür bringt.

Dann sprechen Sie mit uns.



Tunnel oder nicht?

fu (London) - Am Kanal-Tunnel würde einiges stinken - nicht zuletzt die Auspuffgase einer suggerierten Armada kontinentaler europäischer Lastwagen...

Nichts gelernt

adh. - Geld weckt Begehrlichkeit. Bis zum Rand gefüllt, so hat die IG Metall ausgerechnet, sind die Kassen der deutschen Automobilkonzerne...

Auszug aus dem Revier

Von JOACHIM GEHLHOFF

Der Imageverlust wiegt schwer, auch wenn vorerst kaum Arbeitsplätze verlorengehen dürften. Dieses Fazit ergibt sich für das seit 28 Jahren vom immer noch unbewältigten Montan-Strukturwandel geprägte Ruhrrevier...

Vision liegen die Gründe konzerninterner Rason, die man bei der GHH für die Revierflucht anführt. Erstens hat die zwei Jahrhunderte dabeigebliene Montan-Gründerfamilie...

München, bislang schon Heimat für die Zentralen des größten deutschen Elektrokonzerns (Siemens) und des größten Flugzeugbau/Raumfahrtunternehmens (MBB)...

Zweitens hat der in früheren Glanzzeiten exzessiv dezentral geführte Konzern in seinen zwei vorletzten Geschäftsjahren so horrenden Verluste bei seiner für das halbe Gesamtgeschäft aufkommenden Tochter MAN, Augsburg...

Und doch paßt dieser Auszug der GHH auf fatale Weise in das seit Jahren gesungene Unternehmer-Klageged über die fortschreitende Industrialisierung der Düsselortler Landesregierung...

Das alles klingt zwar aus der Sicht der Konzernführung recht glatt. Und es wird auch noch mit dem Trostpflaster garniert, daß man zur Wahrnehmung der Führungsfunktionen im nördlichen Bereichfeld des Konzerns ein "Konzernbüro Nord" am Leben lasse...

Ein Radius von 30 Kilometern um I Mühlheim/Ruhr herum findet man sämtliche Produzenten, die ein Kernkraftwerk, das derzeit gewaltanspruchsvollste "High-Tech-Produkt" bauen könnten...

Das vielzitierte Süd-Nord-Gefälle, ein zweifelsfrei auch landespolitisch geförderter und somit verschuldeter Prozeß unterschiedlicher Wirtschaftsentwicklung unserer Tage...

GARTENFACHMESSE

Jetzt auch Katalysator für den Rasenmäher zu Haus

dpa, Köln

Rasenmäher mit Katalysator, Räubermücken im Postversand zur Schädlingsbekämpfung, Humus von Regenwürmern und Netze mit Schattenschutz...

Tendenz zu einem möglichst geräuscharmen Betrieb unverkennbar. Eine Firma offeriert einen Handrasenmäher, der flüstert anstatt wie üblich zu rattern.

Wie die Industrievereinigung Gartenbedarf in Düsseldorf vor Eröffnung der Kölner Gartenschmesse mitteilte, verfügen von den 25,5 Millionen Haushalten in der Bundesrepublik etwa zwölf Millionen über einen Garten...

Ob der Motorsrasenmäher mit Katalysator (Aufpreis etwa 150 bis 200 Mark), der angeblich bis zu 60 Prozent der Schadstoffe schluckt...

Da bleifreies Benzin zur Zeit zwei Pfennig teurer ist als unverbleiteter Verserkerkraftstoff, würde bei einer weiteren Senkung der Mineralölsteuer um drei Pfennig von Januar an bleifreies Benzin zwei Pfennig weniger kosten als bleihaltiges...

FORSCHUNGSFÖRDERUNG / Beihilfen wurden in diesem Jahr verstärkt genutzt

Wirtschaftsverbände sind gegen neue Programme für den Mittelstand

Die staatliche Förderung von Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft ist in diesem Jahr verstärkt genutzt worden. Bei den Beihilfen des Bundes für mittlere und kleine Unternehmen war die Nachfrage so groß...

Besonders stark gestiegen ist in diesem Jahr die Inanspruchnahme des Programms "Auftragsforschung und -entwicklung", nach dem Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft bis 500 Mill. Mark Jahresumsatz Zuschüsse erhalten können...

Die deutlich gestiegene Nachfrage führt die Arbeitsgemeinschaft Industrieller Forschungsvereinigungen (AIF) in Köln, die die Anträge entgegennimmt, auf die verbesserten Konditionen zurück...

US-AKTIENMÄRKTE

Wall Street ist enttäuscht von der Blitzprognose

An den US-Aktienmärkten bleiben die Investoren in Wartestellung, nachdem auch die Blitzprognose des Handelsministeriums über die Entwicklung des amerikanischen Bruttoinlandsprodukts im dritten Quartal 1985...

Die Börse braucht verlässliche Daten und erhält sie nicht. Noch mehr fach korrigiert wird auch dieser "Flash" - vermutlich nach unten, wie Präsident Fords Chefökonom Alan Greenspan meint...

AUF EIN WORT



Wir müssen uns auf Güter und Dienstleistungen konzentrieren, bei denen wir unseren Wettbewerbern technologisch-qualitativ überlegen sind...

IAA war erneut Publikumsmagnet

Die Internationale Automobilausstellung (IAA), die am Sonntagabend in Frankfurt mit dem traditionellen Hupkonzert endete, hat sich erneut als Publikumsmagnet entpuppt...

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Finanzminister einigten sich über Vorschläge an den IWF

Die Finanzminister der Europäischen Gemeinschaft haben sich am Wochenende auf Vorschläge geeinigt, die sie gemeinsam mit den Vertretern der beiden Beitrittsländer Spanien und Portugal auf den Tagungen des Internationalen Währungsfonds (IWF)...

MINERALÖLMARKT

Im Inland sind die Vorräte weiter abgebaut worden

Die Netto-Ölimporte (Rohöl und Produkte) der Bundesrepublik sanken im ersten Halbjahr um 2,6 Prozent gegenüber der Vergleichszeit 1984. Dabei ging der Inlandsatz aber nur um 0,5 Prozent zurück...

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Reagan erläutert seine Handelspolitik

Washington (tr) - US-Präsident Ronald Reagan wird heute seine Leitlinien zur Handelspolitik darlegen. Präsidentsprecher Larry Speakes sagte, der Präsident werde "solche Maßnahmen, die von der Regierung zur Förderung amerikanischer Exporte und zur Sicherung eines internationalen fairen Handelsklimas initiiert oder empfohlen werden" erläutern...

Mehr Insolvenzen

Wiesbaden (dpa/VWD) - Die Pleiteliste in der Bundesrepublik ebnet nicht ab. Wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mitteilte, gab es im Juli 1987 Anträge auf Konkurs oder Vergleich, das waren 23,5 Prozent mehr als im Juli 1984...

Streik beendet

Paris (AFP) - Die französischen Binnenschiffer, die seit Mitte August gegen den Rückgang ihres Frachtauf-

Mexiko: IWF will helfen

Washington (VWD) - Der Internationale Währungsfonds und die Weltbank prüfen zur Zeit finanzielle Hilfen für Mexiko nach der Erdbebenkatastrophe. Der Fonds erwägt dem Vermehrung nach einen Kredit von 300 Mill. bis 600 Mill. Dollar...

Londoner Kassapreise

Table with 3 columns: Commodity, 20.9, 13.9. Includes items like Kupfer, Zink, Gold, Silber, etc.

Abbildung Dezember

Abbildung Dezember; Abbildung November; A-Index-Preis Liverpool

Gut, Sie haben sich für Automobil-Leasing entschieden. Auch zu besten Konditionen?

Wie überall im Geschäftsleben ist Gleiches nicht immer gleich. Wir können Ihnen wirklich nur raten, sich zuerst an uns zu wenden. Und dann ruhig vergleichen! Nicht jeder kann durch Marken-unabhängigkeit Ihren persönlichen Wunschvorstellungen gerecht werden...



Hansa Automobil Leasing GmbH · Rosenweg 5 · 2000 Hamburg 50 · Tel. 040/8 53 06 02 · Telex 02/12138

TAIWAN / Der Konjunkturmotor Export ist ausgefallen

Auf den Boom folgte die Krise

HELMUT RÄTHER, Taipei
Zu Beginn dieses Jahres, als die Regierung Taiwans das reale Wirtschaftswachstum für 1984 mit 10,9 Prozent berechnete und bekannt gab, war in Taipeh das Wort „Weltspitze“ an der Tagesordnung. Diese Stimmung scheint inzwischen sehr weit zurückzuliegen und fast vergessen zu sein: „Flaute“ und „Krise“ werden dafür um so öfter gebraucht, wenn es um die Beschreibung der Situation geht.

Das allgemeine Unsicherheitsgefühl resultiert vor allem daraus, daß die Exporte stagnieren - sie waren in den vergangenen Jahrzehnten der entscheidende Wachstumsfaktor des Inselstaates mit 18,5 Millionen Einwohnern gewesen. Im 1. Halbjahr stiegen die Ausfuhren gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum nur noch um ein Prozent, im August lagen sie sogar um 9,7 Prozent unter denen des gleichen Monats 1984.

Die Investitionen, schon seit dem Beginn der achtziger Jahre rückläufig, sind weiter gesunken: Sie lagen in der 1. Hälfte dieses Jahres bei weniger als einem Fünftel des Bruttozolidprodukts - längst nicht ausreichend für ein gesichertes Wachstum. Die Fähigkeit zur Konkurrenz mit anderen Schwellenländern sank dadurch, daß im vergangenen Jahr das Lohnniveau um 16 Prozent anstieg, die Arbeitsproduktivität aber nur um 3,3 Prozent zunahm.

Ein „wirtschaftliches Reform-Komitee“, das Regierungschef Yu Kuo-hwa im Mai dieses Jahres einsetzte, war in erster Linie eine politische Antwort auf die Skandale, die seit Monaten das Land erschütterten hatten: Der Wirtschafts- und der Finanzminister mußten zurücktreten, nachdem das mehr als 100 Firmen umfassende Cathay-Konglomerat zusammengebrochen war. Noch kurz zuvor hatte die Regierung der Tenth Credit Cooperative, die zu dieser Gruppe gehörte, einen Kredit in Höhe von drei Mrd. Neuen Taiwan-Dollar (74,3 Mill. US-Dollar) gewährt. Immer noch wird in Taipeh darüber spekuliert, wieviel davon wohl als Bestechungsgeld in den Taschen hoher Staatsbediensteter gelandet ist.

Das Reform-Komitee hat bisher vor allem empfohlen, die Anreize für die Unternehmer zu erhöhen - die Körperschaftsteuer von gegenwärtig 22 bis 35 Prozent auf 15 bis 20 Prozent zu senken und den persönlichen Spitzensteuersatz, der jetzt bis zu 75 Prozent beträgt, auf 50 Prozent zu limitieren.

Professor Chive Chi, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Industrie im Komitee, wagt noch keine konkreten Prognosen über die möglichen Wirkungen solcher Maßnahmen. Ob die Unternehmer wirkliche Chancen sehen, wenn die Steuern niedriger werden, bleibt abzuwarten. Angesichts der politisch unsicheren Lage der Insel, die von der Volksrepublik China beansprucht wird, hat es auf Taiwan seit der Gründung des selbstständigen „Nationalchinas“ 1949 immer eine Vorliebe für das schnelle Geldverdiener gegeben. Zukunfts-Investitionen sind nicht gerade eine Spezialität gewesen. Und auch von der Bedrohung durch die Kommunisten auf dem Festland abgesehen, sieht die politische Situation nicht rosig aus.

Staatspräsident Chiang Ching-kuo, Sohn des 1949 vom Festland vertriebenen Staatsgründers und Generalissimus Chiang Kai-shek, ist 75 Jahre alt, leidet an Diabetes und tritt wegen seiner Gebrechlichkeit nur noch selten an die Öffentlichkeit. Regierungschef Yu, 71 Jahre alt, ist ein langjähriger Staatsbank-Gouverneur, dem Freunde und Gegner übereinstimmend jedes Charisma absprechen.

Vizepräsident Lee Teng-bui (62), der nach der Verfassung von Chiangs Tod sein Nachfolger würde, ist gebürtiger Taiwan-Chinese und hat kaum Verbindung zum Führungskreis der Politiker und Militärs, die praktisch alle vom Festland stammen. Niemand kann im Augenblick abschätzen, wer wirklich nach Chiang die Macht übernimmt. (dps/vwd)

GUTEHOFFNUNGSHÜTTE / Aufsichtsrat beschließt „zeitgemäße“ Struktur

Der Konzern wird neu geordnet

dpa/vwd, Oberhausen
Der Konzern der Gutehoffnungshütte wird neu geordnet. Nach Unternehmensangaben hat der Aufsichtsrat den Vorstand am Freitag beauftragt, 1986 die bisherige Muttergesellschaft GHH-Gutehoffnungshütte Aktiengesellschaft, Oberhausen, mit der Tochter MAN Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG zu einer neuen Obergesellschaft zu verschmelzen. Wie in einem Teil der Auflage bereits gemeldet wurde, sollen gleichzeitig der Konzernaufbau gestrafft sowie die Organisations- und Führungsstruktur „zeitgemäß“ ausgerichtet werden. Der aktienrechtliche Sitz wird von Oberhausen nach München verlegt.

Vor der Verschmelzung sollen die MAN-Unternehmensbereiche Nutzfahrzeuge, Maschinen und Anlagen und der Bereich neue Technologie in Kapitalgesellschaften ausgegliedert werden. Der derzeit mehrstufige Konzernaufbau mit nahezu völlig dezentralisierter Verantwortung wird aufgegeben. Es ist vorgesehen, die noch ausgliedernden MAN-Unternehmensbereiche sowie die MAN-Roland Druckmaschinen AG, die MAN-B+W Diesel GmbH, die Ferrostaal AG, die Zahnradfabrik Renk AG sowie die Degenderfer Wert und Eisenbau GmbH einschließlich ihrer Beteiligungen in einem „Kernkonzern“ zusammenzufassen.

Zur Obergesellschaft gehören außerdem als wesentliche Beteiligungen die SMS Schloemann-Siemag AG, die Kabel- und Metallwerke Gutehoffnungshütte AG, die Schwäbische Hüttenwerke GmbH und die Deilmann-Haniel GmbH.

Für die Zusammenführung der Verwaltungen von GHH und M. A. N. in Oberhausen, Nürnberg und Augsburg wird ein längerfristiges Programm entwickelt. Für Führungsaufgaben im nördlichen Bereich soll ein „Konzernbüro Nord“ bestehen bleiben. Vor der Verschmelzung von GHH und M. A. N. muß mit Hilfe von Bewertungsgutachten ein „angemessenes Verhältnis“ für den Aktienumtausch ermittelt werden.

Nach Angaben des Vorstands wurde im Geschäftsjahr 1984/85 (30. Juni) nach Verlustausweisen für 1982/83 (84

Millionen DM) und 1983/84 (59 Millionen DM) erstmals wieder ein positives Konzern-Jahresergebnis erzielt. Nachdem in den beiden Vorjahren umfangreiche innere Reserven zur Reduzierung der Verluste mobilisiert worden waren, ließ 1984/85 das Ergebnis aus dem laufenden Geschäft (150 Millionen DM) die Wiederauffüllung der seit 1982 bei MAN verbrauchten Vorsorgen zu. Der bei der MAN angefallene a.o. Ertrag aus dem Verkauf der Beteiligung an der MTU Motoren- und Turbinen Union GmbH erlaubt darüber hinaus, die offenen Rücklagen um 375 Mill. DM anzuzweckern.

Zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage haben den Angaben zufolge alle Konzernunternehmen beigetragen - besonders die MAN, die nach umfangreichen Strukturmaßnahmen erstmals wieder ein ausgeglichenes Ergebnis aus dem laufenden Geschäft erzielte. Umsatzzahlen für 1984/85 wurden nicht genannt. Im Jahr zuvor hatte der Konzern mit knapp 74 000 Mitarbeitern über 16,6 Milliarden DM umgesetzt.

Weniger private Handwerker in Polen

J. G. G. Boan
Der Boom von Neueröffnungen von privaten Handwerksbetrieben ist in Polen abrupt gebremst worden, berichtet das KP-Zentralorgan „Trybuna Ludu“. In den ersten sieben Monaten dieses Jahres haben etwa sieben Prozent der Betriebe geschlossen, die Tendenz ist weiterhin stark negativ. Während früher die Schließungen durch Neueröffnungen zumindest ausgeglichen oder meist überboten wurden, sind die Neuanmeldungen jetzt kaum nennenswert, heißt es. Zwanzig Prozent der Betriebe, die dieses Jahr geschlossen wurden, wurden zwischen 1981 und 1983 gegründet. Zu Jahresbeginn gab es in Polen noch insgesamt 315 000 private Handwerksbetriebe.

Als Gründe für die Schließungen nennt das Blatt die hohen Umsatz- und Einkommensteuern, die miserable Material- und Rohstoffversorgung der Betriebe, die abnehmende Kaufkraft des Zlotys, die Preissteigerungen und die damit verbundene zunehmende Zurückhaltung der Kunden. Obwohl die Betriebe bis zu drei Jahren nach ihrer Gründung Steuerermäßigungen erhalten, sind sie dennoch nicht in der Lage, danach zu überleben, heißt es weiter.

Die Militärregierung Nigerias hat zwei Sonderabschlüsse geschaffen, die die Auswirkungen eines möglichen neuen Kredits des Internationalen Währungsfonds (IWF) und die Verpflichtungen des Landes im Kompensationshandel prüfen sollen. Dies wurde aus offizieller Quelle in Lagos bekannt. Präsident General Ibrahim Babangida hatte Ende August kritisiert, daß die Kompensationshandelsabkommen von gegenwärtig rund 2,3 Mrd. Dollar Nigeria verpflichten, ausländische Erzeugnisse zu einem zu hohen Preis zu erwerben. Die wichtigsten Partner Nigerias im Kompensationshandel sind Italien (Baumaschinen), Brasilien (Autoeinzeln) und Frankreich und Österreich (Ausrüstungsgüter). Diese Lieferungen erfolgen im Austausch gegen Erdöl. General Babangida hatte andererseits erklärt, er wolle Nigeria bei den seit zwei Jahren anhaltenden Verhandlungen mit dem IWF aus der Sackgasse führen. Die Militärregierung muß gegenwärtig 44 Prozent der Exporteinnahmen für den Schuldendienst einsetzen. Die wichtigsten Gläubiger lehnen weitere Kredite ab, solange Nigeria keine Einigung mit dem IWF erzielt hat.

ITALIEN / Bis 2000 soll die Verbindung zwischen Sizilien und dem Festland fertig sein

Ehrgeizige Großbauprojekte geplant

GÜNTHER DEPAS, Mailand
Italien wird noch vor der Jahrtausendwende über eine feste Verbindung zwischen Sizilien und dem süditalienischen Festland verfügen. Regierung und Parlament wollen noch vor Jahresende eine Entscheidung über die Art dieser Verbindung - Tunnel oder Hängebrücke - treffen und das Ausgabengesetz dafür verabschieden. Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit wird die Wahl dabei auf die Brücke fallen, die von den Experten als beste Lösung vorgeschlagen wird.

Nach den Plänen der 1977 gegründeten Meerenge-von-Messina-Gesellschaft, deren Mehrheit bei der Staatsholding Ir liegt und an der unter anderem auch der private Fiat-Konzern beteiligt ist, soll bis spätestens Ende 1987 mit der konkreten Projektphase begonnen werden. Der Baubeginn ist für 1988/89 vorgesehen. Die Baukosten sind auf 4000 bis 5000 Mrd. Lire, die Bauzeit auf sieben bis acht Jahre veranschlagt. General-Unternehmen des Bauvorhabens wird die Ir-Anlagen-Baugesellschaft Italtal, die sich dabei hauptsächlich auf süditalienische Firmen und Lieferanten stützen wird. Ir, besonders spezielle Arbeiten, sollen Ir-Präsident Romano Prodi zufolge auch ausländische Unternehmen herangezogen werden.

Die Verbindung der Meerenge von Messina gehört zu den großen öffentlichen Bauprojekten, die die italienischen Staatsbetriebe in den nächsten Jahren in Angriff nehmen wollen. Im Vierjahresplan (1985 bis 1988) der Staatsholding Ir ist vorgesehen, den Anteil der Investitionen für Infrastruktur- und Raumordnungsprojekte von bisher zehn auf 15 Prozent der Gesamtinvestitionen zu bringen. Außer den Planungsausgaben für das Messina-Projekt gehört dazu vor allem der Bau neuer Autobahntrassen und -anschlüsse. Insgesamt plant die Ir-Autobahngesellschaft Società Autostrade für den Autobahnbau in der Vierjahresperiode bis 1988 rund 8600 Mrd. Lire ein. Zu den wichtigsten Projekten gehören in diesem Zusammenhang der Bau einer neuen Autobahn auf der Apennin-Trasse, die westlich von Bologna abzweigt und weitgehend parallel zu

FRANKREICH / Das Echo auf den Haushaltsentwurf

Unternehmer sind unzufrieden

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris
Die Finanzkommission der französischen Nationalversammlung hat den Haushaltsplan der Regierung für 1986 sehr kühl aufgenommen. Die Vertreter der Oppositionsparteien erkennen zwar an, daß dies kein „Wahlbudget“ ist. Sie halten es aber vor allem wegen der ehrgeizigen Inflationshypothese (3,4 Prozent) für „unglaubwürdig“. Die sozialistische Regierungspartei hält demgegenüber das Expansionsziel von real 2,1 Prozent für „zu wenig ehrgeizig“.

Daß die Gewerkschaften mit dem Projekt nicht einverstanden sind, ist verständlicher. Dem zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Verbesserung der Kaufkraft wird viel mehr getan. Die Regierung will vielmehr den Lohnanstieg unter den Preisanstieg halten. Sie glaubt allerdings, dank der neuen Einkommenssteuersenkung eine Verbesserung der Reallohnsumme um 1,1 Prozent herbeiführen zu können. Dagegen überschreitet die sehr negative Stellungnahme des Patronats. Die Ermäßigung der Körperschaftsteuer erscheint den Unternehmen völlig unzureichend. Vor allem aber beklagen sie, daß die staatlichen Subventionen an die Wirtschaft gekürzt werden sollen. Genau dieser Schritt aber macht in internationalen Finanzkreisen einen sehr guten Eindruck. In den letzten Tagen zog der Franc gegenüber sämtlichen Devisen an.

Selbst die D-Mark wurde am Pariser Devisenmarkt deutlich schwächer notiert (zuletzt 3,0475 Franc bei einer offiziellen Parität von 3,0665 Franc), obwohl sie international wegen der Dollarbaiss attraktiver wurde und die Banque de France am Devisenmarkt D-Mark kaufte sowie ihren Leitzins am Geldmarkt am Donnerstag um ein Viertel auf 9,4 Prozent herabsetzte. Der Zinsabstand zur Bundesrepublik bleibt damit (in Punkten, aber nicht prozentual) immer noch etwas größer als der Inflationsabstand.

Zinspolitisch, insbesondere was die Staatsausgaben für den Schuldendienst betrifft, geht der Haushaltsplan davon aus, daß der Dollarkurs im Durchschnitt des nächsten Jahres 8,50 (zur Zeit 8,70) Franc erreicht und daß für das Faß Rohöl 25 Dollar zu bezahlen sind. Unter diesen Hypothesen wird ein kleiner Außenhandelsüberschuß von fünf Mrd. Franc erwartet gegenüber einem auf zehn Mrd. Franc geschätzten Defizit für dieses Jahr. Mengennäßig soll die Einfuhr 1986 um 3,7 Prozent und die Ausfuhr um 3,4 Prozent steigen, was eher pessimistisch erscheint. Wie weit das Budget zur Ausführung gelangt, hängt allerdings von den nächsten Wahlen ab. Nach dem Wahlsieg der Linken vom Frühjahr 1981 war es zu einem Nachtragshaushalt der „Volksbeglückung“ gekommen. Diesmal könnte die Rechte, wenn sie die Wahlen gewinnt, versterkt sein, den Unternehmen zu einer stärkeren Expansion zu verhelfen.

KANALTUNNEL / Britische Seehäfen beteiligen sich

Drei Pläne stehen zur Wahl

WILHELM FURLER, London
Die Associated British Ports Holdings, die Betriebsgesellschaft von 19 britischen Häfen, hat für 250 000 Pfund (knapp 975 000 Mark) eine zehnprozentige Beteiligung an der Projektgruppe zum Bau einer festen Kanalverbindung, Euroroute, erworben. Wie ein Sprecher der Associated British Ports gegenüber der WELT betonte, ist die Entscheidung für eine Beteiligung an Euroroute wegen der sich häufenden Hinweise darauf getroffen worden, daß sich die Regierung Thatcher für dieses Kanalprojekt entscheiden wird.

Während Euroroute als feste Kanalverbindung eine Kombination aus Brücken und Tunnel vorsieht, deren Baukosten zu gegenwärtigen Preisen bei 4,5 Mrd. Pfund (17,5 Mrd. DM) liegen sollen, ist das Hauptkonkurrenzprojekt mit der Bezeichnung „Channel Tunnel“ auf eine Tunnelversion ausschließlich für den Schienenverkehr ausgerichtet mit zwei parallelen Röhren zu Baukosten von entsprechend nur zwei Mrd. Pfund (7,8 Mrd. DM). Ein drittes Projekt, dem aber kaum Chancen eingeräumt werden, sieht eine Autobahn-Hängebrücke mit 18 je weils zwei Kilometer langen Segmenten für 2,5 Mrd. Pfund vor. Wie es heißt, favorisiert die Mehrheit im Thatcher-Kabinett das Euroroute-Projekt, sofern für die Finanzierung keine öffentlichen Gelder einzusetzen sind. Noch vor Ende dieses Jahres wird die Regierung entscheiden, ob sie für die feste Kanalverbindung grünes Licht gibt und welchem der Projekte der Vorzug gegeben wird. Für die Brücken-Tunnel-Version spricht insbesondere die Tatsache, daß eine reine Bahnverbindung der Willkür der Eisenbahner-Gewerkschaften auf beiden Seiten ausgesetzt wäre.

Der Rest fällt unter die Bestimmungen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt). Er rechnet damit, daß hierdurch in den nächsten sechs Monaten 400 Mill. Rand (etwa 440 Mill. DM) aufgebracht würden. Mit Hilfe dieser Gelder sollten neue Arbeitsplätze geschaffen und kleineren Unternehmen Hilfen gewährt werden, sagte du Plessis weiter. Er kündigte zudem eine Lockerung der Beschränkungen bei Autokäufen an.

GETREIDE / Bericht des Internationalen Weizenrates

Weltweit schlechtere Ernte

AFP, London
Der Internationale Weizenrat (IWC) geht jetzt nach eigenen Angaben von einer Weltenernte von 515 Millionen Tonnen (MT) aus, nachdem 90 Prozent der Ernte eingefahren sind. Dieses Ergebnis liegt sechs Millionen Tonnen unter dem Rekordergebnis des Vorjahres. Noch im Juli war das Londoner Gremium davon ausgegangen, daß es mit 522 MT übertraffen werde. In dem IWC-Bericht wird hervorgehoben, daß in den letzten zwei Monaten die Prognosen vor allem für Kanada, China und verschiedene Länder Osteuropas zurückgenommen werden mußten. Der erstmals seit sechs Jahren verzeichnete Ernteabfall wird in erster Linie auf ungünstige Witterungsbedingungen zurückgeführt. Andererseits müsse besonders in West- und Osteuropa mit geringerer Qualität des Weizens gerechnet werden, von dem größere Mengen als erwartet nur als Viehfutter verwendet werden können. Eine Ausnahme bilde die Sowjetunion, wo im Gegenteil mit besseren Qualitäten als im Vorjahr gerechnet wird. Die sowjetische Ernte werde mit erwarteten 86 MT um 11 MT über der von 1984 liegen, ohne jedoch den Rekord von 1978 (120 MT) auch nur annähernd zu erreichen. Die „DDR“ dürfte ihr im Vorjahr erzielt bestes Ergebnis (11,3 MT) um etwa 0,4 MT übertreffen. Auch in Polen könne mit höheren Erträgen (6,2 MT) gerechnet werden, während Bulgarien (3,5 MT) gegenüber 4,6 MT im Vorjahr die schlechtesten Weizenenernte seit mehreren Jahren einbringen werde.

In den Mitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaft, wo die Anbauflächen um drei Prozent verringert wurden, sind nach Angaben des IWC die durchschnittlichen Hektarerträge mit 52 Doppelzentnern geringer als 1984 (56 DZ). Die Ernte insgesamt werde mit 66 MT rund 11 Prozent unter der des Vorjahres liegen. In der Bundesrepublik wird der Ertrag (9,6 MT) sechs Prozent geringer sein, in Italien (8,9 MT) elf Prozent. In Frankreich (28,8 MT) zwölf Prozent. In Österreich wird ein etwa gleiches Ergebnis wie 1984 erwartet, während in der Schweiz eine 10prozentige Verringerung zu verzeichnen sei.

RENTENMARKT / Spekulative Positionen bereinigt

Zinsen leicht gestiegen

Die Zinsen sind weiter leicht gestiegen. Begründet wird das zwar immer wieder mit der Unsicherheit über die Zinsentwicklung in den USA; doch gegenüber dieser Erklärung ist Vorsicht angebracht. Was sich jetzt abspielt, ist eine Bereinigung von spekulativen Positionen, die im Sommer in der Hoffnung auf einen von den USA angetriebenen weiteren Zinsrückgang in der Bundesrepublik aufgebaut worden waren. Viele Profis am Rentenmarkt haben „kalte Füße“ bekommen, als sich beim Dollar und bei den amerikanischen Zinsen ein „Dreh“ ankündigte. Dieses Material drückt jetzt auf den Markt. Hinzu kommt, daß sich für die mit „Ausländerkonditionen“ emittierten Anleihen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und Nordrhein-Westfalens keine Käufer finden. Inländern sind die gebotenen Renditen zu niedrig, und Ausländer kaufen fast nur Bundesanleihen. Die Hoffnung auf eine Entspannung zum Kupontermine am 1. Oktober könnte sich als trügerisch erweisen. (cd.)

Table with 5 columns: Emissionen, 28.9.85, 13.9.85, 28.12.84, 30.12.83, 30.12.82. Rows include Anleihen von Bund, Bahn und Post; Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände; Schuldverschreibungen von Sonderinstituten; Schuldverschreibungen öffentl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften; Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit; Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit; Inländische Emittenten insgesamt; DM-Auslandsanleihen.

„Komfort ist für mich kein Luxus, sondern ein Muß. Deshalb auf meinen Geschäftsreisen nach Finnland meist FINNAIR.“
Die FINNAIR Executive Class ist die Klasse für Geschäftsreisende. Mit bequemen Sitzen und mehr Beinfreiheit in einem separaten Abteil. Mit 30 kg Freigepäck pro Person. Mit vorzüglicher Küche, Champagner und erlesenen Weinen. Mit Abfertigung am Executive-Schalter in Helsinki. Und als besonderer Service: Check-In-Möglichkeit im Hotel Intercontinental Helsinki und Executive-Lounge am Flughafen. Soviele mehr Komfort zum Normaltarif sollten Sie sich leisten.

Diemar Spielmann, Geschäftsführer, Objektfam, Kronberg
TÄGLICH AB FRANKFURT UND HAMBURG. NONSTOP nach HELSINKI ab HELSINKI
FRA 09.40 - 13.10 FRA 07.00 - 08.30
HAM 14.30 - 17.20 HAM 08.00 - 08.55
FRA 21.10 - 00.40 FRA 18.05 - 19.40
Flüge nach und von Finnland im Pool mit Lufthansa
Buchungen und weitere Informationen in Ihrem Reisebüro.
FINNAIR
Komfort den Sie brauchen

BEHRENS / Harter Wettbewerb beim Etikettendruck

Weiter im Aufwärtstrend

DOMINIK SCHMIDT, Alfeld
Bei der Ernst C. Behrens Verpackungs- und Druckerei GmbH, Alfeld, hält die günstige Entwicklung des Vorjahres, wenn auch etwas abgeschwächt, weiter an. Ernst Martin Behrens, geschäftsführender Gesellschafter des Unternehmens, das in diesen Tagen auf das 125-jährige Bestehen zurückblickt, rechnet für 1985 mit einem Umsatzzuwachs um rund 4 Prozent. Im Jahre 1984 hatte die Firma, die sich zu den führenden deutschen Herstellern von farbigen bedruckten Verpackungen zählt, den Umsatz um fast 20 Prozent auf 53 (45) Mill. DM ausgeweitet. Preisrückführungen, so Behrens, hätten dabei ebenso wie im laufenden Jahr keine Rolle gespielt.

HAUX / Stromerzeugendes Textilunternehmen

Zum Jubiläum zuversichtlich

LOLA SCHAUFUSS, Bonn
Die Haux-Gruppe, nach eigenen Angaben eines der führenden Unternehmen der Textilindustrie auf der schwäbischen Alb sowie eines der größten privaten Stromerzeugungsunternehmen Baden-Württembergs (Jahresproduktion: 100 Mill. KWh), feiert sein 100-jähriges Bestehen. Anlässlich dieses Jubiläums beurteilt die Familienunternehmerin seine Entwicklung als äußerst positiv und geht mit Vertrauen in sein zweites Jahrhundert.

RADMER BAU / Reduzierung des Wohnungsbaus ohne große Probleme bewältigt

Kapazitäten ausreichend ausgelastet

DANKWARD SEITZ, München
Für die Bauwirtschaft gibt es derzeit nach Ansicht von Thomas Radmer, Vorstandsvorsitzender der Münchner Wilhelm Radmer Bau AG, kaum Hoffnung, daß die nächsten Jahre leichter werden könnten. Angesichts der hohen Überkapazitäten von 15 bis 20 Prozent sei nicht vor 1987 mit einem Ende des harten Verdünnungswettbewerbs und des Schrumpfungsprozesses in der Branche zu rechnen. Kaum etwas ändern könnten daran auch die von der Bundesregierung beschlossenen Stützungsprogramme.

APPLE / Mit rasantem Wachstum nicht Schritt gehalten

Geniale Gründer resignierten

dpa/VWD, Cupertino
Als US-Präsident Ronald Reagan vor einiger Zeit einmal seinen jungen Landsleuten Berufsberatung erteilte, empfahl er ihnen legendäre Unternehmer als Beispiel: „Jene zwei College-Studenten, die aus der Garage heraus eine der großen Computer-Firmen Amerikas gegründet haben“.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

China-Antrag für MAN

Augsburg (dpa) - Drei Kraftmaschinen mit zehn Großdieselmotoren und einer Gesamtleistung von rund 90 000 Kilowatt wird die MAN-B&W Diesel GmbH, Augsburg, in die Volksrepublik China liefern.

Tochter in Düsseldorf

Düsseldorf (sas) - Die Unternehmensgruppe Kode Internationale PLG, Swindon (Großbritannien), Anbieter von Informations- und Kommunikationstechnologie, ist jetzt auch in der Bundesrepublik durch die Gründung der 100prozentigen Tochter Kode Internationale GmbH, Düsseldorf, vertreten.

Kapitalschnitt angekündigt

Gerstetten (VWD) - Zur Deckung von Verlusten will die Walther Electronic AG, Gerstetten, einen Kapitalschnitt vornehmen und das Grundkapital anschließend wieder erhöhen.

Asbest-Institut schließt

Neuss (dpa) - Das Institut für angewandte Faserstaub-Forschung in Neuss - ein „Selbstkontroll-Organ der Asbest-Forschung“ - schließt zum Jahresende nach elfjähriger Tätigkeit seine Pforten.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

A. Grass/H. Wehmeyer: Lohnsteuer leicht gemacht. Badolf Hanke Verlag, Freiburg 1985, 247 S., 24,80 Mark.
Der Lohnsteuerjahresausgleich ist keineswegs der einzige Anlaß, diese bewährte Broschüre, die versucht, das Steuerrecht aufzubrechen, zur Hand zu nehmen.

M. Domsch/E. Jochum (Hrsg.): Personal-Management in der industriellen Forschung und Entwicklung. C. Heymanns Verlag, Köln 1985, 364 S., 88 Mark.
Den wirtschaftlichen Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte wird man wirksam nur begegnen können, wenn in der Industrieforschung bedarfsgerechte und international wettbewerbsfähige Produkte und Verfahren entwickelt werden.

Für Unternehmer, die jetzt ihre Chance nutzen wollen: unser Investitionsdarlehen.
Viele Unternehmen - gerade auch mittelständische Betriebe - haben sich entschieden, jetzt zu investieren.
Für die langfristige Finanzierung ihrer Investitionen und auch zur Ablösung bestehender Zwischenkredite bietet unser Investitionsdarlehen die optimale individuelle Lösung.

Wochenschlußkurse

Table with columns for New York, Toronto, and Tokyo stock markets, listing various companies and their closing prices.

Dresdner Bank advertisement featuring a large graphic of a stylized 'D' and 'B' logo, with text describing investment services and contact information for Berlin.

ERGEBNISSE

Table with 2 columns: Team names and scores. Includes Dortmund-Frankfurt, Leverkusen-Bochum, etc.

DIE SPIELE

Dortmund - Frankfurt 4:2 (0:1)
Leverkusen - Bochum 4:2 (2:0)
München - Nürnberg 2:1 (1:1)
Bremen - Mannheim 2:2 (1:1)

Bremen - Mannheim 2:2 (1:1)
Bremen: Burdulis - Peszy - Ruländer, Kutzop (68. Wölter) - Schast, Sidka, Votava, Okudera, Meier - Franke, Nowitz, Völter - Mammert, Zimmermann - Sebert - Kohler, Tsionanis, Dickgießer, Schindwein, Scholz, Schön - Gaudino (82. Walter), Bühner, Bark (73. Tröck) - Schiedsrichter: Brotska (Gelsenkirchen) - Tore: 0:1 Remak (2), 1:1 Kutzop (23., Fouleitmeter), 2:1 Meier (72.), 2:2 Walter (88.), 2:3 Zschauer (93.00) - Gelbe Karten: Völter (2), Dickgießer, Zimmermann (2), Tsionanis (2)

Stuttgart - Köln 5:0 (2:0)
Stuttgart: Roderer - Zietech - Schäfer, K.-H. Förster - Müller, Allgöwer, Buchwald, Sigurimann (82. Fritz), Nushör - Klinsmann, Wolf (73. Reibert) - Köln: Schumacher - van de Korput - Hörberich - Steiner - Gella, Hartwig (81. Häfner), Pisanzi, Gellendörben, Engels - Littbarski, Dickel (64. Görgen) - Schiedsrichter: Föckler (Weissenhof) - Tore: 1:0 Sigurimann (21.), 2:0 Klinsmann (30.), 3:0 Klinsmann (61.), 4:0 Klinsmann (79.), 5:0 Allgöwer (86.), 5:1 Zschauer (93.00) - Gelbe Karten: van de Korput (3), Gella (2)

M'gladbach - Düsseldorf 5:1 (1:0)
M'gladbach: Sude - Bruns - Borowka, Drehsen - Winkhold, Harlovsen (75. Herber), Rahn, Hochstättner, Frischek (80. Finkell) - Mill, Lienesch - Düsseldorf: Geleiner - Dusend - Bunte, Grabotin - Bockelmeier, Kaiser, Klein, Thomas (70. Demant), Weid - Thiele, Kuntz, Schuster - Schiedsrichter: Kersch (Eschweiler) - Tore: 1:0 Bruns (43.), 2:0 Mill (47.), 3:0 Hochstättner (62.), 4:0 Rahn (84., Fouleitmeter), 5:0 Mill (77.), 5:1 Demant (87.) - Zschauer: 17 Körner (88.00) - Gelbe Karten: Kaiser (3), Dusend (2), Bunte

München - Nürnberg 2:1 (1:1)
München: Pfaff - Augenthaler - Eder, Pflüger - Winkhofer (75. Beterlorzer), Dremmler (85. Hartmann), Lerby, Rummenigge, Willmer - Hoeneß, Wohlfarth - Nürnberg: Grüner - Günter - T. Brunner, Grabamer - Reuter, Geyer, Dörmer, Blittorf, Wagner - Stenzel (88. H. Brunner), Eckstein - Schiedsrichter: Jupp (Mühlal) - Tore: 0:1 Reuter (21.), 1:1 Lerby (24.), 2:1 Rummenigge (31.) - Zschauer: 74 000 (ausverkauft) - Gelbe Karten: Lerby (3), Pfaff, Grabamer (4)

Hannover - Saarbrücken 2:0 (1:0)
Hannover: Raps - Heilberg - Kuhlmeier, Vjetrovic - Giesel, Thomas (46. Fieck), Heidenreich, Baier, Ronge - Reich (73. Schaub), Güe - Saarbrücken: Kallner - Boyson - Kruszynski (46. Foda), W. Müller (87. Mohr) - Szesni, Muntubild, Jamho, Blättel, Jusufi - Hönnscheidt, D. Müller - Schiedsrichter: Weber (Essen) - Tore: 1:0 Güe (18.), 2:0 Schaub (78.) - Handeltorwart: Zschauer: 30 000 - Gelbe Karten: Güe, Jusufi (2), W. Müller (2), Blättel, Hönnscheidt - Rote Karte: Vjetrovic

Schalke - Hamburg 1:0 (1:0)
Schalke: Junghans - Dietz - Schipper, Roth, Dierßen, Kleppinger, Hartmann, Oritz, Thon - Bielebagen, Käußer (89. Kruse) - Hamburg: Stein - Plessers - Kaltz, Jacobs - Wehmeyer (63. McGehee), Lux, Rott, Kroth, Magath - Gründel von Hoese - Schiedsrichter: Ermer (Weiden) - Tore: 1:0 Thon (23.) - Zschauer: 19 460 - Gelbe Karten: Schipper (2), Jacobs (2)

K'lautern - Uerdingen 5:1 (2:0)
K'lautern: Ehrmann - Dusek - Wolf, Majewski - Moser (78. Meizer), Gey, Ellentfeld, Schupp (78. Hoo), Bielebagen, Herget - Uerdingen: Vollack - Herget - Wöhrin, Klingner - Bommer, W. Funke, F. Funke, Brinkmann, Buttgerit (34. Raschid) - Edvaldsen, Gudmundsson - Tore: 1:0 Trunk (18.), 2:0 Alloys (41.), 3:0 Trunk (49.), 4:1 Bommer (70., Fouleitmeter), 4:1 Alloys (77.), 5:1 Alloys (89.) - Zschauer: 17 000 - Gelbe Karten: Brehme (3), Wolf (2), Herget (3), Brinkmann (2), Raschid, Bommer

Freitag, 27. 9., 20 Uhr:
Uerdingen - Saarbrücken (-)
Samstag, 28. 9., 15.30 Uhr:
Düsseldorf - München (-)
Nürnberg - Stuttgart (-)
Köln - Schalke (-)
Hannover - Hannover (-)
K'lautern - Dortmund (-)
Frankfurt - Leverkusen (-)
Bochum - Breme (-)
Mannheim - M'gladbach (-)
In Klammern die Ergebnisse der letzten Saison.

Beckenbauer vor dem Schweden-Spiel: „Wir tun viel für die Abwehr“

ULFERT SCHRÖDER, München
Am Samstagabend zog er, zünftiger Münchner durch und durch, hinaus zum Oktoberfest. Am Sonntag morgen dann, nach bayerischen Schmankerln, ein paar Maß und viel Rumata, begann für Franz Beckenbauer der Ernst des Lebens. Flug von München nach Frankfurt. Mittags um eins Training im Stadion. Und dann ab nach Stockholm.

Noch einen Punkt brauchen die Nationalelf und ihr Chef, um den Weg nach Mexiko zur Weltmeisterschaft frei vor sich zu haben. Deshalb flogen sie, entgegen der Gepflogenheit, schon am Sonntag an den Ort des Spiels. „Damit wir genug Zeit zu intensiver Vorbereitung haben“, sagte Beckenbauer.

Thielen: Ich werde nicht herumbrüllen und einzelnen Spielern drohen, daß sie rausfliegen, denn das hat überhaupt keinen Sinn. Ich war nach dem Debakel im Neckarstadion in der Kabine, und da habe ich gesehen: Diese Mannschaft ist klinisch tot, da helfen keine Strafen.

WELT: Was ist also der Ausweg?
Thielen: Gegen Schalke am Samstag sollen alle Spieler und Trainer die Chance haben, sich zu rehabilitieren.
WELT: Und wenn alles so bleibt?
Thielen: Dann muß gehandelt werden.

WELT: Konkret, bitte.
Thielen: Vielleicht müssen wir uns dann von einigen Herren trennen.
WELT: Kommen auch Neueinkäufe in Betracht?
Thielen: Ich gebe zu, uns fehlt ein Stürmer. Aber wo ist der Mann, der zu haben ist?

WELT: Sie hätten ja Thomas Allofs kaufen können, der die Mannschaft torgefährlicher und attraktiver gemacht hätte.
Thielen: Der Spieler wollte vielleicht, aber bei den Verhandlungen wurde mir klar, die Lauterer wollen ihn gar nicht verkaufen.

WELT: In Köln, so sagt man, stimmt die Mischung nicht. Wenigen erstklassigen Spielern steht viel Mittelmaß gegenüber. Und auch die Altersstruktur hat einen Bruch.
Thielen: Wie meinen Sie das?
WELT: Sportlich fehlt das gute

Die anderen hielten sich, was den Gehalt an Erfrischem betraf, einigermaßen in Grenzen. „Ja, ich hab's gehört und gesehen, auf dem Bildschirm, wie der Rudi Völler dem Schlappi den Hut vom Kopf gerissen hat“, sagt Beckenbauer, „natürlich gehört sich das nicht. So was darf halt nicht passieren. Andererseits: Manchmal ist einer so verärgert, daß ihm mal der Kragen platzt.“

Die Angelegenheit, sagt Beckenbauer, sei erledigt für ihn, „weil sich Völler ja bei Schlappi später entschuldigt“ habe.

Toni Schumachers Frust - wieder kein Sieg und gleich fünf Tore im Kasten - hält Beckenbauer für nicht so schwer oder so bedenklich, daß der Kölner Schonung seiner Nerven

bedürfe. „Wie mir Horst Köppel berichtet hat“, sagt Beckenbauer, „hat Schumacher eine zweistellige Kölner Niederlage verhindert. Er hat also sehr stark gespielt, er hat eigentlich gar keinen Grund, frustriert oder nervös zu sein.“

Auf Littbarski freilich wirft die miserable Leistung der Kölner lange Schatten. „Er war nicht gut, habe ich gehört, wir werden sehen, was mit ihm geschieht“, sagte Beckenbauer. Hinter Littbarski steht also noch ein ziemlich Fragezeichen. Ansonsten hat der Teamchef seine Mannschaft fest umrissen auf dem Papier. Auch der nach dem Moskauer Länderspiel arg gerügte Berthold gehört dazu. „Natürlich auch“, sagte Beckenbauer, „weil Matthias fehlt.“

Beckenbauer hietet eine Elf mit stark defensivem Charakter auf. Jakobs und Förster im Abwehrzentrum als Gegner der beiden schwedischen Sturmstürmer, unterstützt von Libero Herget. Dann, gemischt als Mittelfeld und Außenverteidiger, Berthold, Brehme, Briegel, Magath und Littbarski oder der Stuttgarter Allgöwer. Und vorne, als Spitzen, Rudi Völler und Karl-Heinz Rummenigge.

Beckenbauer liebt mit Allgöwer, weil der „in der Offensive stark ist und in der Defensive mehr bringt als Littbarski und weil er außerdem aus großer Distanz ganz gefährlich schießen kann“.

Von seinen Eindrücken beim Training, sagt Beckenbauer, werde er seine endgültige Entscheidung abhängig machen. Das Arbeitsprogramm ist ganz auf das Spiel abgestimmt. „Wir werden viel für die Abwehr tun“, sagt Beckenbauer, „wir werden das Zweikampfvverhalten schulen, Standardsituationen üben und taktische Manöver spielen treiben.“

Das Aufgebot: Schumacher (Köln), Stein (Hamburg) - Augenthaler (München), Berthold (Frankfurt), Brehme (Kaiserslautern), Buchwald, Förster (beide Stuttgart), Herget (Uerdingen), Jakobs (Hamburg) - Allgöwer (Stuttgart), Briegel (Verona), Magath (Hamburg), Meier (Bremen), Thon (Schalke) - Littbarski (Köln), Mill (Gladbach), Rummenigge (Mailand), Völler (Bremen).

FUSSBALL / Zehn Tore kassierten Fortuna Düsseldorf und der 1. FC Köln diesmal, da stellte Karl-Heinz Thielen fest:

„Diese Mannschaft ist klinisch tot, da helfen keine Strafen“

Von HEINZ STUMM
Düsseldorf am (Tabellen-)Ende, der 1. FC Köln auf dem Wege nach unten - zehn Tore kassierten die rheinischen Nachbarn und provozieren die Frage, ob so etwas Zufall, mentalitätsbedingt oder die logische Folge von Fehlern in der Vergangenheit ist.

Sehr schnell, vor allem bei der „Primadonna vom Rhein“, dem 1. FC Köln also, sind die Experten geneigt, das Sprichwort vom Hochmut, der vor dem Fall kommt, zu bemühen. Doch als den immer mal wieder möglichen Seitensprung der Geißböcke möchte Kölns Cheftrainer und Beobachter Karl-Heinz Thielen (42) das 0:5-Ergebnis von Stuttgart nicht abtun, das Trainer Hannes Löhr (41) als das schlechteste FC-Spiel bezeichnet, „seitdem ich Trainer bin“.

Die WELT sprach mit Thielen.
WELT: Was besorgt Sie am meisten nach dem 0:5 in Stuttgart?
Thielen: Am wenigsten das Ergebnis, am meisten der Zustand der Mannschaft. Er ist schlicht gesagt katastrophal.

WELT: Was oder wen vermissen Sie am meisten?
Thielen: Natürlich hätte ich lieber Klaus Allofs dabei gehabt. Aber das ist nicht der Punkt. Ich habe weder Ordnung im Spiel gesehen, weder Flanken noch einen Doppelpaß. Kurz: Unsere Mannschaft spielt ohne Konzept.

WELT: Was werden Sie jetzt tun beziehungsweise nicht tun?
Thielen: Ich werde nicht herumbrüllen und einzelnen Spielern drohen, daß sie rausfliegen, denn das hat überhaupt keinen Sinn. Ich war nach dem Debakel im Neckarstadion in der Kabine, und da habe ich gesehen: Diese Mannschaft ist klinisch tot, da helfen keine Strafen.

WELT: Was ist also der Ausweg?
Thielen: Gegen Schalke am Samstag sollen alle Spieler und Trainer die Chance haben, sich zu rehabilitieren.
WELT: Und wenn alles so bleibt?
Thielen: Dann muß gehandelt werden.

WELT: Konkret, bitte.
Thielen: Vielleicht müssen wir uns dann von einigen Herren trennen.
WELT: Kommen auch Neueinkäufe in Betracht?
Thielen: Ich gebe zu, uns fehlt ein Stürmer. Aber wo ist der Mann, der zu haben ist?

WELT: Sie hätten ja Thomas Allofs kaufen können, der die Mannschaft torgefährlicher und attraktiver gemacht hätte.
Thielen: Der Spieler wollte vielleicht, aber bei den Verhandlungen wurde mir klar, die Lauterer wollen ihn gar nicht verkaufen.

WELT: In Köln, so sagt man, stimmt die Mischung nicht. Wenigen erstklassigen Spielern steht viel Mittelmaß gegenüber. Und auch die Altersstruktur hat einen Bruch.
Thielen: Wie meinen Sie das?
WELT: Sportlich fehlt das gute

Man schlichter und ängstlicher als je zuvor.
WELT: Wäre es angesichts der schrumpfenden Zuschauerzahlen jetzt nicht besser, in der Preispolitik dem Publikum entgegenzukommen? Denn in einem vollen Stadion, sagt nicht nur Harald Schumacher, spielt sich's nun mal besser als vor leeren Rängen.
Thielen: Das ist für mich ein völlig nebensächlicher Aspekt. An den Preisen liegt es doch nicht, wenn die Leute wegbleiben. Bei uns ist einfach das Produkt schlecht, und deshalb kommen die Leute nicht.

Die Vokabel Trennung ist auch für Düsseldorf's Präsidenten Peter Förster (39) ein lockendes Reizwort. Doch der Fleischwarngrossist zieht mit solchen Drohungen in Düsseldorf gleich Grenzen. „Wir können uns das nicht erlauben, wir haben einfach zu wenig Spieler und sind auf jeden angewiesen“, sagt der Präsident. Vielmehr hat man sich in Düsseldorf auf einen Weg gegeben, der, wie der Fall Ralf Düsend (25) zeigt, das gewünschte Resultat brachte. Förster: „Wir haben dem Spieler gesagt, wenn du keine Leistung bringst, setzen wir dich für vier oder fünf Spiele auf die Bank.“ Das zog, denn am Portemonnaie sind die Bundesliga-Profs noch immer am ehesten zu packen. Förster zur Gehaltspolitik in Düsseldorf: „Wer bei uns seine hundertprozentige Leistungsprämie haben will, muß 31 Spiele machen. Wer die nicht er-

reicht, bekommt nur 70 Prozent. Und das merken die Spieler dann.“ Förster meint, daß in Düsseldorf immer noch Spuren des Schlendrians zu besichtigen seien, der unter dem alten Präsidium eingerissen sei und viele Beobachter zu dem Schluß kommen ließ, in Düsseldorf gehe es zu wie in der Bösewichterserie „Dallas“. Deshalb habe es ein umgänglicher und alzu menschlicher Trainer wie Wilhelm Kremer (45), heute beim Zweitliga-Absteiger Eintracht Braunschweig tätig, so schwer gehabt, die Mannschaft in den Griff zu bekommen.

Förster: „Bei uns haben die Spieler den Trainer erst gelobt, und als die Siege nachließen, hinter dem Rücken gegen den Trainer Politik gemacht. Das darf nicht mehr passieren.“ Nachfolger Dieter Brel (39) zeige da mehr Härte. Im übrigen hält Förster das 1:5 auf dem Böckelberg und den Rutsen an das Tabellenende für eine durchaus zu korrigierende Angelegenheit. „Ich bin überzeugt, daß die Mannschaft, die nicht schlecht gespielt hat, am Samstag gegen Bayern sich voll reinhängt.“

Klaus Schlappner (45), das Trainernegerglied des SV Waldhof, gerät auf fremden Plätzen immer mehr zum Argentin, auch wenn er sich weiter mit dem Publikum lanzschleift und so seine Fossen reißt. Der Verfechter schönen Angriffsfußballs wird langsam zum Tribünenfeger, denn dort, wo Mannheim auftaucht,

geht der gute Fußball vor die Hunde. „Ich bin froh, daß wir das Spiel gegen diese Holzhacken hinter uns haben“, poltert Brehme sonst so vornehmer Präsident Franz Böhmer (54), der im Hauptberuf als Chefarzt tätig ist.

Sogar Nationalmittelfürer Rudi Völler (25), sonst so schnell nicht in Rage zu bringen, gingen das Spiel der „Betonfabrikarbeiter“, wie sich die Waldhof-Buben schon schimpfen lassen müssen, und ihr Trainer Klaus Schlappner auf den Geist. Kurz vor dem Abpfiff des 2:2-Endstandes war der Torjäger noch einmal durch ein Fou! von den Beinen geholt worden und anschließend ärgerlich darüber. Deshalb platze dem Torjäger der Kragen, als „Schlappi“ den Vorgang wortreich herunterspielen und den Bremer Auge in Auge so beruhen ließ. Völler - Millionen sahen es am Bildschirm - zog dem Trainer den kleinkarierten Hut vom kahlen Haupte und warf ihn mit verächtlicher Geste zu Boden.

Später entschuldigte sich der Werder-Star und rannte damit offene Türen bei Schlappi ein: „Ich finde es ganz toll, daß sich Völler nach dem Spiel bei mir in der Kabine entschuldigt hat“, schwadronierte der Mann, der auch in Zukunft keine Rücksicht auf die Zuschauer nehmen will. „Wenn ich anders spiele, hauen mir die Gegner die Bude voll. Ich muß so spielen, wie es die Spieler können“, versucht er das Potential als Allf! für den ungeheinen Defensiv-Fußball heranzuziehen.

Hoeneß: „Wir sind nur so weit oben, weil die anderen so erbärmlich sind“

ULFERT SCHRÖDER, München
Die Sonne lachte, und auf der Wies' war „o'zapft“. München in Oktoberfestlaune. Und wieder ein Tag für die Bayern. 74 000 im Olympiastadion. Noch eine Millio! für den reichsten aller Klubs. Und noch ein Sieg, 2:1 gegen den 1. FC Nürnberg. Alles wie gehabt: Die Bayern siegen und kassieren.

Doch Manager Uli Hoeneß droht der Konkurrenz: „Das war nix. Wir sind schlecht. Das muß besser werden. Sonst verlier ich die Lust. Nächstes Jahr will ich eine Spitzenmannschaft haben. Und zwar europäische Spitze. Um jeden Preis will ich das. Und wenn wir Millionen investieren müssen.“

Das Interview, das Uli Hoeneß gibt, derweil sich die meisten Angestellten des Klubs in Siegeslaune auf die Wies' verkrümeln, wird der Konkurrenz einen gebirgen Schrecken einjagen. Hoeneß will es außerdem grundsätzlich verstanden wissen.

„Ob wir Berthold kaufen? Als Ersatz für Lothar Matthäus? Ein Gerücht. Gar nichts dran. Gut, Geld haben wir. Aber das hat mit Geld nichts zu tun. Im Januar oder Februar werden wir über Transfers nachdenken. Jetzt noch nicht.“ Was Uli Hoeneß von sich gibt, sind Gedanken, noch keine Entschlüsse, aber viele von den Gedanken werden zu Entschlüssen werden.“ Er entwickelt diese Gedanken Stück für Stück, folgerichtig. „Wir spielen nicht gut. Wir sind schwächer als im vergangenen Jahr. Wir haben Punkte geholt, gut. Aber wer ist denn unsere Konkurrenz? Die sind noch schlechter. Wir stehen doch nur so weit oben, dicht hinter Bremen

schon, weil die anderen so erbärmliche Leistungen bringen.“
Hoeneß packt die ganze Branche beim Schlipps: „Sie sind zufrieden, wenn sie gewonnen haben. Was sie hieten, kümmert sie offenbar nicht. Sie belügen sich selbst. Sie denken nur von Samstag zu Samstag. Von einem Spiel zum anderen. Und diese Augenwischerei, dieser Selbstbetrug, die müssen aufhören.“

Einen klaren Rückschritt“ hat er festgestellt. „In der gesamten Bundesliga. Und auch bei uns, beim FC Bayern. So katastrophale Spiele wie in diesem Jahr habe ich noch nie gesehen. Noch nie in der ganzen Geschichte der Bundesliga. Auf zwei gute Spiele kommen zehn Pleiten.“

Vor einer Woche, am Freitag, hatte Hoeneß ein Schlüsselerelebnis. „Ich habe das Spiel Fortuna Düsseldorf gegen Werder Bremen gesehen. Erschütternd. Ich war so deprimiert wie noch nie. Für einen kurzen Augenblick war ich entschlossen, alles hinzuzuerfen, einfach aufzuhören. Ich habe mir gedacht: Wenn das unser Bundesliga-Fußball ist, habe ich hier nichts mehr zu suchen.“

In der Woche seither ist sein Entschluß gereift, eine „Spitzenmannschaft zu kreieren um jeden Preis, und wenn es Millionen kostet.“

„Wir müssen aufhören, uns an anderen zu messen“, sagt Hoeneß, und mit „wir“ meint er in diesem Fall seinen Klub. „Wir müssen uns unseren eigenen Maßstab schaffen. Und daran müssen wir uns ausrichten.“

Das Ziel, oder der Maßstab, den er anpeilt, hat er klar vor Augen: „Ich will, daß wir zu den drei, vier stärksten Mannschaften Europas aufschließen, zum FC Everton, zum FC Liverpool, zum FC Barcelona, zu Juventus Turin.“ Hoeneß weiter: „Nur wir, nur der FC Bayern, ist dazu in der Lage. Kein anderer Klub. Wir haben die Zuschauerzahlen, wir haben das Stadion, wir haben die Basis in der Mannschaft.“

Noch schränkt er ein: „Wenn wir das Ziel mit eigenen Spielern erreichen, um so besser.“ Deshalb will er seine Leute „mächtig unter Druck setzen. Mathy und Wohlfarth haben nur noch dieses Jahr Zeit. Dann ist Schluss. Vielleicht werden wir künftig 13 gleich starke Leute haben. Die müssen um die Plätze im Team kämpfen. Und der Rest sind Wasserträger.“ Nur auf diese Weise, meint Hoeneß, sei die „Hauptsache-gewonnen-Mentalität“ auszumazern. „Millionen, auf jeden Fall kräftig investieren“ will Hoeneß, und das bedeutet: Mindestens zehn Millionen, wenn nicht fünfzehn werden die Bayern von Januar an auf den internationalen Transfermarkt werfen. „Wir brauchen eine Nummer neun“, sagt Hoeneß, „einen richtigen Mittelstürmer, Rudi Völler oder irgendeinen anderen.“

Von der Nationalelf habe er geglaubt, „komme einiges über, strahle auf die Bundesliga“, sagt Hoeneß, aber das sei wohl ein Trugschluß gewesen. „Warum laufen denn die Leute zu Boris Becker und Bernhard Langer über“, fragt Hoeneß und gibt die Antwort: „Weil sie dort Leistungen von Weltklasse erleben. Und was sehen sie bei uns?“

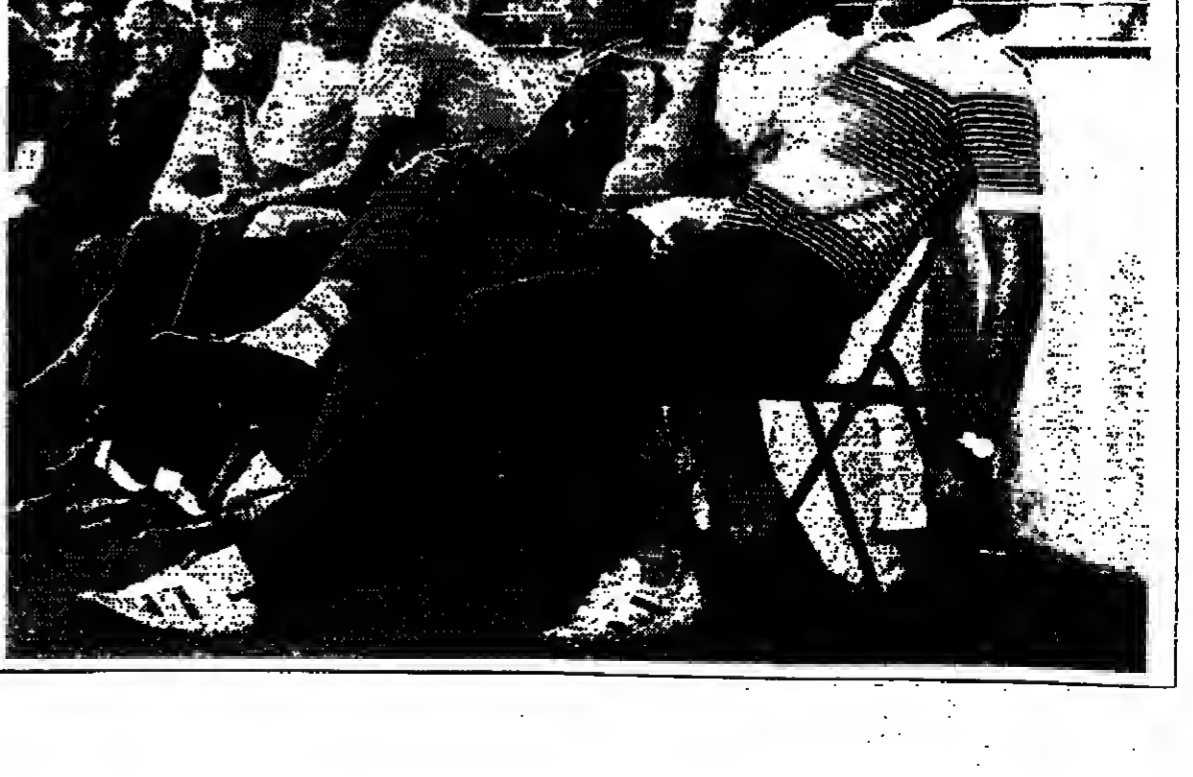


Hintergründe aus der Bundesliga

Gesichter aus der Fußball-Bundesliga



Gesichter der Bundesliga: Ob von Hoese, Plessers, Magath, Lux oder Jacobs, Kaiser der Hamburger Spieler sind in Gelenksentzündung das Tor - Trainer Ernst Kappel (links oben) verzweifelte von Minute zu Minute mehr. - Grenzlos Freude hingegen bei einem Torwurf, weil einer seiner Mitspieler eines von fünf Toren gegen Fortuna Düsseldorf erzielt hat.



Schutz

Tabelle und Statistik vom achten Spieltag

Table with 2 columns: Team names and statistics (goals, points, etc.). Includes Bremen, M'gladbach, München, etc.

● Von italienischen Verhältnissen mit mageren Resultaten kann in der Bundesliga keine Rede mehr sein - die 39 Tore des achten Spieltages bedeuten Saison-Rekord. Erfolgreichste Torschützen waren Jürgen Klinsmann (Stuttgart) und Thomas Allofs (Kaiserslautern) mit je drei Treffern. Stefan Kuntz (Bochum) erzielte ein Tor - das 200. der Saison - und belegt mit sieben Treffern weiterhin Rang zwei der Torschützenliste hinter Rudi Völler. Der Bremer National-Mittelstürmer hilt bei seinen acht Toren. Je sechs Treffer verzeichnen Günter Thiele (Düsseldorf) und Karl Allgöwer (Stuttgart). Dem Frankfurter Falkenmayer unterlief in Dortmund ein Eigentor.

● Auch die Zuschauerzahlen bleiben erfreulich: 213 000 Besucher am Wochenende, insgesamt 1,84 Millionen in der Saison - eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 150 000. In erster Linie ist dies das Resultat der Fußball-Begeisterung bei den Neulingen Nürnberg und Hannover. Den Rahn schöpfte wieder München ab. Mit 74 000 Zuschauern war das Olympiastadion im bayerischen Duell mit Nürnberg ausverkauft. Erneut wurden zwei Spieler des Feldes verwiesen: Wegen Foulspiels sahen Thiel (Frankfurt) und Vjetrovic (Hannover) rot. Die Schiedsrichter verwarnen 32 Mal. Grahammer (Nürnberg) sah die vierte gelbe Karte und ist damit für ein Spiel gesperrt.

erdgas IST EINE SAUBERE SACHE.

WORTSCHAU
Freitag, 27. 9., 20 Uhr:
Uerdingen - Saarbrücken (-)
Samstag, 28. 9., 15.30 Uhr:
Düsseldorf - München (-)
Nürnberg - Stuttgart (-)
Köln - Schalke (-)
Hannover - Hannover (-)
K'lautern - Dortmund (-)
Frankfurt - Leverkusen (-)
Bochum - Breme (-)
Mannheim - M'gladbach (-)
In Klammern die Ergebnisse der letzten Saison.

2. Liga

Ein Sieg rettete Achterbergs Trainer-Position

dpa, Kassel Die Tabellenspitze der zweiten Fußball-Bundesliga bleibt eine hart umkämpfte und unsichere Position, hinter der sich zahlreiche Vereine mit nahezu ausgeglichener Punktequote drängen.

Der Mannschaft von Hessen Kassel genügt sechs Minuten, um den bisherigen Spitzenreiter Stuttgarter Kickers zu stürzen. Ein Blackout in der Hintermannschaft der Schwaben ermöglichte dem keineswegs überragend spielenden hessischen Gastgeber zwischen der 30. und 36. Minute die Tore zum 3:0-Sieg.

Den Torregen hatte Hobday mit einem Eigentor eröffnet. Scott ließ in der 34. Minute das 2:0 folgen, und Cestonaro setzte zwei Minuten später den Schlusspunkt. Vor der enttäuschenden Kulisse von 5000 Zuschauern konnte Hessen Kassel selbst gegen die äußerst schwachen Stuttgarter erneut nicht überzeugen.

In den unteren Tabellenregionen konnten sich die Aufsteiger SpVgg Bayreuth und Tennis Borussia ein wenig Luft verschaffen. Schon am Freitag war den Bayreuthern ein 2:2-Sieg über den SC Freiburg gelungen.

Bei Tennis Borussia dürfte die Stellung des Trainers Gerd Achterberg wieder gefestigt sein. Seine Mannschaft gewann 3:0 gegen Union Solingen - gegen das Team, dessen Trainer Eckhard Krautzun als möglicher Nachfolger Achterbergs genannt worden war.

Solingen, das auswärts noch ohne Sieg ist, erwachte zwar den besseren Start. Doch im weiteren Verlauf der Partie im Berliner Marmorstadion waren die Borussia ihren Gegner klar überlegen und stellten durch Tore von Reisinger (22. und 53. Minute) und Wiesner (65.) den Erfolg sicher. Nach dem Spiel wollten zumindest die 1500 Berliner Zuschauer nichts mehr von einem Trainer-Wechsel wissen.

Schluslicht der zweiten Liga bleibt die Mannschaft des ehemaligen Bundesligaklub MSV Duisburg, die ihre Negativserie nach dem Sieg am ersten Spieltag fortsetzte. Die Duisburger verloren gegen den SV Darmstadt 98 deutlich mit 0:4. Für die Hessen aus Darmstadt, die sich in der Tabelle erheblich verbessern konnten, war es nach 3:5 Zählern ohne Sieg der erste doppelte Punktgewinn.

Table with 3 columns: Team, Points, Goals. Includes teams like TB Berlin-Solingen, Darmstadt-Duisburg, Kassel-Stuttgart, etc.

Table with 3 columns: Team, Points, Goals. Includes teams like 1. Bielefeld, 2. Köln, 3. Darmstadt, etc.

Table with 3 columns: Team, Points, Goals. Includes teams like 1. Bielefeld, 2. Köln, 3. Darmstadt, etc.

GALOPP / In überlegener Manier gewann Lirung das Elite-Rennen in Köln-Weidenpesch unter dem Jockey Georg Bocskai

Bald soll der Hengst auch im Ausland starten

KLAUS GÖNTZSCHE, Köln

Als der Jockey Georg Bocskai eine halbe Stunde nach dem deutschen Galopp-Derby am 7. Juli 1985 in Hamburg-Horn beim Ehepaar Ingeborg und Walther Jacobs erschien, um artig zum Derby-Sieg des Fuchshengstes Acatenango zu gratulieren, stürzte ihn Ingeborg Jacobs: „Sie werden mit Lirung noch viele große Rennen gewinnen. Aber auf einer anderen Distanz.“ Bocskai hatte sich für den Derby-Ritt auf Lirung entschieden und war hinter den Trainingsführer Acatenango und Pontiac nur Dritter geworden.

Am Samstag konnte Bocskai im Sattel von Lirung buchstäblich ein Bad in der Menge nehmen. Auf dem „Gebirge von Pferd“ siegte er im Kölner Elite-Preis (102 000 Mark, 60 000 Mark dem Sieger, 1600 Mark Europa-Gruppe III), einem der wichtigsten Meilen-Rennen im deutschen Turf-Programm. Das Vertrauen des weitenden Publikums war enorm: Auf Sieb gab's nur die Quote von 16:10, entsprechend groß war der Jubel über 12 000 Zuschauer, die Lirung auf den letzten Metern anfeuert, fast eine Stimmung wie auf einem Fußballplatz. Die Uhren der Kölner Rennbahn zeigten nach Lirungs Sieg die Zeit von 1:34,12 Minuten, eine Leistung, die auf dieser Bahn noch nie erreicht wurde. Allerdings sind die Zeitmessungen gerade in Köln leider nicht sonderlich ernst zu nehmen. Im Ziel hatte Lirung 1/4 Längen Vorsprung vor dem in England trainierten Hengst Hajef mit Gerard Mosse, als zweitbestes deutsches Pferd wurde Dju Star mit Patrick Gilson Dritter.

ter, eine achtbare Leistung des Hengstes aus dem Gestüt Röttgen.

Der Kölner Richter Heinz Faßbender, Vorstandsmitglied des Rennvereins, wollte Georg Bocskai nach dem Erfolg gratulieren: „Na, das war ja ein hartes Stück Arbeit.“ Der Jockey konterte: „Ja, aber nur vor dem Start.“ Probleme gibt es mit dem Galopper-Koloß Lirung stets vor den Rennen. Einmal, vor dem Berber-Rennen im Vorjahr in Mülheim/Ruhr, entledigte er sich seines Reiters und wurde von Trainer Heinz Jentsch zurückgezogen. Am Samstag vor dem Elite-Preis demonstrierte Lirung wieder seine unbändige Kraft, als man ihm die Kapuze überstreifen wollte, um ihn in die Startbox zu führen. Fast wäre Georg Bocskai bei der Aktion wieder aus dem Sattel gekommen. Als Lirung in die für ihn viel zu enge

Startbox geführt worden war, befreite Bocskai ihn blitzschnell aus der Dunkelheit. Dann raste Lirung los, teilweise hatte er einen Vorsprung von über 50 Metern. Trainer Heinz Jentsch später: „Aber 300 m vor dem Ziel hatte er einen toten Punkt. Das war sowieso nicht der beste Lirung, den es gibt. Er war bei dem schwilligen Wetter einfach nicht gut beieinander und hat schon beim Satteln stark geschwitzt. Vor dem schmalen Loch an der Startmaschine hat er einfach Angst.“

Im nächsten Jahr plant Jentsch mit Lirung auch Auslandsstarts, gedacht ist an die 1600 m lange Gerade im französischen Deauville. 428 331 Mark hat der Hengst jetzt nach neun Starts und acht Siegen auf seinem Konto. Nicht ausgeschlossen ist in diesem Jahr auch noch ein Start in Italien.

Auf alle Fälle hat der deutsche Turf in Lirung ein Zugpferd. Wenn das Muskelpaket läuft, strömen die Besucher. Ein Rennen von Lirung, das ist jedes Mal eine große Schau. Trainer Heinz Jentsch: „So wie früher, wenn Lombard lief.“ Der erste deutsche Millionen-Galopper Lombard war Anfang der 70er Jahre der deutsche Turf-Heros.

241 020 Mark wurden in Köln allein im Elite-Preis an den Wertschalter umgesetzt, 1,5 Millionen Mark in den elf Rennen des Samstags insgesamt. Der amtierende Derby-Sieger Acatenango zählte nicht zum Aufgebot des Puma-Preises von Europa, dem 400 000-Grand-Prix gestern in Köln (das Rennen war bei Redaktions-

schluß noch nicht gelaufen), nun scheint auch sein geplanter Start am nächsten Sonntag im klassischen St. Leger nicht mehr sicher. Der normalerweise bestens informierte Kölner Buchmacher Peter-Heinz Göser jun. bot für den Sieg Acatenangos im St. Leger einen Kurs von 25:10. Bei der zu erwartenden, fast lächerlichen Konkurrenz normalerweise ein Geschenk. Mehr aber ein Hinweis darauf, daß mit Acatenango etwas nicht in Ordnung sein kann, denn normalerweise würde Göser bestenfalls 15:10 offerieren. Die Buchmacher als eine Art Wohlfahrtsverband, das ist kaum vorstellbar.

Die Auskünfte von Acatenangos Trainer Heinz Jentsch und Besitzer Walther Jacobs waren dann auch nicht so überzeugend, daß man an einen völlig intakten Acatenango glauben mag. Jentsch: „Wenn er gesund ist, läuft er im St. Leger.“ Der Trainer bestritt, daß der Derby-Sieger aus irgendwelchen gesundheitlichen Gründen mit dem Training ausgesetzt habe. Heinz Jentsch, in diesem Jahr mit unbeschreiblicher Überlegenheit auf dem Weg zum 25. Championat: „Vielleicht weiß der Buchmacher mehr als ich.“

Im Kölner Rahmenprogramm des Samstags setzte sich die fast sagenhafte Erfolgsserie der Pferde der Ostwestfälischen Besitzergemeinschaft Stall Auetal fort. Auentreue und Cherusker gewannen zwei Rennen, für den nächsten Jahrgang ist man mit dem bisher in zwei Rennen ungeschlagenen Hengst Westfale wieder bestens gerüstet.

STANDPUNKT / Aktuelles Sportstudio?

Das Europa-Meeting auf der Galopprennbahn in Köln zählt, das ist sicher unstrittig, zu den bedeutendsten Veranstaltungen im bundesdeutschen Turf-Programm - zusammen mit der Hamburger Derby-Woche und der Hamburger Meetings in Baden-Baden. Zwischen den beiden Renntagen präsentierte das „Aktuelle Sportstudio“ des Zweiten Deutschen Fernsehens am Samstagabend Traber-Weltrekordler Heinz Wewering, den Derby-Sieger Diamond Way und die beiden Brüder Alwin und Werner Schockemöhle.

Wie heißt die Sendung doch: Aktuelles Sportstudio?

Wewering ist derzeit außer Form wie nie. Diamond Way hat vor einer Woche das St. Leger verloren. Fragesteller Dieter Kürten vermaß (oder wußte er nicht?) von den Problemen zu sprechen, die es derzeit um Alwin Schockemöhle bei den Trabern gibt. Der Springreiter-Olympiasieger wehrt sich gegen angeblich skandalöse Doping-Proben seiner Pferde. Kürten schwieg dazu bornhart. Eigentümer Retter des Auftritte der Traber am großen Galopper-Wochenende war Werner Schockemöhle mit seinen unterhaltsamen Sprüchen („Die Deckställe macht meine Frau!“). Nichts gegen die Traber. Sie werden medizinisch oft genug schlecht behandelt - weil sie auch eine mäßige Öffentlichkeitsarbeit betreiben. Daß Lirung ungefähr sechs Stunden vor dem Beginn der Sendung den Elite-Preis gewann, war den ZDF-Redaktoren nicht einmal eine Meldung wert, vom Preis von Europa kein Wort. Aktuelles Sportstudio ... KLAUS GÖNTZSCHE

BOXEN / Las Vegas: Zum ersten Mal ist ein Halbschwergewichtler Profi-Weltmeister aller Klassen geworden: Michael Spinks

Verlierer Holmes: „Alles geht nun einmal zu Ende. Ich muß aufhören“

sid/dpa, Las Vegas „Nur wenn ich jetzt losziehe und mich besaule, kann Spinks mich schlagen“, hatte Larry Holmes am Abend vor dem Fight getönt. Danach zog er leiserer Töne vor: „Ich muß nun aufhören. Ich habe heute die Auswirkungen von 18 Jahren im Ring gespürt. Alles geht nun einmal zu Ende, das passiert uns allen irgendwann.“ Ich schäme mich für nichts.“ Dazwischen lag eine Neuaufgabe des ewig reizvollen Duells zwischen David und Goliath, mit dem gleichen Ausgang wie zu biblischen Zeiten. Larry Holmes, Schwergewichts-Weltmeister der Boxer seit sieben Jahren, drei Monaten und elf Tagen und in 48 Kämpfen ohne Niederlage, verlor am Samstag (Ortszeit) in Las Vegas gegen den krassen Außenseiter Michael Spinks.

Kämpfer unbesiegt neuen Schwergewichts-Weltmeister auf ihren Wertungszetteln vom (143:142, 143:142, 145:142).

„Das ist nicht der Holmes, den wir kennen“, wunderte sich der frühere Supertechniker Sugar Ray Leonard als einer von 11 200 Augenzeugen in Las Vegas. Trotz wochenlangem gründlichen Vorbereitung wirkte der 102,5 kg schwere Champion im Ring wie gelähmt. Wie eine welke Blume hing seine Linke, mit der er sonst alle Gegner zermürbt hatte, an seiner Seite. Zu selten ließ er guten linken Haken seine gefürchtete Rechte folgen. Schwerfälliger trotzte der Champion zwischen den Seilen hin und her. Kaum ein gezielter Treffer gelang ihm. „Wach auf!“, rief sein Betreuer Richie Gachetti immer wieder aus der Ecke, doch vergeblich.

ner Niederlage erwies sich der verbitterte Larry Holmes zunächst als schlechter Verlierer. „Der Titel wurde mir gestohlen, das Urteil ist ungerecht“, schimpfte er über die Punktrichter. Angriffsfreudiger als im Ring zeigte er sich auch bei Fragen zum Rekord Rocky Marcianos: „Der hat doch nur alte Leute geschlagen, während ich als alter Mann gegen einen jungen verloren habe.“ Auch die Fans und Reporter bezogen eine Tracht Prügel: „Sie haben mir nie den Respekt gezollt, den ich verdient habe.“ Doch die erste Erregung legte sich, und Larry Holmes freundete sich mit seiner neuen Rolle als Ex-Boxer an.

Trotz zwanzig erfolgreicher Titelverteidigungen war er zwar nie ein großer Volksheld wie viele seiner Vorgänger; dafür fehlte es ihm an Intelligenz und an der Fähigkeit, sich zu verkaufen. Doch gelohnt haben sich die 18 Jahre im Ring für Holmes auf jeden Fall. Und das nicht nur wegen der Gage von 3,5 Millionen Dollar, die er am Samstag in Las Vegas kassierte. Holmes hatte zuletzt 1972 als Amateur verloren, war 1973 Profi geworden und hatte sich den Titel 1977 von Ken Norton geholt.

Nun brauche er das Boxen nicht mehr, sagte Holmes. „Ich habe 65 Millionen Dollar mit meinen Fäusten verdient, ich habe zwei bezahlte Rolls-Royce in der Garage, mir gehört ein Hotel im Wert von sechs Millionen Dollar, und auf der Bank habe ich 99 Millionen Dollar.“ In der Tat eine Grundlage, auf der es leicht fällt, sich festzulegen. Holmes: „Es wird keinen Rückkampf geben.“

Im Rahmenprogramm der Veranstaltung von Las Vegas verteidigte der Mexikaner Julio Cesar Chavez erfolgreich seinen Weltmeistertitel im Superfedergewicht des World Boxing Council (WBC). Chavez, der nach der Erdbeben-Katastrophe in seiner Heimat mit Trauerflor antrat, errang gegen den Amerikaner Dwight Pratchett in zwölf Runden einen klaren Punktsieg.

Sechs Wochen vor seinem 36. Geburtstag wollte sich der aus Arkansas stammende Holmes ein Denkmal setzen. Mit einem Erfolg über den 29-jährigen Halbschwergewichts-Champion Spinks, der eigens für diesen Kampf zehn Kilo weniger als Holmes auf die Waage brachte, hätte der Titelverteidiger den Weltrekord des Rocky Marciano eingestellt, der nach 49 Fights unbesiegt abgetreten war.

Doch nach 15 Runden in der Freiluft-Arena beim Riviera-Casino gehörten die Rekorde dem Herausforderer. „Ich bin der Champion, ich bin der Champion“, schrie Michael Spinks nach der Urteilsverkündung, während Diana Holmes ihren Mann in der anderen Ecke trösten mußte.

Zum ersten Mal in acht Anläufen hatte ein Halbschwergewichts-Boxer einen Weltmeisterschafts-Kampf gegen ein Schwergewicht gewonnen. Zum ersten Mal hatten zwei Brüder die wertvollste aller Box-Kronen zu verschiedenen Zeiten erobert; denn im Februar 1978 war Leon Spinks gegen den damaligen Weltmeister Muhammad Ali eine ähnliche Sensation gelungen. Der Sieg für Spinks fiel einstimmig aus, alle drei Punktrichter hatten den nunmehr in 39

Michael Spinks war nur wenig besser, aber beweglicher. Erst mit einer furiosen Schlussrunde sicherte er sich den Titel, bis dahin stand er bei zwei Punktrichtern auf Unentschieden. „Larry hat mir nie wehgetan, aber ich habe trotzdem in keiner Phase an meinen Sieg geglaubt. Erst als mein Name als Sieger ausgerufen wurde, wußte ich, was passiert war“, meinte der Mittelgewichts-Olympiasieger von 1978 nach dem Gefecht, für das er mit einer Million Dollar seine bisher höchste Bourse erhielt.

Und dann überraschte Michael Spinks mit der Aussage: „In welcher Gewichtsklasse ich meine nächsten Kämpfe bestreiten werde, kann ich heute noch nicht sagen.“ Doch wird Spinks wohl seinen Halbschwergewichts-Titel zurückgeben, weil als Weltmeister aller Klassen die lukrativeren Kämpfe und vor allem Börsen winken.

Michael Spinks wurde 1977 Berufsböxer. Vier Jahre später gewann er den WBA-Halbschwergewichts-Titel von Eddie Gregory und wird seit 1983 neben dem Mittelgewichts-Boxer Marvin Hagler als einziger Weltmeister in allen drei Weltverbänden anerkannt. Bei der Pressekonferenz nach sei-



Der stolze Sieger präsentiert den Gürtel des Weltmeisters aller Klassen: Halbschwergewichts-Boxer Michael Spinks

NACHRICHTEN

Timmermann: Weltrekord Berlin (dpa) - Der Ost-Berliner Ulf Timmermann stellte mit 22,62 m einen Weltrekord im Kugelstoßen auf. Er verbesserte damit die alte Marke seines Landsmannes Udo Beyer vom 25. Juli 1983 um 40 Zentimeter.

Erneuter Tribünenbrand Towbridge (sid) - Vier Monate nach der Brandkatastrophe von Bradford wurde in England erneut ein Stadion durch einen Brand verwüstet. In Towbridge zerstörte ein Feuer die hölzerne Haupttribüne sowie die Geschäftsstelle, das Vereinslokal und die Umkleieräume des Amateurklubs. Der Schaden beträgt rund 400 000 Mark. Menschen wurden nicht verletzt.

Schwimmfest gefährdet München (dpa) - Die Zukunft des international hochklassigen Arena-Schwimmfestes in Bonn ist gefährdet. Der Deutsche Schwimmverband (DSV) erhielt vom Münchner Finanzamt eine Steuernachforderung von 30 000 Mark für das Schwimmfest von 1983, weil nur 25 Prozent der Sponsorengelder als steuerlich abzugsfähig anerkannt wurden. Die restlichen 75 Prozent der Gelder will das Finanzamt mit einer 30-prozentigen Körperschaftsteuer berechnen. Der DSV hat Einspruch eingelegt, befürchtet jedoch weitere Nachforderungen für 1984 und 1985.

Schwester gewonnen Gold Groningen (dpa) - Die Duisburger Schwester Gabriele Bahr und Beate Kruvic wurden bei den Europameisterschaften im Trampolinturnen überraschend die Goldmedaille im Synchronturnen.

Hinault gab auf Cannes (sid) - Überlegener Sieger des „Grand Prix des Nations“ in Cannes, des schwersten und längsten Einzelzeitfahrens für Radprofis und Amateure, wurde der französische Profi Charles Mottet. Vorphragsieger Bernhard Hinault gab vorzeitig auf.

Stude/Häss: Weltmeister Rimini (dpa) - Bei den ROLLKUNSTLAUF-Weltmeisterschaften in Rimini gewannen die Kieler Andrea Stude/Martin Häss die Goldmedaille im Rolltanz. Mit einer begeisterten Kür im ausverkauften Sportpalast von Rimini besiegten sie die nach der Pflicht führenden Amerikaner Anna-Marie Danks/Scott Meyers.

Brasilien fordert Absage Düsseldorf (sid) - In einem Telegramm an Jean-Marie Balestre, den Präsidenten des Automobilsportverbandes, hat die brasilianische Regierung offiziell die Absage des für den 19. Oktober im südafrikanischen Kyalami geplanten Formel-Eins-Rennens gefordert.

Spende von Boris Becker Berlin (sid) - Im Rahmen einer Feierstunde überreichte Wimbledon-Sieger Boris Becker in Berlin an den „Bundesverein Lebenshilfe für geistig Behinderte“ einen Scheck über 182 778 Mark. „Ich habe bisher Glück gehabt und möchte dazu ein bißchen für einen guten Zweck weitergeben“, erklärte Becker.

Heidelberg ist Meister Heidelberg (sid) - Mit einem 7:2-Endspießieg gewann der TEC Waldau Stuttgart zum drittenmal in Folge die Deutsche Mannschaftsmeisterschaft im Damen-Tennis. Für Heidelberg spielt unter anderem die 16jährige Welttranglisten-Siebte Steffi Graf.

WM in der Westfalenhalle Frankfurt (dpa) - Die Tischtennis-Weltmeisterschaften 1985 sollen in der Dortmunder Westfalenhalle ausgetragen werden. Das beschloss Vorstand und Präsidium des Deutschen Tischtennis-Bundes (DTTB) einstimmig. Dortmund erhielt wegen geringer Kosten sowie der guten räumlichen und technischen Voraussetzungen den Vorzug gegenüber Mitbewerber Stuttgart.

Schutz des Wettbewerbs in falschen Händen.

Das Unwesen sogenannter „Gebührenvereine“ greift um sich. Diese Vereine nutzen die gesetzlichen Möglichkeiten, um gegen tatsächliche oder vermeintliche Wettbewerbsverstöße mit Abmahnungen vorzugehen und ganz nebenbei einen kräftigen finanziellen Schnitt zu machen. Ihnen kommt es weniger auf den Schutz des Wettbewerbs an als auf das Kassieren der Pauschalgebühren für Abmahnungen.

Jeder am Wirtschaftsleben Beteiligte kennt sie. Viele resignieren. Immer stärker wird aber auch die Abwehrfront.

Was ist gegen Gebührenvereine zu tun?

- Prüfen Sie jede Abmahnung, bevor Sie eine Unterlassungserklärung abgeben und eine Kostenpauschale zahlen.

- Prüfen Sie sorgsam, wer hinter einer Abmahnung steht und ob der Verein überhaupt abmahnen- und klagebefugt ist.
- Fragen Sie Ihre Industrie- und Handelskammer, Ihren Berufsverband, oder ziehen Sie einen Anwalt zu Rate.

Der Zentralausschuß der Werbewirtschaft e. V. (ZAW) hat Ratschläge für das Verhalten bei Abmahnungen zusammengestellt. Fünf Spitzenverbände der Wirtschaft haben darüber hinaus „Grundsätze für die Tätigkeit von Wettbewerbsvereinigungen“ aufgestellt. Diese Unterlagen können Sie kostenlos beim ZAW anfordern.

Helfen Sie, einen fairen Wettbewerb zu verteidigen. Dazu gehört auch: Den Gebührenvereinen muß das Handwerk gelegt werden.

Form for requesting materials from ZAW. Fields include Name, Street, and PLZ/Ort.



Zentralausschuß der Werbewirtschaft e.V. Postfach 20 06 47, 5300 Bonn 2

Pankraz, Schütze und der Skandal-Baukasten

Christian Schützes Buch „Skandal. Eine Psychologie des Ungehörten“, soeben erschienen im Münchner Scherz-Verlag, kommt den professionellen Skandalmodellen (oder Skandalmodellmachern) als Geschenk des Himmels. Sie dürfen sich nun darauf berufen, daß sie so reiner Notwehr handeln, denn so definiert Schütze den Skandal: „Ein modernes Notwehrinstitut, zu dem eine Gesellschaft ihre Zuflucht nimmt, wenn die Institutionen der Rechtswelt, die berühten Mühlen der Justiz, zu langsam oder gar nicht mahlen wollen.“

Das ist natürlich eine Definition pro domo, die Meinung eines kritischen Journalisten, der glaubt, Skandale lehnen zu müssen. Sie entwerfen sein Buch nicht mehr trüchlich, das im übrigen gar nicht so apologetisch wirkt, wie es gemeint ist. Es erzählt in epischer Breite berühmte Skandale der Geschichte und der Gegenwart, vom Prozeß der Athener gegen Sokrates bis zum „Dixie-Skandal“ unserer Tage, sinnt kurz über eine „Theorie des Skandals“ nach und liefert am Ende, nicht unwichtig, eine Art Baukasten zum Selberbauen von Skandalen.

Diese selbst schneiden dabei, sobald es ins Einzelne geht, keineswegs so gut ab, wie es die pompöse Definition nahelegt. Schütze ist ehrlich genug, auch die heiklen und undemokratischen, die lächerlichen und die schlichtweg widerlichen Aspekte der Skandalmacherei zu schildern, nur fragt er sich an keiner Stelle, ob sich denn der Aufwand an Schmutzaufräumen und (teiler oder gespielter) Entrüstung, mit dem ein Skandal in Gang gebracht werden muß, im Hinblick auf das Resultat auch wirklich lohnt. Dabei geht aus dem von ihm vorgelegten Material eindeutig hervor, daß man gar nicht von sicheren, einmütigen voraussetzungen Resultate sprechen kann. Es gab Skandale, die eine Revolution auslösten, und solche, die ein Regime in seinem Bestand festigten, es gab politische Skandale, die den Linken, und solche, die den Rechten zugute kamen. Die meisten versickerten folgenlos im Sande und hinterließen allenfalls einen schalen Nachgeschmack.

Was macht überhaupt einen Skandal aus? Ab wann weitet sich ein simples punktuell Ärgeris zum handfesten, das allgemeine Gerüde beherrschenden Skandal aus? Weder Schütze noch sein Vorgänger Marcel Aymé (mit dem Buch „Silhouette du scandale“ von 1936) geben darüber verlässliche Auskunft. Wahrscheinlich ist es etwas, das gar nicht möglich, Allzu viele subjektive Komponenten sind hier im Spiel; die einen sprechen bereits von Skandal, wenn die anderen noch nicht einmal leisen Anstoß genommen haben, so daß man im Grunde immer erst post festum sagen kann, ob man nun wirklich einen Skandal oder nur ein sanftes Meinungsäussern erlebt hat.

Konstitutiv für den Vorgang ist auf jeden Fall, daß etwas „ans Licht“ gezerrt wird; insofern war der Prozeß gegen Sokrates nichts weniger als ein Skandal, weil hier alles von Anfang an im klaren Licht des Tages lag. Auch die Einführung des „Oben ohne“ an den Stränden oder die künstlerischen Exhilarationen eines Salvador Dalí (um zwei weitere Beispiele Schützes zu nennen) passen nicht recht

ins Schema. Sie verkörpern den Sondernotyp des bewußt vom Zaune gebrochenen Skandals, der öffentlich inszenierten Tabu- und Regelverletzung, die zwar Anstoß und Argernis erregt, den Tabuverletzter jedoch von vornherein in scharfe, gewollte Frontstellung zur epatierten Öffentlichkeit rückt.

Beim wahren Skandal hingegen verschänzen sich die Sünder hinter der Öffentlichkeit. Sie predigen öffentlich Wasser und trinken heimlich Wein, und eben diese Differenz zwischen Anspruch und Wirklichkeit macht die Meute scharf. In der Regel erfährt man zunächst nur Andeutungen. Die Betroffenen, statt die Karten sofort voll auf den Tisch zu legen, üben sich in Schweigen und Täuschungsmanövern, lassen sich „die Wahrheit“ hüpfchenweise entreißen und steigern so ungewollt die Empörung von Phase zu Phase.

Besonders hoch schlagen die Wellen, sobald das sprichwörtliche Opferlamm ins Spiel kommt. Um sich selbst zu entlasten, schiebt der Sünder, wenn er dazu in der Lage ist, einen anderen vor, der „die Schuld“ oder wenigstens „die Verantwortung“ auf sich nimmt. Aber wiederum erzielt er damit just den gegenteiligen Effekt. Statt abzuweichen, puschelt er auf. Die Empörten wollen nun „reinen Tisch machen“. Der Sünder braucht übrigens durchaus nicht immer eine einzelne Person zu sein, im Gegenteil, der Skandal wird extrahiert, wenn eine ganze Institution, eine Firma, eine Regierung oder gar „Das System“ am Pranger stehen. Dann kommt die Stunde der vollmundigen „Moralisten“ und der ewigen Rechthaber, die ihr flammendes „J'accuse!“ in die Arena schleudern.

Der Leser erschließt schon aus der Wortwahl und aus der Zahl der hier verwendeten Gänsefüßchen, daß Pankraz nicht zu den Liebhabern von Skandalen gehört. Die übliche Skandalhysterik erscheint ihm höchst verächtlich. „Der Skandal ist die Rache der Wahrheit für die Heuchelei der Welt“, sagt Marcel Aymé, doch es verhält sich wohl gerade umgekehrt: Der Skandal ist die Rache der Heuchelei an der Wahrheit der Welt. Die Skandalanfänger sind in der Regel kein Gran moralischer als die Skandalverursacher. Genau wie diese wissen sie meistens von Anfang an, die volle „Wahrheit“, lancieren sie jedoch ebenfalls hüpfchenweise, um die Hysterie systematisch zu steigern und sich selbst dadurch eine goldene Nase zu verdienen. Über diese Seite der Angelegenheit erzählt man bei Schütze bezeichnenderweise nichts.

Es mag sein, daß die Messengerschaft hin und wieder einen ausgewachsenen Skandal zur Unterhaltung braucht. Es mag auch sein, daß Skandale ein Beweis für die Existenz von Meinungsfreiheit sind und daß manche von ihnen der Demokratie gute Dienste tun. Im allgemeinen aber gilt, daß durch sie ganz überwiegend unreine Affekte aktiviert und stark gemacht werden. Die Gesellschaft wird davon nicht besser, sondern schlechter.

Pankraz

Finale beim ARD-Musikwettbewerb in München

Die Pauker sind die Stars

Zum 34. Mal fand jetzt in München der ARD-Musikwettbewerb statt. Doch obwohl sich 400 Musiker aus 35 Ländern um die Palme in den Fächern Klavier, Kontrabaß, Flöte, Schlagzeug und Bläserquintett stritten, war am Ende die Ausbeute enttäuschend mager: Zwei jeweils mit 12 000 Mark dotierte erste Preise bei den Pianisten und Schlagzeugern, über die man geteilter Meinung sein kann. Ansonsten Mittelmaß, solides Handwerk.

Was die Jury veranlaßte, den ersten Klavierpreis dem 29-jährigen Russen Kalle Randalu zuzuerkennen, blieb im dunkeln. Im Schlußkonzert spielte Randalu zusammen mit dem Sinfonieorchester des Bayerischen Rundfunks unter dem auf ärgerliche Weise oberflächlichen Dirigenten Hannu-Martin Schneidt Mozarts „Jeune homme“-Konzert zickig, mit spitzem Ton und einem unerklärlichen Hang zur Dämonie, der hier nun wirklich unangebracht ist.

Jury-Präsident Leonard Hokanson freilich glaubt an Randalus Begabung: „Schon beim ersten Mozart-Pflichtstück fiel er durch seine künstlerische Intelligenz auf.“ Mir jedenfalls scheint der 20-jährige Israeli Daniel Gortler die weitaus größeren Talente zu besitzen. In München reichte es für ihn nur zum zweiten Platz.

Zur Pauke als Solo-Instrument hat man als normaler Konzertgänger nur wenig Beziehung. Wohl deshalb wählte Peter Sadlo (23) aus Nürnberg, derzeit Solo-Pauker bei den Münchner Philharmonikern, das eingängige Concerto für Marimba, Vibraphon

Auftakt mit Robert Wilsons „Knee Plays“ - In Frankfurt begann das Festival „Theater der Welt“

Und aus dem Jenseits lächelt Aristoteles

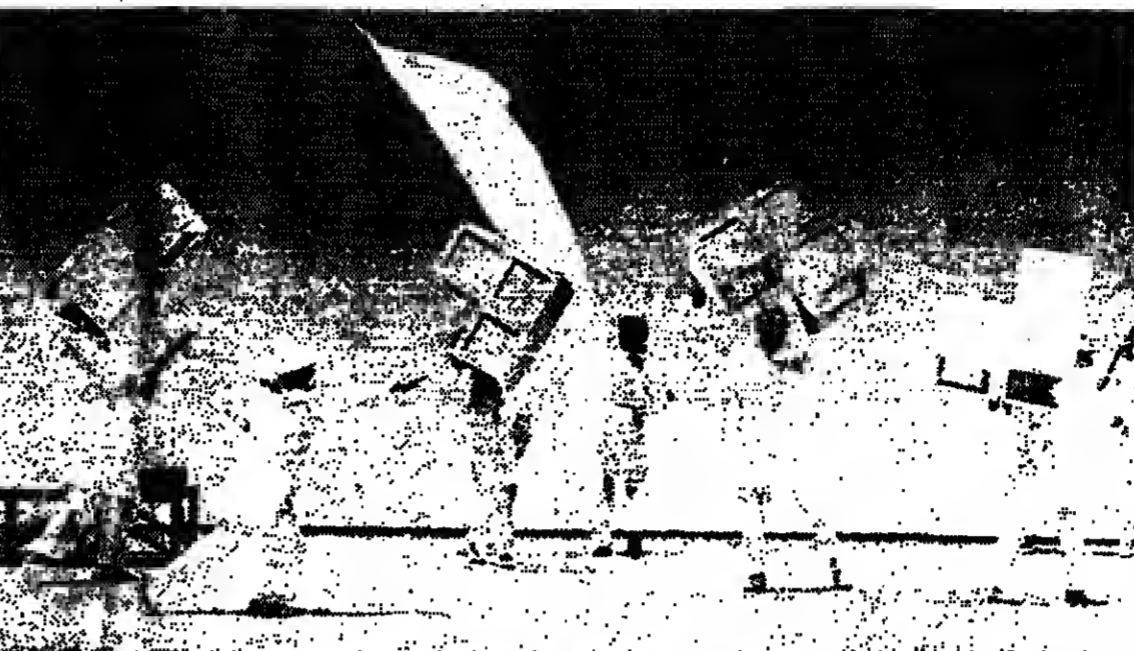
Ausblicke in eine schöne Zukunft: In wenigen Jahren, wenn die fortschreitende Mittelmäßigkeit an ihrem mittelmäßigen Höhepunkt angelangt ist, werden wir das Theater wieder als die himmlischste aller Künste feiern. Gott sei Dank ist es bald so weit. So steht es im Programm zum Festival „Theater der Welt“, das am Wochenende mit einer Produktion des amerikanischen Performance-Künstlers Robert Wilson eröffnet wurde und bis zum 6. Oktober 29 Arbeiten der internationalen Theateravantgarde vorstellt.

Bis es so weit ist, daß die Schrecken der Telekommunikation vollends über uns hereinbrechen sind und uns in einer tiefgreifenden Katharsis zu jenem Erkenntnisgefühl geführt haben (Aristoteles lächelt fröhlich aus dem Jenseits herüber), müssen wir uns also dem Leidensdruck beugen und mit „bedenkenslos uneingeschränkter Theaterarbeit“ zu trösten versuchen.

Es ist immerhin ungewiß, ob alle Theaterkünstler, die diesmal in Frankfurt versammelt sind, so zweifelt arbeiten, wie uns die Programmredaktoren weismachen wollen. Da freilich, wo das Festivalprogramm an seinen Diktionen überprüft werden kann, sind die Zweifel an der Übereinstimmung von Idee und Wirklichkeit schon weitaus handfester. Laut schriftlicher Bekundung wollte „Theater der Welt '85“ weitgehend „Autorentheater“ bieten, das heißt Bühnenkunst, die so weit von der Regie geprägt ist, daß man vom Regisseur als Autor sprechen kann.

Befissen, wie man in Deutschland seinen Helden gegenüber mal ist, hat man auch Claus Peymanns Salzburger Festspiel-Inszenierung von Thomas Bernhards „Theatermacher“ eingeladen. Mit Autorentheater hat das natürlich nichts zu tun. Aber hier verbreitet sich immerhin ein Autor über Theater. Und wie! Ein heruntergekommener Schmierkomödiant erleidet den Schiffsbruch seiner eigenen verfallenen Ansprüche. „Himmlichste aller Künste“ oder auch Teil der Heimsuchung als Seelenrettung?

Gott sei Dank gibt auch das Frankfurter Theaterfestival nicht bloß Erklärungen zum besten. Der Auftakt jedenfalls war weitaus besser als die Veranstalter-Lyrik. Robert Wilsons



Der Faszination des japanischen Theaters erliegen: Szene aus Robert Wilsons „Knee Plays“ beim Frankfurter Festival „Theater der Welt“

„Knee Plays“ waren ursprünglich einmal gedacht als Verbindungsstück jenes gewaltigen Welttheater-Projekts „CIVIL WAR“, das zu den Olympischen Spielen 1984 in Los Angeles aufgeführt werden sollte. Man erinnert sich vielleicht: In Japan, Holland und Deutschland (Köln) hatte Wilson bereits die meisten Teile der Gesamtproduktion produziert. Dann ging ihm das Geld aus. Das Projekt blieb Fragment. Nach Ansicht jener 13 Verbindungsstücke - kurze, selbstständige Szenen, die das große Welttheater punktiert reflektieren - muß man das Scheitern des großen Vorhabens noch einmal nachhaken und nachdenken.

Die „Knee Plays“, sozusagen die Gelenke des Stückes, sind zwar in den USA herausgekommen, stehen aber nachhaltig unter dem Eindruck der Wilson aus der Beschäftigung mit dem japanischen Theater empfangen. Kabuki, Bunraku und No haben Wilsons Repertoire an Darstellungsformen deutlich erweitert. Mitunter erliegt er sogar der Faszination der neuen Mittel. Da wird zum Beispiel ein skelettförmiger Vogel marionettenhaft über die Bühne bewegt. Die weißen Gestalten, die den Vogel bewegen, passen sich seiner

Charakteristik an. Mensch und Gegenstand werden eins. Die Individualität verliert sich im Strukturellen. Das ist zwar immer Bob Wilsons Ansatz gewesen, Theater neu zu definieren. Aber hier verengt das neue Medium das freie Spiel der Phantasie und die Assoziationshorizonte. Wilson bleibt zu sehr bei der Beschäftigung mit den Bewegungsmöglichkeiten des Vogels. Das wirkt nach kurzer Zeit banal und formalistisch.

Welche Bereicherung diese japanischen Theaterformen sein können, wenn Wilson sie in seine westlichen Vorstellungen integriert, das zeigt zum Beispiel Szene Nr. 10: Stille eines Kriegsmorgens im Winter - nur evoziert mit marionettenhaften, extrem verlangsamten Bewegungen, Lichtern hinter transparenten Zellen, Schnee aus der Theatermaschine, die ein Schauspieler über seinem Kopf bewegt. Dazu eine kitschige Fanfare, die in schmaler Schönheit zur Schlicht ruft. Ganze Bürgerkriegs-Western sieht man im Geiste an sich vorbeiziehen. Krieg wird in extremer Schönheit stilisiert, zeigt jenes Faszinante, das ihn letztlich wohl überhaupt erst begründet.

Man hat Wilson gelegentlich vorgeworfen, er ästhetisiere den Schreck-

ken. Aber das Gegenteil ist der Fall. Der Schrecken ist - auch - ein ästhetisches Phänomen. Wilson zeigt das und macht ihn damit erst in seiner eigentlichen Schrecklichkeit deutlich. Wilson erlöst die Dinge von den Tabus und Verdrängungen. Das ist durchaus nicht immer leicht zu ertragen. Da wird ein Schiff von einer Kanone versenkt - bei Wilson ein hochstilisierte, hinreißend schöner Vorgang, bei dem die leichten blauen Tücher, die dem Meer das Gesicht geben, in einen reißenden Untergangstanz geraten. Und getrieben wird das - wie in vielen Szenen - von einer adretten Zirkusmusik.

Erst dieser überzogene Dynamisierungsprozeß mittels banaler Unterhaltungsmusik entkleidet den Verdrängungsvorgang seiner schreibaren Ästhetik. Das Banale wird zum Mittel einer Umwertung der Vorgänge durch unser Bewußtsein. Darin ist Robert Wilson ein unübertroffener Meister: Er zeigt uns, daß Katastrophen selten im schäbig-schmutzigen Gewand selbstermannter Moralapostel daherkommen. Die Widerhaken der Schönheit sind nicht selten sehr viel schmerzhafter als häßliche Geschwür.

LOTAR SCHMIDT-MÜHLISCH

„Nach Preußen gingen die Ärmsten und Fleißigsten“ - Ein Kongreß in Berlin über die Hugenotten

In Nantes aufgehoben, in Potsdam bekräftigt

Als ein Ereignis von europäischem Zuschnitt mit einer spezifischen deutsch-französischen Dimension charakterisierte der Historiker Frédéric Hatweg von der Universität Paris-Nanterre auf einer internationalen Historiker-Konferenz in Berlin den Widerstand des Toleranzedikts von Nantes im Jahre 1685. Aber daß der nach Nantes einsetzende Exodus von den 300 000 Hugenotten, die nach der Aufkündigung des Edikts von 300 Jahren in den benachbarten europäischen Ländern Zuflucht vor Verfolgung und Drangsalierung in der Heimat suchten, einen tiefen Einschnitt in der europäischen Geschichte markiert, ist bis vor wenigen Jahren noch kaum beachtet worden.

Die Hugenotten-Historiographie habe sich bislang im wesentlichen auf regional- und familiengeschichtliche Forschung beschränkt, wurde auf der Tagung hervorgehoben, zu der die Historische Kommission zu Berlin eingeladen hatte. Eine systematische Hugenotten-Forschung habe erst in den letzten Jahren eingesetzt. Die Berliner Tagung war daher in erster Linie darauf ausgerichtet, erst einmal

konkrete Forschungsschwerpunkte zu setzen und die Geschichte der Hugenotten von Legenden und Verkürzungen zu befreien.

Zu dieser Legendenbildung zählt z. B. die Vorstellung, daß die Hugenotten in den europäischen Aufnahmeregionen die wirtschaftliche Entwicklung entscheidend vorantrieben hätten. Demgegenüber wurde von Tagungsteilnehmern hervorgehoben, daß besonders in den Niederlanden und in England die wirtschaftliche Bedeutung der zugewanderten Hugenotten eher ephemere gewesen sei.

Die Bedeutung der Hugenotten für die einzelnen Aufnahmegebiete in Deutschland war unterschiedlich. Frankfurt am Main war die große Drehscheibe der ersten Hugenotten-Generation. Hier machten die über die Schweiz und aus dem Elsaß geflüchteten erste Station und wurden von der recht anscheinlich alteingesessenen französischen Gemeinde betreut, bevor sie die Weiterreise in die nördlicheren Aufnahmegebiete antraten.

Die spezifisch deutsch-franzö-

sische Dimension der Hugenottenwanderung, die Entweg in seinem Referat andeutete, wird vor allem dadurch verdeutlicht, daß der Aufkündigung des Toleranzedikts von Nantes das Potsdamer Toleranzedikt des Großen Kurfürsten folgte, das den französischen Réfugiés nicht nur Glaubensfreiheit zusicherte, sondern die Ankommenenden auch mit zahlreichen Privilegien ausstattete, um ihnen den Start in ein neues Leben zu erleichtern.

Die nach Preußen geflüchteten Hugenotten waren allerdings, wie auf der Tagung hervorgehoben wurde, „zweite Wahl“. Die Qualifizierten zogen andere Länder, eben Großbritannien und die Niederlande, vor. Doch die Hugenotten, die den Weg nach Brandenburg-Preußen antraten, waren - Hatweg zitierte Friedrich den Großen - zwar „die Ärmsten, aber die Fleißigsten“.

Der Historiker Rudolf von Thadden führte die aktive Einwanderungspolitik der Hohenzollern gegenüber den Hugenotten vor allem auf ein „Prestige-Bedürfnis“ des wirtschaftlich und kulturell rückständigen

brandenburg-preussischen Staates nach den Verwüstungen des Dreißigjährigen Krieges zurück. Die Hoffnungen wurden, wie Hatweg in seinem Eröffnungsreferat aufzeigte, nicht enttäuscht. Die Hugenotten errichteten Manufakturen, brachten die Goldschmiedekunst nach Berlin und betätigten sich als Uhrmacher und Bildhauer. Bald beherrschten sie auch das Textilgewerbe. Die einengende merkantilistische Politik der Hohenzollern behinderte freilich die volle Entfaltung ihrer Wirtschaftskraft.

Nach der großen Hugenotteneinwanderung stammte bald ein Drittel aller Berliner aus Frankreich. Etwas von dem damals eingeströmten „Esprit“ hat zweifellos die Berliner Volksmentalität mitgeprägt, abgesehen davon, daß besonders in der Literatur, von Chamisso und de la Motte Fouqué bis zu Fontane, der hugenottische Einfluß sich höchst fruchtbringend auswirkte. Darauf spielte auch der französische Botschafter in Bonn, Jacques Morizet, in einer Grußadresse an den Kongreß an.

AXEL SCHÜTZSACK

Berlin: Sartres „Die schmutzigen Hände“ unter Sasse am Schillertheater

Ein Eiferer, von der Partei zermalmt

Als Sartres philosophischer Politreißer, 1948, in Berlin zum ersten Mal auf die Bühne kam, wirkte er (und sollte er sicher wirken) wie ein Würgeschloß in gerade kulturell heiß ausgebrochenen „kalten Krieg“. Ost-Berlins „Deutsches Theater“ hatte die Kampfhandlung mit einem böse antiamerikanischen Stück von Konstantin Simonow entfesselt. In West-Berlin schlug man mit Sartres unvergleichlich besseren „Schmutzigen Händen“ zurück. 1 zu 0 für Sartre. Die Ostpreste heulte damals gegen den Autor auf.

Heribert Sasse, der das deutlich reiserische Denkdrama jetzt wieder inszeniert, läßt den krassen Antikommunismus, den es damals für den Zuschauer enthielt (und den Sartre nach eigenen Bekundungen so doch wohl nicht gemeint hatte) - den läßt er jetzt kaum mehr vermutbar werden. Er will das „Problema“ (sozusagen in Lessings Sinne) herausarbeiten. Das ist die Unmöglichkeit jugendlich idealistischer Eiferer für die Härte der Politik.

Der Kader der Partei zermalmt den jungen Eiferer. Er hatte seinen Auftrag, einen hohen Funktionär, der mit dem Klassenfeind scheinbar kokette, zu ermorden. Die Partei, nachdem er, sozusagen durch Zufall, seinen mörderischen Auftrag erfüllt hat, läßt den

hektischen Mörder fallen. Jetzt ist er nicht, wie er hoffte, der Held. Er steht inzwischen selber auf der Abschußliste. Die Partei hat immer recht. Er ist eine tragische Figur.

Die Neuaufführung im Schillertheater eröffnet sozusagen die ausgehärteren Aspekte des heiklen Denksteines. Es ist dadurch schwieriger, es ist grundsätzlicher, ist weiter anwendbar geworden. Heiß ist es noch immer.

Heribert Sasse läßt es wie ein krasse Denksteil ablaufen. Es wird eine durchaus sehenswerte Reperetition, ein dramatisches Parabelstück vom Standpunkt einer höheren Einsicht. Dadurch wird es in Teilen abstrakter. Aufregend ist es immer noch.

Diese Neuzinszenierung ist sicher kompetent und wirkungsvoll geraten. Sasse hat für den „Wallenstein-Typ“ des Hoeders den Darsteller Friedrich Ptok. Der spielt die politische Vaterfigur, die sich vor schmutzigen Händen keineswegs ekelt, mit einer schönen, gebrochenen Menschlichkeit vor. Ptok wird am Ende geradezu triumphal gefeiert. Peter Kremer ist der jugendliche, geheimmte Eiferer Hugo. Er trägt die immanente Tragik des Parts mit viel Einsicht und Erkenntlichkeit.

Friedrich W. Bauschulte und (vorzüglich) Lothar Blumhagen stellen

die bürgerlichen oder feudalen Geotypen, mit denen sich Höderer, sehr wider den Willen der Partei, anlegt, um sie später unterzubringen. Die restlichen Figuren erfüllen jeweils ihre Funktionen und Farben. Die Aufführung ist, wenn auch nicht gerade überragend, so doch auf eine so ruhige wie logische Weise erregend.

Für zusätzliche Erregung sorgte in der Premiere ein eher albermer Zwischenfall. Vom Rang kamen Schreie der Ungeduld. Weltanschaulich waren sie sicher nicht motiviert. Sie waren eher deutlich nur krawalltustig. Sasse trat vor den Vorhang, kalibrierte das Parkett: „Ich bitte Sie, eine Vorstellung, die gut gearbeitet ist, auch anzusehen. Es ist ein Stück, bei dem man zuhören sollte. Wir können doch nicht so weit sein, daß wir das Publikum verlernt haben“, sagte Sasse. Das Spiel konnte in aller hitzigen Ruhe zu Ende gehen, bis zu seinem heiklen, bitteren Ende.

Dann aber langer, fast einmütiger Beifall, der sich, jedesmal, wenn sich Friedrich Ptok wieder zeigte, zu Ovationen steigerte. Fazit: Sartres frühes, schlimmes Denksteil ist immer noch wirksam, ist strikt politisches Theater mit den Mitteln der bürgerlichen Bühne. Es ist immer noch heiß. FRIEDRICH LUFT

JOURNAL

Audi läßt Münchner Philharmoniker reisen

SAD, New York
Finanziert von Audi, reisen die Münchner Philharmoniker zu einer Konzerttournee in die Vereinigten Staaten. Sie geben, dirigiert von Lorin Maazel, ihr erstes Konzert am 19. Oktober im Kennedy-Center von Washington. Während ihrer zwölf-tägigen Tournee gastieren die Münchner auch in New York, Boston, Albany, Ann Arbor, Chicago, Philadelphia sowie in den kanadischen Städten Ottawa und Toronto.

HA Schult: Berliner Mauer in Manhattan

dpa, Berlin
Der Aktionskünstler HA Schult plant am 7. Dezember eine Satellitenübertragung zwischen New York und der Berliner Mauer am Potsdamer Platz. Innerhalb einer Veranstaltungsreihe vom 15. November bis zum 15. Dezember, bei der in Zusammenarbeit mit dem Museum of Modern Art und dem Berliner Senat die frühere Reichshauptstadt sich in New York präsentiert, will Schult vor der Skyline von Manhattan ein „gewaltiges Fragment der Berliner Mauer in Originalgröße“ aufbauen. In beiden Städten sollen einige hundert Zuschauer dabei sein und zusammen mit einem Tenor der Metropolitan Opera und der Berliner Oper „Arien von Richard Wagner über die Mauer hinweg zum UNO-Gebäude und nach Ost-Berlin“ singen. Der „Satelliten-Dialog der Mauern“ soll live in amerikanische und europäische Fernsehprogramme eingespielt werden.

Rudolf Augstein verkauft Filmverlag der Autoren

dpa, München
Rudolf Augstein hat seine Mehrheitsbeteiligung am Münchner Filmverlag der Autoren verkauft. Käufer ist der Geschäftsführer der Münchner Filmgesellschaft Futura, Theo Hinz. Hinz will den Filmverlag als das Produktions- und Verleihunternehmen für den „neuen deutschen Film“ fortführen. Eine Verschmelzung der beiden Unternehmen sei „irgendwann“ durchaus denkbar, sagte Hinz. Augstein hatte bei seinem Einstieg in den Filmverlag 1977 erklärt, er wolle versuchen, auf diesem Weg die weitgehend fehlende Absatzförderung zu ersetzen. Obwohl er bereits damals sein Engagement auf vier bis fünf Jahre begrenzt habe, gehe die Veräußerung der Anteile jetzt auch auf die Auseinandersetzung über den Verleih von Wim Wenders' Film „Paris, Texas“ zurück.

Schwegler ist Präsident des Künstlergenariums

dpa, Saarbrücken
Das Internationale Künstlergenarium hat auf seiner Mitgliederversammlung in Saarbrücken Fritz Schwegler, Professor an der Kunstakademie Düsseldorf, für zwei Jahre zum neuen Präsidenten gewählt. Er tritt die Nachfolge von Daniel Spoerri an.

„Kogge“-Literaturpreis an Schweizer Autor

dpa, Minden
Der Literaturpreis der Autorenvereinigung „Die Kogge“, der mit 10 000 Mark dotiert ist und alle vier Jahre „für besondere Leistungen“ vergeben wird, ist in Minden dem Autor Erwin Jaekle aus Zürich zugesprochen worden. Neuer Träger des „Kogge“-Ehrentitels, der von der Stadt Minden seit 1953 zugesprochen wird, ist der Schriftsteller Rudolf Otto Wiemer aus Göttingen.

Malaparte-Preis für Nadine Gordimer

AP, Capri
Aus der Hand des italienischen Schriftstellers Alberto Moravia hat die südafrikanische Romanautorin Nadine Gordimer auf Capri den vor drei Jahren geschaffenen Malaparte-Preis für ihr schriftstellerisches Werk entgegengenommen. Die 65-jährige, in Johannesburg lebende Schriftstellerin erhielt den Preis wenige Wochen vor Erscheinen ihres neuen Buches „A Guest of Honour“.

Guillermo Sarabia †

DW, Amsterdam
Der aus Mexiko stammende Bariton Guillermo Sarabia ist im Alter von 49 Jahren in Amsterdam gestorben. Über Düsseldorf führte ihn sein Weg 1973 an die Met in New York, wo er auch seinen Wohnsitz hatte. An der Hamburgischen Staatsoper hat Sarabia entscheidend zur Wiederentdeckung der Zemlinsky-Opern „Eine florentinische Tragödie“ und „Der Kreidekreis“ beigetragen. An der Wiener Staatsoper war er ein trotz aller (natürlichen) Leibesfülle höchlich geschätzter Falstaff in Verdi Oper. Seine Domäne aber waren wohl die „Schurken“ des veristischen Repertoires. Scarpa in der „Tosca“, Gerard im „André Chénier“, die er mit seiner groß und dunkel tönenden Stimme in aller Schauerlichkeit vorstellen konnte.



Gebannt: Peter Krauer als Hugo in Sartres „Schmutzigen Händen“

Umfrage: Jeder dritte will keinen Wein mehr

Nea, Frankfurt

95 Prozent aller Erwachsenen in der Bundesrepublik Deutschland wissen etwas über Diethylenglykol im Wein. Dies ergab die erste gründlichere Untersuchung der psychologischen Auswirkungen des Weinskandals in der Bevölkerung. Unklar und widersprüchlich fallen dagegen die Antworten auf die Frage aus, wie stark diese Wirkungen den Weinkonsum beeinflussen werden.

Schon die Frage, warum es sich bei der Affäre konkret handele, verursacht offenbar Unsicherheit. 73 Prozent nennen das Stichwort „Frostschutzmittel“, 25 Prozent sprechen von „Zusätzen“, 15 Prozent von „Gift“. Wo das Zeug gefunden wurde, ist schon eher bekannt. 95 Prozent nennen Österreich, 86 Prozent wissen, daß auch deutsche Weine betroffen sind, elf Prozent erwähnen auch Italien.

Dennoch bejahen nur 20 Prozent die Frage, ob man deutschem Wein deshalb nicht mehr trauen könne. Das ist nur ein Prozent mehr als bei einer ähnlichen Umfrage im Jahr 1981. Damals bot der sogenannte Flüssigzuckerskandal Anlaß für die Untersuchung.

Daß die Spur der Verunsicherung des Verbrauchers diesmal tiefer ist, zeigt der Vergleich mit einer anderen Frage. Den Satz „Auch unter den Winzern gibt es halt schwarze Schafe, das ist aber noch kein Grund für allgemeines Mißtrauen“ bejahen 1981 noch 84 Prozent, jetzt sind es nur mehr 71 Prozent.

Immerhin 42 Prozent der Befragten meinen jetzt, daß die Affäre ihr Trink- und Kaufverhalten beeinflussen werde. Etwa ein Drittel davon will überhaupt keinen Wein mehr trinken, ein Fünftel will den Konsum reduzieren.

„Was speziell werden Sie weniger trinken?“ wurden letztere gefragt. Die Hälfte antwortete: „Keinen Wein aus Österreich mehr.“ Ein Viertel nannte, obwohl Firmennamen in der Umfrage nicht vorgegeben waren, den Namen eines bestimmten deutschen Großunternehmens. 15 Prozent wollen künftig „keine süßen Weine“, zwölf Prozent „keine Spät- und Auslesen“ mehr trinken.

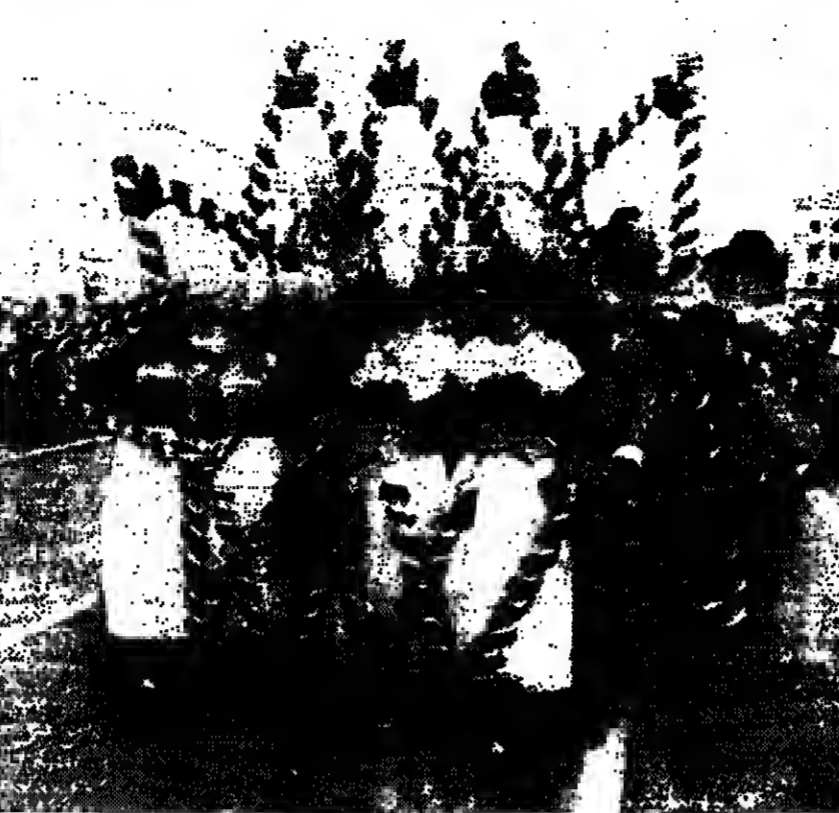
Tröstlich für die deutschen Winzer ist, daß aufgrund des Skandals immerhin 65 Prozent der Befragten jetzt erklären, daß man für wirkliche Weinqualität auch einen entsprechenden Preis zahlen müsse.

Die Einzelauswertung der Ergebnisse dieser Untersuchung eines Frankfurter Instituts steht noch bevor. Die Untersuchung lief über drei Wochen.

Ins Gerde gekommen ist auch die von einigen Erzeugern eingesetzte Werbung mit dem Zertifikat „garantiert glykolfrei“. Auf einer Tagung des Schutzverbandes Deutscher Wein e. V. in Mainz wurde von Fachleuten erklärt, daß eine solche Werbung gegen das Verbot unlauteren Wettbewerbs verstoße.



Bei strahlender Sonne und sommerlichen Temperaturen zogen gestern über 7000 Trachtler durch Münchens Innenstadt zur Theresienwiese (Mitte und rechts). Sieben Kilometer lang war der Trachtenzug, der im



Auf der Wies'n purzeln die Rekorde

175. Jubiläumjahr der Wies'n zum 150. Mal stattfand. Am Samstag hatte Oberbürgermeister Kronawitter Punkt zwölf Uhr das erste Faß mit drei



Schlägen angezapft und das Oktoberfest mit dem traditionellen „O'zapft is“ eröffnet. Bereits die ersten zwei Tage brachten mit 1,2 Millionen Besuchern einen Rekord. In den Festzeiten herrschten gestern Sonntemperaturen, die den Bierdurst ansteigen ließen. Die Festwirte schätzten, daß an diesem Wochenende nicht weniger als eine Million Liter Bier durch die durstigen Köpfe der Wies'n-Gäste rannen – die Maß zum stolzen Preis zwischen 5,90 und 6,30 Mark. FOTO: OBERICH/WERK/AP

Versöhnlicher Abschied des Sommers

AP, Offenbach

Mit einem versöhnlichen Ausklang hat der diesjährige Sommer am Wochenende zumindest im südlichen und mittleren Teil Deutschlands die zuvor vom Wetter arg enttäuschten Deutschen etwas getröstet. In Norddeutschland fiel der Frost jedoch recht schwach aus, denn es regnete wieder. Grau in grau mit vereinzelt Regenschauern verabschiedete sich der Sommer auch in Berlin. Die Temperaturen kletterten auf 20 Grad. Das beständige Wetter soll nach Angaben der Meteorologen des Deutschen Wetterdienstes in Offenbach bei etwas sinkenden Temperaturen in dieser Woche anhalten. Allerdings könne es am Wochenende in Norddeutschland wieder zu Regenschauern kommen. Für die übrigen Regionen erwarten die Wetterkundler Höchsttemperaturen von 22 bis 23 Grad und Nachttemperaturen von zehn bis 15 Grad.

Tausende evakuiert

dpa, Turin

Mehrere tausend Menschen mußten in der Nacht zum Sonntag ihre Wohnungen in einem Industriegebiet Turins vorübergehend verlassen, weil eine Giftwolke die Luft in dem Gebiet verpestet hatte. Aus einer Fabrik war Ammoniak entwichen.

LEUTE HEUTE

Berühmt

Der Schläger, mit dem Tennis-Idol Boris Becker (17) als erster Deutscher das Finale im Wimbledon gewann, ist gestern in Berlin für 37 000 Mark versteigert worden. Der berühmte Leimener stellte die stolze Summe dem Bundesverein „Lebenshilfe für geistig behinderte Kinder“ zur Verfügung. Geleitet wurde die Versteigerung von Quizmaster („Dalli dalli“) **Hans Rosenthal**.

Beliebt

Mit 46 Prozent ist laut Umfrage Prinz Albert von Monaco, 27, in seiner Heimat das beliebteste von Fürst Rainiers drei Kindern. An zweiter Stelle steht Prinzessin Stephanie mit 38 Prozent. Mit nur 16 Prozent Zustimmung ist Caroline am wenigsten beliebt. Sie ist auch das am meisten „belastete“ Familienmitglied: 71 Prozent vergeben ihr die „Eskapade“ mit Junot nicht, Stephanies Abenteuer werden als „Teenager-Allüren“ abgetan. Mit Albert sind 89 Prozent zufrieden: „Er sucht schließlich eine Frau und muß sich umsehen.“

Bekannt

Eine Reihe von bekannten Schönheiten des Show-Geschäfts sehen einem freudigen Ereignis entgegen. Zu ihnen zählt Liza Minnelli (39). Nach drei Fehlgeburten erwartet sie im März ein Baby. „Sie will alles als großes Geheimnis gehütet haben“, sagt ihr Ehemann Mark Gero. Liza trinkt, seitdem sie schwanger ist, keinen Al-

kohol mehr. Auch Olivia Newton-John, die in diesen Tagen 37 wird, erwartet ihr Baby im Frühjahr. „Wir verraten überhaupt nichts“, sagte ihr Ehemann und Schauspieler Matt Lattanzi (26). Schwanger sind auch Christie Brinkley, Candice Bergen, Jackie Smith und Jessica Lange.

Beklagt

Der ehemalige Spitzenmanager von General Motors und gescheiterte Autoproduzent John DeLoorean (60), der im Sommer vergangenen Jahres nach einem Sensationsprozeß von dem Vorwurf des versuchten Kollisionshandels freigesprochen wurde, muß sich erneut vor Gericht verantworten. In Detroit wirft ihm

die Verwaltungskammer des obersten Gerichtshof in Kassel am Samstag unter Verzicht auf eine mündliche Verhandlung im Eilverfahren getroffen. Danach sind die Postscheckkonten der Deutschen Bundespost innerhalb einer Woche nach der Gutschrift nicht berechtigt, auf dem Postgirokonto für den Kontoinhaber gutgeschriebene Sozialleistungen mit einem Schuldsaldo zu verrechnen, der durch eine vorausgegangene Überziehung des Kontos entstanden ist. Vielmehr muß das Postscheckamt gutgeschriebene Sozialleistungen an den Kontoinhaber ungekürzt auszahlen, wenn es dieser innerhalb von sieben Kalendertagen verlangt.

Der Verwaltungsgerichtshof entsprecht damit dem Eilantrag eines Beziehers von Arbeitslosenunterstützung, der sich dagegen wehrte, daß ihm das Postscheckamt die Auszahlung wegen Überziehung des Kontos verweigerte. Die Post wandte ein, der Mann müsse für den umgehenden Ausgleich seines Kontos sorgen. Die Verwaltungsrichter hingegen entschieden: Sozialleistungen sind bis zu sieben Tagen nach der Gutschrift unpfändbar. (Az.: 11 TG-1699/85)



Sozialleistungen auf Postscheck sieben Tage tabu

AP, Kassel

Auf einem Postscheckkonto eingehende Sozialleistungen müssen dem Anspruchsberechtigten innerhalb einer Woche auch dann ausbezahlt werden, wenn dieser sein Konto überzogen hat. Eine entsprechende Entscheidung hat der hessische Verwaltungsgerichtshof in Kassel am Samstag unter Verzicht auf eine mündliche Verhandlung im Eilverfahren getroffen. Danach sind die Postscheckkonten der Deutschen Bundespost innerhalb einer Woche nach der Gutschrift nicht berechtigt, auf dem Postgirokonto für den Kontoinhaber gutgeschriebene Sozialleistungen mit einem Schuldsaldo zu verrechnen, der durch eine vorausgegangene Überziehung des Kontos entstanden ist. Vielmehr muß das Postscheckamt gutgeschriebene Sozialleistungen an den Kontoinhaber ungekürzt auszahlen, wenn es dieser innerhalb von sieben Kalendertagen verlangt.

„My baas, my baas...“ Todesurteil für zwei Weiße nach Ermordung einer Schwarzen

M. GERMANI, Johannesburg

Zum ersten Mal wurde in Südafrika gegen Weiße für die Ermordung einer Schwarzen die Höchststrafe ausgesprochen. Der Prozeß in der kleinen Stadt Klerksdorp südlich von Johannesburg hatte großes Aufsehen erregt. Und als Richter Schabot am Freitag das Urteil verkündete, kam es im Gerichtssaal zu dramatischen Szenen.

Schalk Burger (20) und George Scheepers (22) wurden zum Tode verurteilt. Die beiden Mitangeklagten Jacobus Matysen (20) und Daniel Durand (19) erhielten 10 Jahre Gefängnis für ihre Mittäterschaft am Überfall auf Morake Wessie und Ginny Goitsone (19), beide Schwarze.

Am Abend des 2. Februar überfielen die vier weißen Angeklagten – alle stammen aus der breiten weißen Arbeiterschicht – das farbige Liebespaar. Die vier Männer hatten vorher getrunken. Sie entführten die beiden in Wessies BMW, schlugen sie zusammen und raubten sie aus. Die junge Frau wurde von Matysen und Durand vergewaltigt.

Morake Wessie gelang es zu fliehen. Daraufhin beschlossen Scheepers und Burger, die sich an der Vergewaltigung nicht beteiligt hatten, das Verbrechen zu verschleiern. Sie sperrten die junge Frau lebend in den Kofferraum des Autos und zündeten den Wagen an. Ginny Goitsone rief verzweifelt: „My baas, my baas“ (mein Herr, mein Herr).

Offensichtlich hatte der Hauptan-

Lourdes versiegt

rt, Lourdes

Die Quelle von Lourdes droht nach den Worten des Vorstehers der Pilgerstätte, Joseph Bordes, wegen anhaltender Trockenheit in den Pyrenäen zu versiegen. Die von der Wunderquelle Heilung suchenden Pilger seien aufgefordert worden, sparsam mit dem Wasser umzugehen. Mehrere Heilbäder der Stadt hätten geschlossen werden müssen, da Teile der Quelle bereits versiegt seien.

Wrack aus Loch Ness

dpa, London

Das Wrack eines im Zweiten Weltkrieg abgestürzten britischen Bombenflugzeuges ist aus dem durch das angelegte Seengeheuer berühmten schottischen See Loch Ness geborgen worden. Die Maschine vom Typ Vickers Wellington lag in rund 75 Meter Tiefe. Nach einer Restaurierung soll der Bomber in ein Museum kommen.

Leichen verbrannt

AP, Davos

In dem Dorf Sinasa auf den Philippinen haben Soldaten die verwesenden Leichen von mehr als 60 Stammesangehörigen verbrannt, die von ihrem Mediziner am 8. September gezwungen worden waren, vergiftetes Essen zu sich zu nehmen. Er hatte ihnen erzählt, sie könnten so „die Götter sehen“.

Lob aus England

SAD, London

Hamburg und München wurden jetzt in der englischen Presse mit dickem Lob bedacht. Während die „Times“ München als „eine grandiose Stadt“ feierte, würdigte der „Guardian“ Hamburg als „eine Stadt mit Stil“. Es ist ein „ausgesprochen englischer“ Stil, befand Autor John Ardash im „Guardian“ und zitierte die Redensart: „Wenn es in London regnet, spannen die Hamburger ihren Regenschirm auf.“ Und die „Times“ über München: Hier ist Deutschlands Hollywood, sein Mayfair und seine Madison Avenue, mit Boutiquen so elegant wie in Paris.

ZU GUTER LETZT

„Die Rechtsprechung legt ihrer Beurteilung von Kinderspielflächen... eine typisierende Betrachtung zugrunde, das heißt, sie ordnet bestimmten Spielplatztypen unter Zugrundelegung ihrer funktionsgerechten Benutzung einen bestimmten Störgrad zu. Dazu bedarf es bei Spielplätzen keiner Verschlüsselung des Spielbetriebs in bewerteten Maß- oder Rechengrößen energieäquivalenter Dauerschallpegel, um diese dann wieder an den vorgegebenen Orientierungswerten zu messen.“ Amtsddeutsch aus dem baden-württembergischen Innenministerium.

WETTER: Sonne und Regen

Wetterlage: Während Tiefausläufer die Nordhälfte Deutschlands streifen, liegt der Süden der Bundesrepublik im Einflußbereich eines Hochs über den Alpen.



Vorhersage für Montag:

Norden: Bewölkt, zeitweise Regen. Nachmittags Bewölkungsauflockerung. Temperaturen zwischen 17 und 20 Grad. Süden: Nach Auflösung von Frühnebeln heiter und trocken. Temperaturen um 25, nachts klar und Abkühlung auf 12 bis 8 Grad. Schwacher Südwestwind.

Weitere Aussichten: Wolkig, aber weitgehend niederschlagsfrei. Zwischen 18 Grad im Norden und 22 Grad im Süden.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Berlin	18°	Kairo	29°
Bonn	21°	Kopenhagen	12°
Dresden	21°	Las Palmas	25°
Essen	18°	London	19°
Frankfurt	22°	Madrid	22°
Hamburg	12°	Mallorca	23°
List/Sylt	11°	Moskau	27°
München	23°	Moskau	9°
Stuttgart	24°	Nizza	26°
Alger	25°	Oslo	11°
Amsterdam	17°	Paris	24°
Athen	26°	Prag	22°
Barcelona	37°	Rom	25°
Brüssel	17°	Schweden	10°
Budapest	25°	Tel Aviv	31°
Bukarest	27°	Tunis	26°
Helsinki	11°	Wien	26°
Istanbul	25°	Zürich	23°

Sonnenaufgang: am Dienstag: 7.11 Uhr, Untergang: 19.16 Uhr, Mondaufgang: 18.14 Uhr, Untergang: 1.13 Uhr in MEZ, zentraler Ort Kassel.

Wenn Mütter gegen Rockmusiker zu Felde ziehen

FRITZ WIRTH, Washington

Vor dem Handelsausschuß des amerikanischen Senats war eine Anhörung angesetzt. Normalerweise erscheinen zu diesen Ereignissen, bei denen vom „Stahlkrieg“, Protektionismus und Gatt die Rede ist, Lobbyisten in den Gängen des Russels-Gebäudes, um über das scheinbare Ende des Freihandels zu lamentieren.

Diese Anhörung war anders. Da bevölkerten buntegekleidete Popsänger das Senatgebäude, und die prägnant farbige Haarpracht eines Dave Snider von der Firma Twisted Sister stellte sich raumfüllend in den Blickwinkel der Fernsehkameras. Ein Herr Frank Zappa zitierte die amerikanische Verfassung, und ein gutgekleideter Bänkelsänger namens John Denver zitierte den gesunden Menschenverstand.

Das war nötig, denn zu dieser Anhörung gehörte es, daß die ratlosen Senatoren, die das alles nur arrangiert hatten, um besser informiert zu sein, sich unversehens mit dem in Noten gesetzten Satz konfrontiert sahen: „Dein Gesicht ist mein Klopapier.“ Das beschreibt die Bandbreite einer Anhörung, in der es um eine der besten Handelswaren unserer Tage,

um Pop, Moral, Zensur, Protektionismus und guten Geschmack ging.

Die in millionenfacher Auflage verkauften Botschaften einiger Popsänger standen auf dem Prüfstand. Denn es wächst die Zahl jener in den USA, die diese Botschaften der Herren Zappa, Snider, Prince oder von Damen wie Tina Turner oder Sheena Easton nicht mehr unwiderrprochen schlucken oder ungewarnt den Ohren ihrer Kinder preisgeben möchten.

Begonnen hatte dieser Feldzug gegen einige Pop-Baronen in diesem Frühjahr, als die Senatorenfrau Mary „Tipper“ Gore, Mutter von vier Kindern, ihrer Tochter das Album „Purple Rain“ kaufte. Was Mistreß Gore von anderen Eltern unterscheidet: Sie hörte nicht nur der Musik zu, sondern auch den dazugehörigen Texten und staunte, daß dabei auch von der Masturbation eines Mädchens namens Nikki in einer Hotelhalle die Rede war.

Das veranlaßte sie zu intensiveren Textstudien dieser Poplyrik, und sie fand dabei heraus, daß hier unter lautstarkem Beat die Subkultur eines Porno-Rocks blüht, der Sex, Sadomasochismus, Inzest, Folter und Vergewaltigung glorifiziert. Da war unter

anderem eine Empfehlung der „Twisted Sisters“ zu vernehmen, wie man seinen Vater aus dem Fenster wirft, und eine Ode der Sheena Easton auf den Orgasmus. Mrs. Gore fand, daß diese Texte eine Zwölfjährige überforderten. Sie suchte und fand Hilfe bei gleichgesinnten Senatorinnen wie Paula Hawkins, anderen Senatorenfrauen und bei Susan Baker, der Frau des amerikanischen Finanzministers James Baker.

Sie bildeten eine Anti-Porno-Rock-Lobby, die unter dem Namen „Die Frauen von Washington“ bekannt wurde. Und weil sie eben so exzellente Verbindungen zu höchsten Kreisen haben, stellten sich bereits in den ersten drei Monaten ihres Feldzugs Erfolge ein.

Sie erreichten, daß 19 Firmen, die insgesamt 80 Prozent der 25 000 Popsongs produzieren, die jährlich in den USA auf den Markt gebracht werden, anzügliche oder eindeutige Songs mit der Warnung „Achtung Eltern: deutliche Texte“ versehen müssen. Gesetz gegen den Pop oder gar Zensur, so versichern die „Frauen von Washington“, seien nicht beabsichtigt. Ihr Feldzug sei nichts anderes als eine

Art von Protektionismus für Unmündige.

Dennoch: Eine beträchtliche Anzahl der rund 2600 amerikanischen Radiostationen, die ausschließlich Rockmusik senden, haben einige der beanstandeten Songs bereits aus dem Verkehr gezogen, und das veranlaßte Männer wie Frank Zappa, John Denver und Dee Snider jetzt, sich im Senat öffentlich gegen die „Frauen von Washington“ zur Wehr zu setzen. John Denver, dem kaum jemand nachsagen kann, unzüchtige Texte in Musik zu fassen, meinte, daß die Zahl der anstößigen Songs so gering sei, daß sie kaum einen Einfluß auf Jugendliche haben könnten.

Der lockige Dee Snider verteidigte sich gegen den Vorwurf, gesungene Pornographie zu verbreiten, mit dem Hinweis auf seine eigene puritanische Lebensweise. Er sei ein Christ, rauche keine Drogen, Zappa dagegen wurde aggressiv. Er nannte die Vorschläge der Frauen „Unsin“, der die Bürgerrechte der Erwachsenen einschränkte. Und an die Damen gerichtet, setzte er hinzu: „Sie empfehlen hier praktisch die Enthauptung, um das Problem von Haarschuppen zu lösen.“

Mit TWA nach & durch die USA.

So bequem wie nie zuvor.

Mit unseren Nonstop-Flügen Frankfurt-New York, München-New York, Frankfurt-St. Louis. Und mit günstigen Direktverbindungen zu den über 60 Städten, die in den Staaten auf unserem Flugplan stehen. Mehr darüber in Ihrem Reisebüro.

Der bequeme Weg nach USA

